

PROTOKOLL

Begrüßung

von Weizsäcker

Lieber Herr Körber, meine Damen und Herren, ich möchte Sie alle im Schloß Bellevue herzlich willkommen heißen. Das Thema dieser Tagung- die Frage nach der Zukunft der Demokratien in Europa - hat den Bergedorfer Gesprächskreis von Anfang an beschäftigt. Die großen Veränderungen, die Europa in den letzten Jahren erlebt hat, haben den Bedarf an aufklärenden Gesprächen noch größer werden lassen. Um so mehr freue ich mich, daß Herr Körber mit seinem Gesprächskreis wieder einmal das Schloß Bellevue seiner Bestimmung als Ort der intensiven internationalen Kommunikation zuführt. Ich wünsche uns allen einen regen Gedankenaustausch.

Körber

Verehrter Herr Bundespräsident. Wir freuen uns und fühlen uns geehrt, mit Ihnen in Ihrem Hause tagen zu dürfen. Ich bin sicher, wir werden in diesem erlesenen Kreis viel Interessantes und Aufschlußreiches über unser heutiges Thema zu hören bekommen, insbesondere deshalb, weil wir zwei hervorragende Referenten, Herrn Mazowiecki und Sir Ralf, gewinnen konnten und ein alter Bergedorfer, Hans Maier, die Moderation übernimmt.

Lassen Sie mich zu Beginn einige persönliche Gedanken zum Ausdruck bringen.

Die deutsche Einheit, das Drama der Sowjetunion und die Krise am Golf, das waren in jüngster Vergangenheit die zentralen Themen der Weltpolitik. Osteuropa aber ist nach dem kurzen Aufleuchten 1989 in den Schatten der globalen Politik geraten. Doch die Länder an Weichsel, Moldau und Donau wollen nach Europa zurückkehren, und sie wollen dies jetzt und mit allen Kräften: deshalb der Aufbruch zur Demokratie und der Weg zur Marktwirtschaft, deshalb die Abkehr vom Warschauer Pakt, vom COMECON und von der sowjetischen Hegemonie.

Gegenwärtig ist es Jugoslawien, das die Aufmerksamkeit der Welt von Osteuropa abzieht. Jugoslawien gehörte nicht zum Ostblock, weder zum COMECON noch zum Warschauer Pakt. Es ist zwar vom gleichen politischen Wandel erfaßt, folgt jedoch anderen historischen Regeln.

Heute erscheint Serbien als die letzte kommunistische Bastion, und wenn die serbische Generalität sich durchsetzt, wird die sowjetische daraus lernen. Dabei war der Zerfall Jugoslawiens seit Monaten zu erkennen. Die Europäische Gemeinschaft und der gesamte Westen aber blieben fixiert auf den Status quo ohne Rücksicht auf die demokratische Willensbildung von Kroaten und Slowenen, von den tieferen Gefühlen, von Haß, Angst und Hoffnung nicht zu reden.

Doch dieser Konflikt bleibt am Rande der Weltgeschichte. In Sarajevo stehen sich keine Großmächte mehr gegenüber wie 1914. So geht es jetzt vor allem darum, daß die Gewalt nicht wieder ausbricht. Denn Jugoslawien ist jenseits des Punktes, wo sich der Bund noch zusammenhalten läßt. Mit anderen Worten: Es muß sich trennen, was auseinandergehört.

Die Westeuropäer aber sind aufgefordert, Geburtshelfer eines neuen Zustands zu werden. Denn in Jugoslawien stoßen nicht nur Serben und Nicht-Serben zusammen. Es geht zugleich um Ost-Rom und Byzanz, um katholisch und orthodox, um Osmanenreich und Österreich-Ungarn. Die Frage bleibt also, ob das, was Jugoslawien sprengt, auch Osteuropa sprengen wird. Wahrscheinlich aber hat diese Krise mehr mit möglichen Szenarien in der Sowjetunion zu tun, die dann ganz Osteuropa überschatten würden.

Die eigentlichen Probleme Osteuropas aber sind von anderer Art. Aus eigener Kraft, das ist klar zu erkennen, werden Polen, die CSFR und Ungarn die Rückkehr nach Europa nicht schaffen können. Deutschland, die Vereinigten Staaten, der gesamte Westen muß wissen, daß hier die eigene Sache auf dem Spiel steht. Wenn die Dämonen der zwanziger Jahre zurückkehren, dann können von Osteuropa wie damals Stoßwellen nach Ost und West ausgehen.

Deshalb ist es nicht nur das Interesse des Westens, sondern auch seine Verantwortung, daß aus dem Frühling der Demokratien nicht noch einmal ein frostiger Winter wird. In dem Falle nämlich hätte ganz Europa verloren, und wir hätten eine Jahrhundertchance vernünftiger Gestaltung verspielt.

Das Schicksal der Länder Ost- und Mitteleuropas entscheidet sich im Dreieck von äußerer Sicherheit, wirtschaftlicher Reform und demokratischer Stabilität. Der Aufbruch zur Demokratie war bisher die große geistig-politische Kraftquelle für die Menschen und ihre neuen, gewählten Regierungen. Aber diese moralische Energie ist im nach-kommunistischen Alltag einer schnellen Erosion ausgesetzt durch die Steuerlosigkeit der alten Planwirtschaft, durch den Zusammenbruch der bisherigen Außenhandelsbeziehungen, durch die Unternehmenspleiten und die drohende Arbeitslosigkeit.

Verglichen mit der deutschen Vereinigung ist die Lage in dieser Region schwieriger und leichter zugleich. Leichter, weil die schockartige Umstellung des gesamten Wirtschaftssystems vermieden wurde, wenn auch Polen auf der Makroebene einen harten und klaren Übergang gewählt hat. Schwieriger aber auch, weil weder bewährte Institutionen - in Deutschland insbesondere die Bundesbank - bereitstehen, noch rechtliche und administrative Rahmenbedingungen vorhanden sind, die das marktwirtschaftliche System braucht. Auch fehlt es in Osteuropa sowohl am finanzpolitischen Rückhalt als auch an dem sozialpolitischen Netz.

Seit dem 1. Januar 1991 sind den ehemaligen COMECON-Ländern die Ostmärkte praktisch verlorengegangen. Sie können auch nicht mehr in weichen Transferrubeln verrechnen, sondern müssen ihre Energierechnungen an die Sowjetunion in Hartwährung bezahlen. Große Teile der Industrie befinden sich daher im freien Fall.

Sicherheitspolitisch ist der Status der Länder zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer unklar und wird es noch lange bleiben. Am 31. März 1991 hat der Warschauer Pakt aufgehört zu existieren. Die sowjetischen Truppen ziehen sich zurück. Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei klopfen bei der NATO an und fragen um Rat. Die Außenminister des Westens jedoch verweisen ihre Kollegen aus Warschau, Prag und Budapest auf die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Die KSZE wird indes noch lange brauchen, um aus einem diplomatischen Prozeß zu einem tragfähigen Sicherheitssystem zu werden.

Statt dessen bietet Moskau wirtschaftliche Vorzugsangebote für Öl und Gas an und fordert Rücksicht auf seine Interessen, nämlich ein neues Gleichgewicht westlich der sowjetischen Grenzen. Die Ostmitteleuropäer aber hören daraus nur den Anspruch auf eine Einflußsphäre, der sie sich gerade entziehen wollen.

Noch ist die Wirtschaft Polens, der CSFR und Ungarns nicht über den Berg ungeachtet aller positiven Signale aus Brüssel. Noch ist die sicherheitspolitische Lage überschattet von den Ungewißheiten, die über der Zukunft der Sowjetunion liegen. Noch ist die junge Demokratie überfordert; denn sie muß als Basis eines Wandlungsprozesses zu Rechtsstaat, fester Währung und Marktwirtschaft dienen. Diese Rahmenbedingungen erst können der Demokratie selbst dauerhaften Halt geben.

Wir müssen jedoch begreifen, daß wir selbst in dem Drama Osteuropas Mitspieler sind, daß unser eigenes Schicksal auf dem Spiel steht und daß wir dabei sind, die Texte zu schreiben, die über unsere eigene Zukunft entscheiden.

Wir Deutsche haben aus dem großen europäischen Umbruch die Wiedervereinigung gewonnen. Nicht zuletzt daraus leitet sich unsere Verpflichtung ab, daß wir mehr als je zuvor für materielle und moralische Leistungen für andere Völker ins Obligo geraten sind. Was östlich von hier geschieht, ist nicht ein fernes Erdbeben. Was auf dem Spiel steht, ist nach der Zukunft Ostmitteleuropas auch die Zukunft Deutschlands und des europäischen Einigungswerkes. Mit Analysen und Ratschlägen allein wird es jedoch nicht getan sein. Am Ende muß gehandelt werden. Vorher aber ist es notwendig, mit Kraft und Phantasie nachzudenken, und dieser Aufgabe wollen wir uns hier unterziehen.

Maier

Unser Gespräch wird eingeleitet durch zwei Referenten, die - nach Alter und geistigem Zuschnitt nicht unähnlich - ein reizvolles europäisches Dioskurenpaar bilden. Beide sind Intellektuelle, beide sind auch an hervorgehobener Stelle politisch tätig gewesen beziehungsweise sind es noch.

Ralf Dahrendorf, wir dürfen ihn vertraulich noch so nennen, war Parlamentarischer Staatssekretär und später der zweite deutsche EG-Kommissar. Tadeusz Mazowiecki war führendes Mitglied der Znak-Gruppe, Berater der Solidarnosc seit 1980 und 1989/ 90 der erste nichtkommunistische Ministerpräsident Polens in der Nachkriegszeit. Beide haben den Wandel im Osten Europas nicht nur tätig begleitet, sondern auch darüber geschrieben. Ralf Dahrendorf in seinen "Betrachtungen über die Revolution in Europa", Tadeusz Mazowiecki in Aufsätzen und Artikeln, die unter dem Titel "Partei nehmen für die Hoffnung" 1990 auch auf deutsch erschienen sind.

So sind wir gespannt auf zwei Referate aus verschiedenen Blickwinkeln und von einer unterschiedlichen Geographie her, aus Warschauer und aus Oxforder Sicht.

Mazowiecki

Ich habe meinem Vortrag den Titel gegeben: Einige Thesen über die Schwierigkeiten beim Aufbau der Demokratie.

Vor knapp zwei Jahren begab sich Polen, gefolgt von anderen Staaten Mitteleuropas, auf den Weg des Aufbaus einer Demokratie. Von Februar bis April 1989 dauerten die Gespräche am "Runden Tisch", die danach in vielen anderen Ländern der Region zum Muster für eine friedliche Abkehr vom Kommunismus wurden. Vor nicht ganz 25 Monaten fanden in Polen Wahlen statt, die zwar noch nicht vollständig demokratisch waren, aber doch die politische Situation unseres Landes grundsätzlich veränderten. Aus diesen Wahlen ging die erste nichtkommunistische Regierung in Mitteleuropa seit über 40 Jahren hervor, die ich die Ehre hatte zu leiten.

Diese Ereignisse fanden vor nicht allzu langer Zeit statt, und doch sind sie in unserem Gedächtnis bereits in den Hintergrund gerückt. Die Vielzahl der wichtigen Dinge, die sich seither ereignet haben, lassen uns diese ersten Momente der Freiheit weit entfernt erscheinen.

Jetzt steht in unserem Bewußtsein etwas anderes im Vordergrund: Wir lernen die Schwierigkeiten beim Aufbau einer Demokratie kennen. Ich möchte Ihnen hier in Form einiger Thesen diese Schwierigkeiten darstellen.

1. These: Die Nichtexistenz des Kommunismus bedeutet noch nicht Demokratie.

Einer solchen Feststellung mag bis zu einem gewissen Grade der Charakter des Banalen anhaften. Dennoch sind banale Feststellungen, wenn sie wahr sind und etwas Wesentliches zum Ausdruck bringen, als Ausgangspunkt für eine Diagnose der gegenwärtigen Situation wichtig.

In diesem Fall geht es zunächst um den Zusammenprall unserer vorherigen Vorstellungen mit der jetzigen Wirklichkeit. Heute erfahren wir auf schmerzliche Weise, daß der Aufbau eines demokratischen Systems und einer freien Marktwirtschaft auf den Ruinen eines totalitären kommunistischen Systems ein wesentlich schwierigerer und komplexerer Prozeß ist, als wir vorher gedacht hatten.

Ich will damit nicht sagen, daß wir vorher naiv waren. Und selbst wenn jemand glauben sollte, dies sei Naivität gewesen, so weise ich ihn darauf hin, daß aus dieser Naivität Hoffnung und Kraft erwachsen. Alles konzentrierte sich auf einen Punkt: das möglich zu machen, was vielen sogenannten "Realisten" unmöglich erschien, nämlich dem totalitären System Schritt für Schritt bestimmte Felder zu entreißen, sie durch eine "civil society" zu ersetzen und das schon schwer angeschlagene System dazu zu bringen, die Gesellschaft als Partner anzuerkennen.

Dahinter stand selbstverständlich die Vision der Umgestaltung dieses Systems - die Vision vom Aufbau einer Demokratie. Man konnte über die zukünftige demokratische Ordnung diskutieren - und solche Debatten wurden auch geführt;- in Polen insbesondere in Anknüpfung an alte, historische Aufteilungen, die unterschiedliche Denkströmungen charakterisieren. Doch in keiner dieser Diskussionen gelang es, ernsthaft vorauszusehen, auf welche Weise sich der Umsturz des Kommunismus vollziehen würde und welche Probleme hinterher auftauchen würden. Das Wichtigste war, den Durchbruch zu schaffen - alles, was danach kommen würde, schien aus der damaligen Perspektive sehr viel einfacher.

Diese Einstellung trifft vornehmlich auf die politischen Eliten zu. Hingegen erleben die "Normalbürger" - oder die "gesellschaftlichen Massen", wie man sie in Anlehnung an einen aus der marxistischen Terminologie stammenden Begriff auch bezeichnet - den Zusammenprall bisheriger Vorstellungen mit der gegenwärtigen Realität in anderer Weise. (Der Ausdruck "gesellschaftliche Massen" ist insofern gerechtfertigt, als es sich hierbei zweifellos um recht weit verbreitete Gefühle handelt, welche die gesamte gesellschaftliche Atmosphäre betreffen.)

Bei diesem Zusammenprall spielt der ökonomische Faktor eine entscheidende Rolle. Mit der Abkehr vom Kommunismus und vor allem mit der Annäherung an Westeuropa verband sich unvermeidlich - zumindest im gesellschaftlichen Unterbewußtsein - die Vorstellung von einem recht einfachen Weg der Anpassung an das Lebensniveau der Gesellschaften in Westeuropa oder in anderen reichen Ländern. Doch der Übergang zum System der Marktwirtschaft stellt erst den Beginn eines längeren Prozesses dar, der zu diesem Ziel führen soll.

Dieser Prozeß erweist sich als schmerzhaft; er bringt schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Probleme mit sich. Insbesondere fordert er von den Menschen andere Verhaltensweisen, nämlich die Abkehr von der Erwartung, daß der allmächtige Staat alles für sie erledigt. Dieser Prozeß weckt bei den einen Initiative und Unternehmergeist, bei anderen jedoch Ratlosigkeit und das Gefühl einer fehlenden Perspektive. Sie stellen sich sogar die Frage, ob hier nicht zum wiederholten Male die Gesellschaft betrogen wurde.

Die heutige Wirklichkeit erweist sich also als schwieriger und komplexer, als vorher angenommen wurde. Man kann niemandem einen Vorwurf machen, wenn seine Vorstellungen diesen Schwierigkeiten nicht entsprechen. Es geht hier vielmehr darum, wie in dieser neuen Situation sich sowohl die politischen Eliten als auch die gesamte Gesellschaft bewähren.

Herr Dahrendorf hat in seinem Buch zutreffend geschrieben, daß in der Regierung andere Fähigkeiten gebraucht würden als in der antitotalitären Opposition: nämlich eine praktische "Verantwortungsethik" statt einer reinen "Gesinnungsethik". Ich habe diesen Wechsel am eigenen Leib erfahren. Das Gefühl der Verantwortung für den Staat, also für das gesamte Gemeinwesen, öffnet sofort eine ganz andere Perspektive.

Ein außerordentlich schwieriges Problem der sich im Aufbau befindlichen Demokratie besteht jedoch in etwas anderem: Wie kann man es einerseits erreichen, daß der notwendige gesellschaftliche Konsens nicht die für die Demokratie unerläßliche Differenzierung/Pluralisierung bremst, die in den politischen Strukturen zum Ausdruck kommen muß. Und wie schafft man es andererseits, daß der Prozeß der Differenzierung/Pluralisierung - der unvermeidlich den politischen Kampf nach sich zieht - nicht den Konsens zum Zerschneiden bringt, der bei solch großen, den Staat und die Wirtschaft tiefgreifend verändernden Reformen unerläßlich ist?

Der Aufbau der Demokratie auf den Ruinen des Kommunismus bedeutet nämlich nicht nur den Austausch eines Segments des Gemeinwesens. Er umfaßt alle Gebiete, und zwar auf einen Schlag.

2. These: In dem nach dem Totalitarismus entstehenden demokratischen System kann man die Herausbildung einer "civil society" nicht von einer Veränderung der Einstellung zum eigenen Staat trennen.

Der Begriff der "civil society" erlebte, obwohl er eine wesentlich ältere Genealogie hat, in der antitotalitären demokratischen Opposition seine Renaissance. Man sollte jedoch erwähnen, daß dieser Begriff auf zwei völlig verschiedene Weisen verstanden werden muß.

Die erste ist im Grunde genommen ein liberal-demokratisches Verständnis des wechselseitigen Verhältnisses von Staat und Gesellschaft: Je weniger Staat, desto mehr Gesellschaft. Das ist ein recht extremes Verständnis, das quasi den äußersten Rand dieser Auffassung kennzeichnet. Im wesentlichen geht es um den grundsätzlichen Widerstand gegen jegliche Omnipotenz des Staates und um die Existenz verschiedener Strukturen, die, außerhalb des Staates und seiner Administration, so etwas wie das Gewebe der "civil society" schaffen. Dies können wirtschaftliche, politische, gesellschaftliche und lokale Strukturen sein, aber auch Strukturen wie beispielsweise die Vereinigung der Züchter von Kanarienvögeln, die in einem totalitären System gleichfalls bis zu einem bestimmten Grad von der staatlichen Macht abhängig sind.

Das Bedürfnis nach Autonomie und Unabhängigkeit vom Staat wird zum Prinzip erhoben. Im übrigen legt nicht nur die liberal-demokratische Staats- und Gesellschaftskonzeption Nachdruck auf die Respektierung dieses Bedürfnisses. Man kann sich hier ebenfalls auf die christliche Soziallehre berufen, die sich zum Prinzip der Subsidiarität bekennt. Dies besagt, daß alles, was auf einer niedrigeren Ebene der Gesellschaft erledigt werden kann, dieser vorbehalten sein soll.

So oder so gehört, unabhängig von doktrinären Quellen, zum Wesen des demokratischen Systems nicht nur der Schutz von individuellen Rechten, sondern auch der Schutz autonomer Sphären im gesellschaftlichen Leben. Im demokratischen System ist die "civil society" etwas Natürliches, etwas, das nicht in Opposition zum Staat steht, sondern neben ihm, wenngleich sie ihn durchdringt.

Im totalitären kommunistischen System hatte der Begriff der "civil society" einen völlig anderen Charakter. Dies war die Sphäre, die der Allmacht des Staates entrissen war und in prinzipieller Opposition zum Staat stand. Weil man diesen Staat nicht als den eigenen anerkennen konnte, mußte man sich selbst gegen diesen Staat organisieren. Eine solche vollständige Selbstorganisation war selbstverständlich nicht möglich. Dennoch war eben diese "civil society" eine weitverbreitete Form der sich in den siebziger und achtziger Jahren organisierenden demokratischen Opposition.

Im Augenblick des Umsturzes des Kommunismus werden nun die bisher illegalen Institutionen zu legalen Institutionen, und die führenden Persönlichkeiten der antitotalitären "civil society" werden zu Parlamentariern und Ministern. Sie übernehmen Verantwortung für verschiedene Bereiche auf Landes- oder auf Lokalebene. Der Staat hört auf, ein Feind zu sein; er wird zum eigenen Staat.

Aber genau hier beginnt das Problem. Alles fängt an, sich so wie in einem demokratischen Staat abzuspielen. Es gibt weder eine Zensur noch eine Reglementierung bei der Gründung von Vereinen. Dennoch ändert sich die Einstellung zum Staat nur sehr langsam, wodurch dieser, obwohl er inzwischen zum eigenen Staat geworden ist, nicht gerade gestärkt wird. Er ist kein Staat der Unterdrückung mehr, sondern er wird zum Adressaten für die Erwartungen der Bürger. Das bedeutet in der Konsequenz: Minimaler Einsatz für ihn bei maximalen Erwartungen an ihn.

Die "civil society", so, wie sie in demokratischen Ländern verstanden wird, nämlich als eine bestimmte gesellschaftliche Realität, muß sich also von neuem bilden. Weder ist sie noch kann sie einfach eine Neuauflage der ehemaligen antitotalitären "civil society" sein.

Das Problem, das sich hier zeigt, beruht auf einer Änderung der wechselseitigen Beziehungen von Staat und Gesellschaft. Daß sich der Staat aus vielen Bereichen zurückziehen muß, ist selbstverständlich. Und das findet auch statt. Weniger selbstverständlich ist hingegen, daß der Staat, der aufhört, allmächtig zu sein, kein schwacher Staat sein darf. Ein schwacher Staat kann kein Ideal

für die Demokratie sein; denn er muß funktionsfähig sein und gesellschaftliche Autorität haben. Andernfalls würde sich die Demokratie selbst kompromittieren, und das Feld für autoritäre Regierungen stünde offen.

3. These: Der Weg zur Demokratie ist ein schwieriger Weg in die Normalität.

Die Schwächen einer sich im Aufbau befindlichen "civil society" haben ihren Ursprung in lange nachwirkenden Folgen der Herrschaft des kommunistischen Systems. Dies möchte ich an zwei Problemen veranschaulichen, die einer näheren Betrachtung lohnen.

Gegen Ende der siebziger Jahre hat der hervorragende polnische Soziologe Stepan Nowak anhand von soziologischen Untersuchungen gezeigt, daß sich die Polen auf der einen Ebene mit ihrer Familie und mit einem engen Freundeskreis identifizieren und auf einer anderen Ebene mit dem ganzen Volk. Dazwischen gab es ein Vakuum, das auszufüllen einen langen und schmerzhaften Prozeß erfordert, trotz günstiger Begleitumstände und völliger Freiheit. Über zwei Generationen lang gab es Verbote, das Gefühl einer anezogenen Ratlosigkeit, der Mangel an Initiative. Dies alles hat bewirkt, daß die Menschen vornehmlich individuelle Strategien suchen, um sich in Krisensituationen zu retten sowie ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Vor allem jedoch, so meine ich, erwarten sie Hilfe vom Staat.

Eine andere Beobachtung bezieht sich auf die Einstellung zur Veränderung der gesamten wirtschaftlichen Realität. Die Einführung der Marktwirtschaft erfordert die Legitimierung und Anerkennung der Spontaneität wirtschaftlicher Prozesse. Das heißt, die Menschen müssen unbedingt die Tatsache akzeptieren, daß verschiedene Phänomene im Bereich von Produktion, Distribution und Investition das Ergebnis eines Zusammenspiels vieler komplexer Faktoren sind, auf das niemand direkt Einfluß nehmen kann, ohne den empfindlichen Mechanismus einer modernen Wirtschaft zu zerstören.

Dahrendorf

Es berührt mich in besonderem Maße, gemeinsam mit Herrn Mazowiecki sprechen zu können. Wer mein Buch über die Revolution von 1989 gelesen hat, weiß, daß Herr Mazowiecki für mich zu den Helden dieser Revolution gehört. Das Bild im polnischen Sejm nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten gehört zu den einprägsamen Erinnerungen an die Abkehr von totalitärer und monopolistischer Herrschaft. Diese Erinnerung ist für mich zugleich eine Mahnung daran, daß ich hier als Beobachter spreche. Wer das Glück hatte, die Ereignisse von 1989 und 1990 unter den träumenden Kirchturmspitzen von Oxford oder an anderen bequemen Orten zu erleben, hat eigentlich nur sehr begrenzt ein Recht, sich in die schwierigen Fragen einzumischen, die sich bei unseren ostmitteleuropäischen Nachbarn in den neuen Demokratien ergeben. Nehmen Sie bitte die folgenden Bemerkungen, die mehr Fragen als Antworten sind, in diesem Geiste.

Die Freiheit ruht auf drei institutionellen Säulen: der politischen Demokratie, der Marktwirtschaft und der Bürgergesellschaft. Alle drei haben ein Grundprinzip gemeinsam, nämlich - um es ganz unpathetisch auszudrücken - die Kosten des Irrtums so gering wie möglich zu halten. Wir leben in einer Welt der Ungewißheit.

Menschen machen Fehler, und die größte Gefahr, die uns droht, besteht darin, mit Institutionen zu tun zu haben, in denen es nicht möglich ist, diese Fehler in einem Normalprozeß zu korrigieren. Die Folge ist, daß die Fehler zum Dogma werden und sich zu einem monopolistischen System verfestigen, aus dem es dann nur noch gewaltsame und dramatische Ausbrüche gibt. Sowohl die politische Demokratie als auch die Marktwirtschaft und die Bürgergesellschaft sind darauf angelegt, Irrtümer ohne dramatische Begleitumstände zu korrigieren, auch wenn es mitunter weh tut, wenn etwa eine Partei die Macht verliert oder ein Unternehmen bankrott geht.

Dieser grundlegenden Gemeinsamkeit eingedenk, bleiben dennoch vielfältige Fragen, von denen ich vier kurz ansprechen möchte.

Erstens. Demokratie und Marktwirtschaft leben aus gemeinsamen Prinzipien, aber ihre Beziehungen und Wechselwirkungen sind viel komplizierter, als manch einer wahrhaben möchte. Insbesondere habe ich meine Zweifel, ob zwischen beiden irgendeine Form der Kausalbeziehung besteht in dem Sinne, daß es nur demokratischer politischer Verhältnisse bedarf, und schon blüht die Spontaneität der wirtschaftlichen Tätigkeit. Oder umgekehrt in dem Sinne, daß man nur eine funktionierende moderne Marktwirtschaft zu schaffen braucht, und schon wächst die politische Demokratie.

Das deutsche Beispiel der Nachkriegszeit ist in gewisser Weise irreführend. Beide Prozesse haben hier zwar in den 50er Jahren stattgefunden, und sie werden auch durchaus als zusammengehörig empfunden. Dennoch haben sie sich aus völlig verschiedenen Prozessen heraus entwickelt, die zwar

gleichzeitig stattfanden, aber nicht kausal verknüpft waren. Es gibt Autoren wie Harold James, die eines der deutschen Probleme gerade darin sehen, daß viele Menschen wirtschaftlichen Erfolg und liberale politische Institutionen zu eng miteinander verbinden. Sie fragen sich, was denn mit den liberalen Institutionen geschehen würde, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse sich einmal generell zum Schlechteren wenden sollten - was hoffentlich nie geschehen wird. Gleichzeitigkeit heißt also nicht wechselseitige Abhängigkeit.

Es bleibt mein Eindruck, daß eine besondere Konstellation nötig ist, damit sich in Ländern, die ihre monopolistischen Strukturen abstreifen, politische Demokratie und Marktwirtschaft gleichzeitig entwickeln können. Ich spreche hier von einer Art Adenauer-Erhard-Konstellation, die ja für die Bundesrepublik einen Glücksfall bedeutete. Diese Konstellation war nach meiner Meinung in gewissem Sinne auch bei der polnischen Entwicklung gegeben, als Herr Mazowiecki als Ministerpräsident die politische Legitimität schaffen konnte, die es einem zielbewußten Wirtschaftspolitiker, nämlich Balzerowicz als Finanzminister, erlaubte, Veränderungen in die Wege zu leiten, die sich normalerweise nur schwer vor einem demokratisch gewählten Parlament oder vor einer Bevölkerung rechtfertigen lassen. Zugleich gab es in dieser Regierung Elemente eines sozialen Interesses, repräsentiert durch Kuron und andere, auch durch den Ministerpräsidenten selbst, wie sie in der ersten deutschen Bundesregierung durch die katholischen Sozialinteressen, aber auch durch die Beziehung zu den Gewerkschaften bestanden. Das sehe ich als einen Glücksfall an, dem ich längere Dauer gewünscht hätte.

Die Schwierigkeit des Verhältnisses von Demokratie und Marktwirtschaft liegt nicht zuletzt in den unterschiedlichen Zeithorizonten der Prozesse, die da in Gang gesetzt werden. Und hier wiederum vor allem in der anscheinend unvermeidlichen Tatsache, daß sich am Beginn des Transformationsprozesses einer monopolistischen Wirtschaft die Lebensverhältnisse für viele Menschen zunächst verschlechtern. Das heißt, es gibt eine Übergangsphase, ein Tal der Tränen, eine Durststrecke, in der Menschen enttäuscht darüber sind, daß die neue Freiheit ihnen das nicht unmittelbar bietet, was sie sich von ihr erhofft haben. Hier bedarf es der politischen Legitimität, um die Menschen durch diese schwierige Phase hindurchzuführen.

Ich frage mich manchmal, als einer, der ein großer Bewunderer des tschechoslowakischen Präsidenten ist, ob in der CSFR die Legitimität, die Präsident Havel begründet hat, bereits hinlänglich genutzt worden ist, um solche schmerzhaften wirtschaftspolitischen Schritte einzuleiten, die unweigerlich auch in der CSFR erfolgen müssen und erst zum Teil durchgesetzt wurden.

Was meine zweite These angeht, so möchte ich hier etwas deutlicher formulieren, was manche von Ihnen überraschen mag. Diese Position hat sich bei mir erst in den letzten Monaten klarer herausgebildet. Der Prozeß der Transformation der monopolistischen Regime Ostmitteleuropas in demokratische, marktwirtschaftliche Gemeinwesen kann nur gelingen, wenn es neben den institutionellen Sicherungen dieses Prozesses im Inneren auch gewisse äußere Sicherungen gibt. Dabei verwende ich das Wort "Sicherung" durchaus in seinen verschiedenen Bedeutungen, die es im Deutschen hat, bis hin zu den Sicherungen, die durchbrennen können.

Ich habe mich in letzter Zeit an ein langes und eindringliches Gespräch erinnert, das ich mit Felipe Gonzales hatte, kurz bevor er spanischer Ministerpräsident wurde, und in dem er sich mit der Frage auseinandersetzte, wie er dafür sorgen könne, daß die spanische Demokratie nicht wieder gefährdet werde. Er legte damals den Akzent sowohl auf eine innere als auch auf eine äußere Entwicklung. Ich denke - ohne hier leichtfertige Vergleiche zwischen den ganz anderen Übergangsprozessen auf der Iberischen Halbinsel und denen im östlichen Mitteleuropa zu ziehen;- , daß es dennoch relevant sein kann, sich anzusehen, was dort vor sich gegangen ist.

Im Inneren, das war Herrn Gonzales völlig klar, mußte er vor allem den Versuch unternehmen, das Verhältnis von ziviler und militärischer Macht so zu gestalten, daß den Militärs kein Anreiz für eine politische Intervention gegeben wurde. Dies ist ihm gelungen. Ich will das jetzt nicht weiter vertiefen. Worauf es ihm aber des weiteren ankam, war die Feststellung, daß es zugleich äußerer Sicherungen bedurfte, und dazu gehörte für ihn die Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft, und zwar so schnell wie möglich. Er glaubte, die Zukunft der Demokratie in Spanien nicht ausschließlich von innen her garantieren zu können. Die Mitgliedschaft in einer starken internationalen Gemeinschaft, der nur demokratische Gemeinwesen angehörten, würde bestimmte Entwicklungen im Inneren weitgehend ausschließen, sie zumindest viel unwahrscheinlicher werden lassen.

Ich betone das Wort Demokratie. Wir haben ja im Westen die Neigung, grundsätzliche politische Probleme ins Ökonomische zu wenden und zum Beispiel unsere Unterstützung für die neuen Demokratien vorzugsweise unter dem Aspekt der Wirtschaftshilfe zu sehen. Auch beim Marshallplan denken wir meist vor allem an die Zurverfügungstellung von Kapital, das benötigt wurde, um

grundsätzliche Entwicklungen - für Infrastruktur und andere Maßnahmen - in einer vom Krieg schwer gezeichneten Wirtschaft in Gang zu setzen. Im nachhinein frage ich mich, ob nicht das Wichtigste am Marshallplan die Schaffung der OEEC war, um beispielsweise die Bundesrepublik in eine internationale Gemeinschaft einzubeziehen, die durch ihre eigenen Institutionen und Regeln, die sich allmählich entwickelten, eine institutionelle Sicherung für politische ebenso wie für wirtschaftliche Entwicklungen bot.

Vor diesem Hintergrund bin ich der Meinung, daß es heute zu den wichtigsten Aufgaben des westlichen Europas gehört, einen Weg zu finden, um die neuen Demokratien des östlichen Mitteleuropas zum frühest möglichen Zeitpunkt zu Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft zu machen - wenn sie das wollen. Das heißt, wir sollten den Akzent nicht darauf legen, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, bevor diese Länder Mitglieder der Gemeinschaft werden können, sondern uns Gedanken darüber machen, wie ihnen eine Mitgliedschaft zu ermöglichen ist mit langen Übergangsfristen innerhalb der Gemeinschaft, wie das ja auch im Falle von Spanien, Portugal und Griechenland der Fall war, beziehungsweise noch ist. Ich sehe darin eine kardinale Frage, an der sich zeigen wird, ob wir im glücklicheren Europa unsere Verantwortung in dieser neuen Situation wirklich ernst nehmen. Natürlich bin ich mir dabei über die wirtschaftlichen und anderen Hindernisse im klaren. Ich bin aber zu der Überzeugung gekommen, daß es keine ganz abwegige Forderung ist, die ich hier stelle.

Drittens liegt mir ein Thema am Herzen, das auch Herr Mazowiecki in einprägsamer Weise beschrieben hat, nämlich wie er bin ich der Meinung, daß für die Verfassung der Freiheit vor allem die Bürgergesellschaft wichtig ist. In Deutschland tut man sich bekanntermaßen schwer mit diesem Begriff, der in der europäischen Geistesgeschichte aber seinen festen Platz hat - ich denke nur an Kants "bürgerliche Gesellschaft" - und der keineswegs leer und weich ist.

Gegenwärtig gibt es bei manchen im Westen die problematische Tendenz, den Gedanken der Bürgergesellschaft aus der totalitären Zeit Osteuropas zu übernehmen und als Instrument zur Bekämpfung des Staates zu verwenden. Dagegen hat Herr Mazowiecki völlig zu Recht darauf hingewiesen, daß es in pluralistischen, demokratischen Gemeinwesen gerade nicht darum geht, mit Hilfe der Bürgergesellschaft die staatlichen Institutionen zu schwächen, sondern daß sich beide in wichtiger Weise ergänzen. Die Bürgergesellschaft öffnet dem einzelnen jene vielfältigen Lebenssphären, die nicht direkt vom Staat kontrolliert werden. Sie setzt aber ihrerseits einen funktionsfähigen, selbstbewußten Staat voraus, der indes in jenen Bereichen, in denen Menschen ihre Erwartungen, Hoffnungen, Möglichkeiten, Talente verwirklichen, nichts zu suchen hat.

Das gewissermaßen schöpferische Chaos dieser vom Staat nicht kontrollierten Sphäre beginnt im übrigen ganz nahe am Staat, nämlich bei der Bildung von politischen Parteien, die eben keine Staatsparteien, sondern bereits Teil der Bürgergesellschaft sind. Sie beginnt auch ganz nahe an der Wirtschaft: Kleine und mittlere Unternehmen sind ein zentraler Bestandteil jeder Bürgergesellschaft. Hinzu kommen die vielen autonomen Institutionen. Als wir gestern abend über Stiftungen und auch über den Bergedorfer Gesprächskreis sprachen, betonte Herr Körber geradezu emphatisch: Aber diese Institution ist privat. Ich meine, dieses emphatische "privat" macht deutlich, worum es bei vielen Einrichtungen der Bürgergesellschaft geht.

Polen ist in dieser Hinsicht etwas besser dran als beispielsweise Rumänien, ein Land, in dem ein autokratischer Herrscher alle Einrichtungen zwischen dem Staat und den Individuen zerstört und sozusagen ein großes Vakuum hinterlassen hat.

Das Problem der Bürgergesellschaft ist die Zeit. Verfassungen kann man in einem Jahr schreiben. Die Grundlagen einer dauerhaften marktwirtschaftlichen Ordnung lassen sich vielleicht in einem Jahrzehnt legen. Aber Bürgergesellschaften zu schaffen, dazu braucht es im Grunde wenigstens eine Generation, wenn nicht länger. Und doch liegt hier letztlich die Basis für eine freiheitliche Demokratie und eine offene Gesellschaft, die von Dauer sind.

Viertens möchte ich ein Thema nur kurz ansprechen, zu dem andere an diesem Tisch mehr zu sagen haben. Ich meine, es gibt so etwas wie die offene Flanke des liberalen Universalismus. Das betrifft Dinge, die die offene Gesellschaft aus sich heraus nicht leisten will und kann, die aber wichtige menschliche Bedürfnisse betreffen.

Ich zitiere in diesem Zusammenhang eine nachdenklich stimmende Äußerung der jetzigen tschechoslowakischen Botschafterin in Washington, Frau Klimova, die gesagt hat: "In der alten Zeit war nichts erlaubt und daher alles wichtig. Jetzt ist alles erlaubt, und nichts ist mehr wichtig." Das heißt, beim alten Regime, unter dem alles verboten war, hat sich jeder, der auch nur ein paar Zeilen

zu Papier brachte, in Gefahr begeben und damit auch ein Stück Freiheit dokumentiert. Heute dagegen kann man in der CSFR im Grunde wie bei uns alles schreiben, und niemand schert sich darum.

Was auf diese Weise - so positiv diese Entwicklung zu bewerten ist - verlorenzugehen scheint, sind Maßstäbe von Sinn und Bedeutung. Das erzeugt bei vielen Menschen offenbar ein Gefühl der Leere, das übrigens auch für die großen alten Demokratien ein erhebliches Problem darstellt.

Amerika hat dieses Problem, wie Tocqueville gezeigt hat, mit der merkwürdigen Zivilreligion des Amerikanismus zu lösen versucht. In Großbritannien ist bis zum heutigen Tag ein unausgesprochenes Bewußtsein des Auserwähltseins vorhanden: nur hier und hier schon immer. Andere tun sich da schwerer. Und wenn man sich schwerer tut, kommt es zu den autoritären Bedrohungen, von denen Herr Mazowiecki sprach, oder zu jener verderblichen Sehnsucht, zu Stämmen und Stammesideologien zurückzukehren, statt sich zu heterogenen offenen und liberalen Gesellschaften zu bekennen.

Maier

Ich danke Herrn Mazowiecki und Herrn Dahrendorf für die einführenden Referate. Beide Referenten haben differenzierte Überlegungen angestellt und zugleich auf immer wiederkehrende Probleme hingewiesen.

Ich darf einige Stichworte festhalten: Die Demokratie entsteht nicht einfach, sie muß aufgebaut werden. Die Opposition muß regieren lernen. Aus der beflügelten Stimmung des Aufbruchs ist ein Weg in die Alltäglichkeit zu finden. Und schließlich: Wieviel Zeit hat man, wie lange reicht die Legitimationsreserve, und woher kann sie bezogen werden: aus der Vergangenheit, aus der Gegenwart?

Herr Mazowiecki hat das angedeutet. Das scheint auch das Problem der CSFR zu sein; die Prager Burg steht gewissermaßen als Ersatz für ein noch nicht vorhandenes Parteiensystem. Auch die Themen, die Herr Dahrendorf am Schluß genannt hat: die offene Flanke des Liberalismus, daß, wenn alles gültig ist, eine gewisse Gleichgültigkeit im Wortsinn sich einstellt, auch dies gehört zu unserem Thema.

Sehr diskret sind unsere eigenen deutschen Nachkriegserfahrungen da und dort zitiert worden. Wir sollten sie nicht allzusehr zum Lehrstück machen, aber einen Blick darauf nicht grundsätzlich ausschließen.

Stürmer

Mein Eindruck ist, daß wir es mit zwei sehr verschiedenen Themen zu tun haben, auch wenn beide eine Verbindung aufweisen. Das eine ist der äußere Rahmen des großen Europas, in dem die Deutschen ihre Rolle neu definieren müssen, was uns gegenwärtig nicht eben leicht fällt. Das andere sind die internen Prozesse, beispielsweise in Polen, aber auch in anderen Ländern, die wir beachten müssen. Ich teile die Ansicht von Herrn Dahrendorf, wenn der äußere Rahmen nicht gesichert ist, werden auch die inneren Prozesse von erheblicher Instabilität bedroht bleiben.

Dabei sehen wir Deutsche uns einer Situation gegenüber, die verantwortliches Handeln schwer macht. Im Westen sind wir einem gewissen Mißtrauen ausgesetzt, wie das in den letzten Wochen etwa in bezug auf Slowenien der Fall war. Nicht nur im Osten tauchen die alten Dämonen wieder auf, sondern auch im Westen. Das reicht bis zu der geradezu surrealistischen Unterstellung, die Deutschen hätten ausgerechnet in Slowenien vor, eine eigene Einflußsphäre zu begründen. Dazu kann man nun wirklich in aller Unschuld sagen: Nichts liegt uns momentan ferner. Aufgrund der geographischen Nähe sehen wir vielleicht die Gefahren, die aus bestimmten Entwicklungen in dieser Region für Zentraleuropa drohen können, deutlicher als andere.

Worauf es aber in der Tat ankommt, ist, den Ländern Ostmitteleuropas eine Perspektive für die Europäische Gemeinschaft zu öffnen. Dabei müssen wir uns allerdings darüber im klaren sein, daß die Planungen für 1992, also die Errichtung des Gemeinsamen Binnenmarktes, in eine ganz andere Richtung weisen. Und ich verkenne nicht, daß die Einbeziehung der osteuropäischen Länder nur sinnvoll ist, wenn die Gemeinschaft selbst gefestigt ist.

Welche Ziele steuern wir in der Gemeinschaft überhaupt an? Die Politische Union? Wie weit soll das gehen, zumal in Brüssel, aber auch in Paris gelegentlich sogar von einer europäischen Verteidigungsidentität gesprochen wird, sicher ein vager Begriff für eine zugegebenermaßen äußerst schwierige Sache. Dabei ist eine wichtige Frage, wie wir die Veränderungsprozesse im östlichen Mitteleuropa durch eine geeignete Sicherheitspolitik abstützen können. Denn, wie Herr Körber zu

Recht sagte, wir Westeuropäer sind nicht nur Zuschauer, sondern Beteiligte und im Falle des Scheiterns auch direkt Betroffene dieser Entwicklung.

Daß einige mitteleuropäische Länder jetzt eine Annäherung an die NATO suchen, macht die Angelegenheit nicht gerade einfacher. Denn damit würde auf absehbare Zeit ein Konflikt mit der Sowjetunion unvermeidlich und die Entwicklung dort in eine falsche Richtung gelenkt, was wir unter allen Umständen vermeiden sollten. Eine explosive Situation in der Sowjetunion würde den evolutionären Wandel in Osteuropa hin zu Demokratie und Marktwirtschaft aufs äußerste gefährden.

Wir Deutsche haben als nächster Nachbar der osteuropäischen Staaten und als größtes und reichstes Land in Europa ein besonderes Interesse, aber auch die besondere Verantwortung, ihre Probleme besser verstehen zu lernen und ihnen beim Übergang zur Demokratie und Marktwirtschaft als Partner zur Seite zu stehen. Dabei dürfen wir uns jedoch vom Westen nicht isolieren.

Standke

Herr Dahrendorf hat zu Recht betont, daß in der Nachkriegszeit für den Wiederaufbau Westeuropas aus heutiger Sicht vielleicht noch wichtiger als die im Rahmen des Marshallplans geleistete Wirtschaftshilfe die Mitgliedschaft der betroffenen Länder in der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) anzusehen ist, in der die Länder Westeuropas zum ersten Mal in ihrer Geschichte gelernt haben, in multilateralem Rahmen eng zusammenzuarbeiten. Insbesondere glaube ich, daß die Europäische Produktivitätsagentur (EPA) der OEEC seinerzeit eine wichtige, praktisch umsetzbare Hilfestellung erarbeitet hat.

Aufgrund der guten Erfahrungen Westeuropas würde ich eine Assoziierung der Länder Ost-Mitteuropas mit der Nachfolgeorganisation der OEEC, der OECD in Paris, für wichtig halten, zumal ich mir nicht vorstellen kann, daß eine Einbeziehung dieser Länder in die Europäische Gemeinschaft auf absehbare Zeit eine realistische Perspektive ist.

Gansel

Was würde die OECD für die mittel-osteuropäischen Staaten konkret bringen?

Standke

Aus meinen eigenen Erfahrungen im Sekretariat der OECD halte ich den Erfahrungsaustausch auf Regierungsebene zu sämtlichen Bereichen der Wirtschaftspolitik und die gezielte wissenschafts- und technologiepolitische Beratung durch OECD-Experten für besonders wichtig.

Gansel

Das ist auch jetzt schon möglich.

Standke

Schön war's.

Marsh

Wenn hier der Beitritt der osteuropäischen Länder zur EG gefordert wird, dann sollten wir uns zu den möglichen Widersprüchen, die zwischen Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft bestehen, Gedanken machen. In der Hinsicht gibt es im Augenblick wenig Klarheit. Wenn man eine Erweiterung der Gemeinschaft anstrebt - und ich bin der Meinung, man müßte ein deutliches Signal in diese Richtung setzen;-, dann ist ebenso klar, daß eine Vertiefung in Richtung Politische Union und Wirtschaftsunion unmöglich ist. Man kann nicht beides gleichzeitig haben. Hier ist besonders die deutsche Regierung gefordert, ein klares Wort zu sagen. Ich halte es jedenfalls für außerordentlich wichtig, den Reformländern Osteuropas eine Perspektive aufzuzeigen, daß sie nicht im Abseits stehen bleiben, sondern auf eine Mitgliedschaft rechnen können.

Ich füge allerdings als Warnung hinzu: Wenn man die Wirtschaft in den Ländern Osteuropas auf einen Schlag ruinieren will, dann braucht man nur dafür zu sorgen, daß sie möglichst schnell eine Vollmitgliedschaft in der EG bei gleichzeitiger Konvertierbarkeit ihrer Währungen erreichen - etwa so, wie dies mit den neuen Bundesländern am 1. Juli 1990 der Fall war. Dies würde ich keineswegs befürworten; denn damit würde man Gefahr laufen, das marktwirtschaftliche System in diesen Ländern von vornherein zu diskreditieren. Im übrigen würde das auch die westeuropäischen Länder sehr viel Geld kosten. Deshalb muß man an Übergangsregelungen denken.

Speziell für mein Land, Großbritannien, will ich noch auf ein Problem hinweisen, nämlich die weitverbreitete Unkenntnis über das, was in jenem fernen Teil Europas vor sich geht. Man fühlt sich erinnert an die Worte Chamberlains, der 1938 von der Tschechoslowakei als von einem "far-off land of whose people we know little" gesprochen hat. Hier fehlt es uns an jenem kulturellen und menschlichen Wurzelgeflecht, das die Deutschen im positiven wie negativen Sinne so viel stärker mit den Ländern Mitteleuropas verbindet. Ich würde mir für England wünschen, daß dieses Bewußtsein, aufeinander angewiesen zu sein, stärker entwickelt würde.

Burghardt

Im Hinblick auf die Europäische Gemeinschaft, die hier mehrfach angesprochen wurde, stelle ich zunächst fest, daß nach meinem Eindruck diejenigen, die eine schnelle Erweiterung fordern, offenbar eine andere Gemeinschaft im Auge haben. Zumindest fällt auf, daß vornehmlich solche westlichen Politiker in Prag oder Warschau Einladungen zum schnellen Beitritt aussprechen, die mehr einer lockeren Allianz souveräner europäischer Staaten denn einer supranational integrierten Gemeinschaft das Wort reden.

Herr Stürmer erwähnte das Datum 1992 und die Zielsetzung des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes. Ich sehe es als einen Glücksfall der Geschichte an, daß es 1985 - also mehrere Jahre vor den großen Veränderungen in Europa - gelungen ist, den europäischen Einigungsprozeß, der mehr und mehr in eine Sackgasse zu geraten drohte, durch die Perspektive des Binnenmarktes wieder zu dynamisieren. Der Binnenmarkt als wirtschaftliches Integrationsziel war zwar im EG-Vertrag von vornherein angelegt. Die durch die Europäische Einheitliche Akte verfassungsrechtliche Festlegung auf 1992 als Enddatum für seine vollständige Verwirklichung und die Verbindung mit der "Finalité politique" des Integrationsprozesses verlieh letzterem eine neue Dynamik.

Ab 1988/89 löste der Umwandlungsprozeß in Osteuropa einen zweiten ost-westlichen dynamischen Prozeß aus. Aus dem Zusammenwirken beider Entwicklungen entstand eine dritte Dynamik, die Quelle der derzeitigen gesamteuropäischen Umbrüche, mit der deutschen Vereinigung als zweifellos wichtigstem Bindeglied. Der Europäischen Gemeinschaft und dem ihr zugrunde liegenden Integrationsprozeß als Angelpunkt der neuen gesamteuropäischen Beziehungen ist dabei eine neue gewaltige Verantwortung zugewachsen. Ich meine, man kann bei aller Kritik sagen, daß es die Gemeinschaft in Anbetracht ihrer eigenen innenpolitischen Wachstumsprobleme bisher verstanden hat, die verschiedenen Etappen des ost-westlichen Neubeginns hilfstellend zu begleiten.

Eine Grundsatzdebatte der Art, wie sie heute beispielsweise in Großbritannien über nationale Souveränität und europäischen Föderalismus geführt wird, kennen wir ja aus den 50er Jahren in Deutschland. Damals stritten etwa Konrad Adenauer und Thomas Dehler heftig über die Frage, ob sich Wiedervereinigung und europäische Integration ausschließen oder ergänzen. Und wir können uns nur beglückwünschen, daß sich die deutsche Einigung jetzt innerhalb des europäischen Integrationsprozesses vollzogen hat. Die von Adenauer maßgeblich beeinflusste Grundentscheidung der deutschen Verfassung - staatliche Einheit im Rahmen der europäischen Einigung - ist damit historisch gerechtfertigt worden. Zugleich ist der Gemeinschaft dadurch die Fähigkeit zugewachsen, sehr viel intensiver als bisher mit den Ländern Osteuropas zu kommunizieren. Dabei kommt dem vereinigten Deutschland als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft natürlich eine besondere Aufgabe und Verantwortung zu.

Bereits auf dem Pariser Weltwirtschaftsgipfel im Juli 1989 ist der Auftrag an die Europäische Kommission ergangen, den jetzt sogenannten G-24-Koordinierungsprozeß zugunsten der neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa einzuleiten. Innerhalb von zwei Jahren sind bisher etwa 40 Milliarden Dollar für die Wirtschaftsreformen in Osteuropa verfügbar gemacht worden. Eine doppelte Konditionalität, demokratische Reformen und Marktwirtschaft, sind unerläßliche Voraussetzungen. Was die Lastenverteilung angeht, wurden mehr als 80 Prozent der 40 Milliarden Dollar von den Europäern (EG und EFTA) aufgebracht und nur je 10 Prozent von USA/Kanada und Japan/Korea. Mit dem frühzeitigen Abschluß von Kooperationsabkommen mit den 5 mittel- und osteuropäischen neuen Demokratien und den laufenden Verhandlungen über "Europaabkommen" mit - zunächst - Polen, Ungarn und der CSFR trägt die Gemeinschaft ganz erheblich zu Marköffnung und politischer Heranführung dieser Länder an den Integrationsprozeß bei.

Auch in bezug auf die Veränderungen in der Sowjetunion hat der Europäische Rat in Rom im Dezember 1990 ein Gesamtkonzept für einen Beitrag seitens der Gemeinschaft zur Unterstützung der von Präsident Gorbatschow eingeleiteten politischen und wirtschaftlichen Reformen entwickelt. Dabei geht es von technischer Hilfe bis hin zum Angebot eines umfassenden Vertrages, nachdem die Gemeinschaft auch mit der Sowjetunion bereits 1989 einen Kooperationsvertrag abgeschlossen hatte.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch zu Jugoslawien Stellung nehmen. Hier hat es die Europäische Gemeinschaft, von der seitens aller Beteiligten eine aktive Rolle erwartet wird, mit einem schwierigen Balanceakt zwischen zwei Grundprinzipien zu tun, die auch zum festen Bestand der KSZE gehören, nämlich dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auf der einen und der Frage der Unverletzlichkeit von Grenzen auf der anderen Seite. Der Beitrag der EG besteht nicht in einer Parteinahme für einen bestimmten Standpunkt, sondern in der vermittelnden Begleitung eines Prozesses, an dessen Ende getrennt wird, was nicht mehr zusammengehört.

Dabei ist indessen ganz entscheidend, ob dieser Prozeß gewissermaßen in einer Rückkehr zu den Standards des 19. Jahrhunderts endet oder ob es gelingt, einen Konsens zu finden, der sich am Beispiel des europäischen Integrationsprozesses des 20. Jahrhunderts orientiert. Mit anderen Worten: Akzeptieren die auseinanderstrebenden Republiken einen minimalen Bereich gemeinsam ausübender Befugnisse, den sie auch bereit sind, in einer Art Gemeinschaftsverfassung festzuschreiben, einschließlich der Garantie von Minderheitsrechten, bei gleichzeitiger weitgehender Selbständigkeit der Republiken?

In der EG haben jedenfalls große Länder wie Frankreich, Großbritannien, das geeinte Deutschland und Italien erkannt, daß das Prinzip völliger Selbständigkeit souveräner Nationalstaaten überholt ist. Auch große europäische Staaten sind darauf angewiesen, in einem Integrationsverband zusammenzuwachsen, um in einer Welt zu überleben, die sowohl von globalem Konkurrenzkampf als auch von der Notwendigkeit regionaler staatenübergreifender Strukturen geprägt ist.

Was die Frage gesamteuropäischer Architektur angeht, so ist aus der Sicht der Europäischen Gemeinschaft das Zusammenwirken zwischen Integration und Kooperation das Schlüsselproblem. Mit anderen Worten: Wie ordnet sich der EG-Prozeß in gesamteuropäische Strukturen ein?

Gesamteuropäische Kooperation im Rahmen der KSZE allein, das heißt ohne den sich gleichzeitig vertiefenden Integrationsprozeß der Gemeinschaft, würde lediglich die Illusion von langfristiger Stabilität des Kontinents vermitteln. Dies hat das Beispiel des Völkerbundes hinreichend bewiesen. Die Gemeinschaft als solche muß sich deshalb als Akteur des KSZE-Prozesses artikulieren. Trotz guter Ansätze (gemeinsame Delegation des EG-Mitgliedstaates, das die Ratspräsidentschaft ausübt, und der Gemeinschaft, vertreten durch die EG-Kommission; Unterzeichnung der Pariser KSZE-Charta durch die Präsidenten des Europäischen Rates und der Kommission) ist dies noch keine Selbstverständlichkeit. Zu gern - das hat auch wieder die jüngste KSZE-Außenministertagung hier in Berlin gezeigt - sonnen sich unsere Mitgliedstaaten bei solchen Anlässen im Glänze vergangenen Souveränitätsgehobes und geben ihre Zugehörigkeit zu einer supranationalen Gemeinschaft gleichsam an der KSZE-Garderobe ab.

Am Beispiel Jugoslawiens ist indessen die Erwartung deutlich geworden, daß die Gemeinschaft als am ehesten akzeptabler Partner eines Krisenmanagements tätig wird.

Die Diskussion um Vertiefung und Erweiterung zeigt deutlich, daß wir hier mit dem Feuer spielen. Herr Dahrendorf hat gesagt: Sicherungen können durchbrennen. Das muß auf jeden Fall verhindert werden. Wer für die Erweiterung nur deshalb plädiert, weil er darin die Chance sieht, sich von den lästigen Fesseln des Integrationsprozesses zu befreien, darf nicht auf Zustimmung rechnen können. Vielmehr muß die Gemeinschaft belastbarer werden, bevor die nächste Erweiterungswelle stattfindet.

Darum geht es auf den beiden Regierungskonferenzen über die Wirtschafts- und Währungsunion sowie über die Politische Union. Beide Vertragsverhandlungen haben zum Ziel, den Integrationsprozeß wirtschaftlich wie auch politisch irreversibel zu machen und die Effizienz des Entscheidungsprozesses in der Gemeinschaft zu stärken. Diese Strategie ist die Voraussetzung dafür, ab 1993 die beitragswilligen EFTA-Länder und in einer längerfristigen Perspektive die mittel- und osteuropäischen Staaten in die Gemeinschaft aufnehmen zu können. Dieses Konzept muß jetzt verwirklicht werden; denn wir können Beitrittskandidaten nicht auf eine Ungewisse ferne Zukunft vertrösten, vielmehr müssen klare Beitrittsperspektiven mit den erforderlichen vorgelagerten Phasen intensiver Zusammenarbeit aufgezeigt werden. So werden zum Beispiel die Assoziierungsverträge, die wir zur Zeit mit Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn verhandeln, in einer Präambel die Perspektive einer späteren Mitgliedschaft enthalten.

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang noch auf folgendes Problem hinweisen. Wir erleben heute in Deutschland, wie die erheblichen Transferzahlungen im Rahmen des deutschen Einigungsprozesses das politische Klima belasten. Haben sich eigentlich diejenigen, die von der Erweiterung der Gemeinschaft nach Mittel- und Osteuropa sprechen, schon Gedanken darüber gemacht, wie man die westeuropäische öffentliche Meinung auf entsprechende Belastungen vorbereitet? So, wie heute von 60 Millionen Westdeutschen für 17 Millionen Ostdeutsche Opfer zu erbringen sind, wird es zwischen

340 Millionen Gemeinschaftsbürgern und 110 Millionen Bürgern in den sechs neuen Demokratien zu ganz erheblichen Ressourcentransfers kommen müssen.

Ich meine, wenn wir von der Bürgergesellschaft sprechen, dann müssen wir auch dafür sorgen, daß die Voraussetzungen für eine entsprechende Solidaritätsbereitschaft der Bürger einer erweiterten Europäischen Gemeinschaft rechtzeitig geschaffen werden.

Seitz

Herr Dahrendorf hat gefordert, wir müßten die osteuropäischen Länder so schnell wie möglich in die Europäische Gemeinschaft aufnehmen; die notwendige lange Übergangszeit sollte innerhalb der EG stattfinden. Das entspricht auch meiner Meinung. Ich füge allerdings hinzu: In diesem Falle brauchen wir eine Europäische Gemeinschaft mit zwei oder mit mehreren Geschwindigkeiten. Der harte, handlungsfähige Kern der Gemeinschaft kann nicht aus zwanzig oder mehr Ländern bestehen, jedenfalls nicht für die absehbare Zeit. Ich wäre zum Beispiel für den Pöhl-Plan: sofortige Währungsunion unter fünf Ländern. Das würde bei Großbritannien und Italien zunächst große Proteste auslösen und sie dann in Zugzwang bringen.

Die sofortige Aufnahme der Länder Mittel- und Osteuropas in die EG würde zur politischen Sicherung der Demokratie beitragen. Was tun wir aber, um die wirtschaftliche Seite der Demokratie in Osteuropa, also die entstehende Marktwirtschaft abzusichern? Dieser Transformationsprozeß kann nur mit Hilfe von außen gelingen. Natürlich bedarf es der internen Voraussetzungen; aber die wurden zum Beispiel in Polen inzwischen durchaus geschaffen. Hilfe von außen bedeutet Finanzhilfe, Marktöffnung - ein schwieriger Punkt;-, technische Hilfe, Managementausbildung und so weiter. Aber wir sollten uns keiner Illusion hingeben, entscheidend ist eine massive finanzielle Unterstützung, um den Transformationsprozeß einigermaßen sozial erträglich zu gestalten.

Hier hat es nun den Anschein, daß, abgesehen von Deutschland, kaum einer unserer westlichen Partner bereit ist, aus dieser Notwendigkeit die Schlußfolgerung zu ziehen. Deutschland sieht sich - um es etwas überspitzt zu sagen - praktisch allein gelassen, mit der Konsequenz, daß wir uns finanziell zu übernehmen drohen. Das westliche burden sharing klappt nicht.

Ich will einige Zahlen anführen. Wir transferieren in die neuen Bundesländer in diesem Jahr etwa 150 Milliarden D-Mark, von denen zwei Drittel in den Konsum fließen. Auf diese Grundlast haben wir folgende weitere Ausgaben drauf gesattelt:

- Wir haben seit 1989, wenn man die garantierten Kredite und die Transfer-Rubelkosten mit einrechnet, 62 Milliarden DM an die Sowjetunion transferiert. Damit kommt der Großteil der Finanzhilfe an die Sowjetunion von Deutschland.

- Wir haben 20 Milliarden DM an die mittel- und osteuropäischen Länder gegeben. Die westliche Hilfe wird hier von der Gruppe der 24 organisiert. Unser Anteil am Gesamt-Sozialprodukt dieser Gruppe liegt bei etwa acht Prozent, unser Anteil an der Gesamthilfe jedoch beträgt ein Drittel. Dies sind die offiziellen Zahlen der G 24; nach unserer eigenen Berechnung liegt der deutsche Anteil sogar noch weit höher.

- Zu den Kosten des Golfkrieges haben wir 11 Milliarden Dollar beigetragen. Japan zahlte 13 Milliarden Dollar; aber die japanische Volkswirtschaft ist mehr als zweimal so groß wie die deutsche; zur Sowjetunion trägt Japan überhaupt nichts bei, zu Osteuropa nur wenig.

Stürmer

Irgend etwas stimmt bei diesem Milliardenpiel nicht recht zusammen. Herr Burghardt nannte eben andere Zahlen.

Burghardt

Es kommt zum Beispiel darauf an, ob man Umschuldungsaktionen mit einrechnet oder nicht. Die 40 Milliarden Dollar, die ich genannt habe, betreffen jede Art von technischer und Dringlichkeitshilfe sowie Darlehensleistungen, etwa die Stabilitätsdarlehen an Polen und Ungarn sowie die Leistungen der Europäischen Investitionsbank. Dagegen sind die Umschuldungsaktionen, die für Polen allein 16,5 Milliarden Dollar betragen, in dieser Summe nicht enthalten.

Seitz

Die Berechnungen und Vergleiche sind natürlich nicht einfach. Man ist ständig in Gefahr, Äpfel mit Birnen zu vergleichen, zum Beispiel Kredite mit Kreditgarantien. Ich will mit diesen Zahlenangaben

auch nur deutlich machen, daß der Westen insgesamt, Japan eingeschlossen, die tatsächliche Lage erkennen muß und sich zu einer aktiven Politik entschließen sollte, statt weiterhin, wie bisher, abzuwarten. Deutschland darf mit dem Osten nicht alleingelassen werden.

Vor allem die Sowjetunion braucht eindeutige Signale aus dem Westen, daß man bereit ist - unter strikter Kontrolle, versteht sich;- , das angekündigte marktwirtschaftliche Programm massiv zu unterstützen. Nur dann hat dieses Programm überhaupt eine Chance; auch wenn es keine Erfolgsgarantie gibt. Ich bezweifle, ob Gorbatschow vom Londoner Gipfel ein solches Signal mitnehmen wird, wofür wir Deutschen uns einsetzen. Allenfalls dürfte ihm eine Assoziierung beim IMF zugestanden werden das heißt aber noch keine Finanzhilfe. Auch Ausbildungshilfe und ähnliche Versprechungen sehe ich nicht als aktive Politik, sondern als eine Politik des Abwartens.

Lassen Sie mich etwas pointiert sagen: Wir haben 5 Billionen Dollar ausgegeben, um uns gegen die sowjetische militärische Gefahr zu schützen. Wenn es in der Sowjetunion schiefeht und sich erneut ein repressives System durchsetzt oder das Land in Chaos und Bürgerkriegen versinkt, dann wird uns das sehr viel mehr kosten als die Hilfe, die wir jetzt geben müßten. Aber mit dieser Argumentation kommen wir Deutschen im westlichen Kreis im Augenblick nicht durch.

Schlecht

Herr Dahrendorf äußerte Zweifel, ob zwischen Marktwirtschaft und Demokratie irgendeine Kausalbeziehung besteht. Ich sehe das ein wenig anders, wobei ich allerdings einen engeren Zusammenhang zwischen Marktwirtschaft und Rechtsstaat feststelle. Zumindest meine ich, daß die konstituierenden Prinzipien der Marktwirtschaft und auch die menschlichen Verhaltensweisen, auf die eine freiheitliche Wirtschaft angewiesen ist, nicht zur Geltung kommen können, wenn sie im staatlichen Bereich unterdrückt werden. Und wenn wir hier konkret über Jugoslawien oder über die Sowjetunion reden, dann ist unbestritten, daß in einem Vielvölkerstaat die Dinge auch im ökonomischen Bereich nur funktionieren können, wenn man mit den föderativen Elementen wirklich Ernst macht.

Mit anderen Worten, die wirtschaftlichen Reformversuche in Ländern wie Polen oder Ungarn - das ich besser kenne - werden versanden, wenn es an wirklichen politischen Reformen fehlt. Hier entsteht nun in der Tat ein Dilemma - das zeigt sich in Ungarn, aber auch in der Tschechoslowakei;- , daß in den ersten politischen Wahlen, angesichts der Konkurrenz der Parteien um Wählerstimmen, den Wählern - Beispiel Ungarn - von den Politikern faktisch versprochen wurde: Wenn wir von euch gewählt werden und an die Regierung kommen, werden wir die Marktwirtschaft einführen, und ein halbes Jahr später haben wir dann den wirtschaftlichen Aufschwung erreicht; die unvermeidlich längere Durststrecke, die mit der Systemtransformation verbunden ist, wurde zu stark relativiert. Dadurch wird natürlich die Glaubwürdigkeit der Parteien sehr in Frage gestellt. Deshalb bedarf es, wie Herr Mazowiecki sagte, eines starken und nicht eines schwachen Staates, und in der Übergangszeit wäre auch ein größerer Konsens unter den demokratischen Parteien vonnöten.

Was die Verantwortung der EG angeht, so hat Herr Dahrendorf zu Recht darauf hingewiesen, daß es politischer Sicherungen bedarf und auch institutionelle Fragen behandelt werden müssen. Aber wenn ich mit den polnischen, ungarischen oder tschechoslowakischen Wirtschafts- und Finanzministern spreche, dann sagen die: Es ist ja schön und gut, wenn in der Präambel der Assoziierungsverträge die Beitrittsperspektive steht, das hilft uns sicher politisch/psychologisch; viel wichtiger für uns wäre aber, wenn ihr euch in den Verhandlungen großzügiger hinsichtlich der Abnahme unserer Produkte zeigen würdet. Das ist uns auch wichtiger als Finanzhilfe der EG. Unsere Kontingente für Textilwaren beispielsweise, die inzwischen auf dem Weltmarkt durchaus wettbewerbsfähig sind, haben wir schon im ersten Quartal des Jahres ausgeschöpft, und dann läuft nichts mehr. Das ist doch ein Skandal.

Ich bin nicht für eine sofortige volle Mitgliedschaft dieser Staaten. Erweiterung und Vertiefung der EG sollte sich schon die Waage halten, wie auch Herr Burghardt sagte. Ich plädiere mehr für maßgeschneiderte Assoziierungsverträge, die eine klare Beitrittsperspektive enthalten und in ökonomischer Hinsicht schnelle, wirksame Hilfen vorsehen. Anfangs war die Mehrheit in der Kommission überhaupt nicht dafür, in den Assoziierungsverträgen eine Beitrittsperspektive festzuschreiben. Das wollte man lieber offenlassen aus Sorge, mit der ständigen Erweiterung werde die Vertiefung zum Teufel gehen.

Die Assoziierungsverträge sollten auch etwas über die Teilnahme der künftigen EG-Mitglieder an der Europäischen Politischen Zusammenarbeit beinhalten, um die Balance zwischen den institutionellen politischen Sicherungen und den notwendigen ökonomischen Lernprozessen zu wahren, bis diese Länder wirklich beitragsfähig sind. Das wird dann auch den unterschiedlichen Geschwindigkeiten gerecht, die Herr Seitz angesprochen hat.

Ich habe in den fünfziger Jahren die Auseinandersetzungen zwischen Adenauer und Erhard erlebt: Adenauer, der ein kleines politisch institutionelles Europa befürwortete, und Erhard, der eine große europäische Freihandelszone erstrebte und sich nicht damit abfinden wollte, daß Europa nicht nur durch den Eisernen Vorhang, sondern außerdem noch einmal in EG und EFTA geteilt wurde. Ich meine, wir können heute recht optimistisch sein, daß sich - trotz aller Übergangsschwierigkeiten - Ende des Jahrhunderts eine Synthese zwischen beiden Richtungen ergeben wird, nämlich stärkere politisch institutionelle Bindungen im großen Europa bei gleichzeitig freiem gemeinsamem Markt. Das ist eine recht positive Perspektive, auf die man hinarbeiten sollte, damit die Dinge in den Übergangszeiten nicht scheitern.

Gansel

Man sieht die Geschichte ja immer so an, wie sie geschehen ist, und nicht, wie sie auch hätte geschehen können. Trotzdem lohnt es sich, auch einmal darüber nachzudenken. Ich halte es für einen Glücksfall, daß die Veränderungsprozesse in Osteuropa, über die wir hier diskutieren, gleichzeitig mit Diskussionen und Entscheidungen über die Revitalisierung der Europäischen Gemeinschaft stattfinden. Das hätte auch anders kommen können; die EG hätte auch stagnieren oder sogar erodieren können. Damit hätte aber ein wichtiger Impuls für die Demokratisierungsbewegung und für die Stabilisierung von Demokratie in Mittel- und Südosteuropa gefehlt.

Auf der anderen Seite macht die Gleichzeitigkeit dieser Prozesse - Regierungskonferenzen, Europäischer Wirtschaftsraum, Verwirklichung des Binnenmarktes, Beitrittswillige in Skandinavien und Interessenten im Osten - die Sache natürlich komplizierter. Ich bin jedoch dafür, dieser Kompliziertheit ins Auge zu sehen, zumal manche Reaktion der Brüsseler Bürokraten vielleicht gerade aus der Angst zunehmender Kompliziertheit europäischer Politik resultiert. Es ist nie gut, wenn man sich von solchen Ängsten leiten läßt.

Ich bin davon überzeugt, daß die Attraktivität der Europäischen Gemeinschaft für den Prozeß der Demokratisierung in den östlichen Staaten eine große Rolle gespielt hat. Für diese Länder geht es aber nicht nur um Demokratisierung und Wirtschaftsreform, sondern zugleich - und das sollte nicht vergessen werden - um die Notwendigkeit, den Prozeß der Umweltzerstörung zu stoppen, der in seiner Dramatik und in seinen Auswirkungen auf die Menschen nicht unterschätzt werden darf.

Nun kann aber aus der europäischen Perspektive auch eine große Enttäuschung werden, wenn diese Staaten in die Europäische Gemeinschaft in absehbarer Zeit nicht hineinkommen oder wenn es für die Menschen nicht Grund zur Hoffnung gibt. Denn alle Prozesse der Stabilisierung von Demokratie, Wirtschaftsreformen und Abbremsen der Umweltzerstörung werden mit großen Opfern für die Masse der Menschen verbunden sein. Die demokratische Legitimierung kann sehr schnell in Frage gestellt werden, wenn es nicht gelingt, die wirtschaftliche Situation der Menschen zu verbessern, mindestens zu stabilisieren.

Was hat die Europäische Gemeinschaft den Osteuropäern anzubieten? Das eine ist die Vollmitgliedschaft, allerdings mit sehr langen Anpassungsfristen, weniger auf der politischen Ebene - das läßt sich noch am ehesten verwirklichen - als vor allem im ökonomischen Bereich. Spanien und Portugal haben ungefähr sieben Jahre gebraucht, und die haben es noch - im Vergleich zu den Osteuropäern - relativ einfach gehabt.

Burghardt

Sieben Jahre vorher und sieben Jahre hinterher; die Übergangsfristen laufen immer noch.

Gansel

Ich nehme jetzt den Zeitpunkt der Mitgliedschaft. Aber immerhin, man wäre voll politisch dabei. Das gäbe einige Sicherheit, aber auch viele Enttäuschungen.

Das Zweite wäre eine lange Zeit der Assoziierung. Damit würde sich nicht allzuviel bessern, weder politisch noch ökonomisch. Aber man hätte die Verheißung der Vollmitgliedschaft, und das kann manchmal auch ganz sinnvoll sein, sozusagen als Legitimationsreserve.

Drittens besteht die Möglichkeit, die politische und die wirtschaftliche Mitgliedschaft in der EG für die Anfangszeit voneinander zu trennen und damit gewissermaßen einen neuen Typus von Mitgliedern zu schaffen, wie Andriessen das vorgeschlagen hat.

Schließlich gibt es viertens die Überlegung, daß die osteuropäischen Staaten vor einer Assoziierung oder Vollmitgliedschaft in der EG untereinander einen integrierten Wirtschaftsraum schaffen mit direkter Unterstützung durch den Westen.

Nun gehören ja zu den osteuropäischen Staaten nicht nur Polen, die CSFR und Ungarn, über die wir hier vorzugsweise sprechen, sondern es gibt auch noch Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, oder was von Jugoslawien nachbleibt; und es gibt die Sowjetunion, oder was immer von der Union nachbleibt. Das macht die Sache noch komplizierter. Das Beispiel Jugoslawien zeigt ja, wie schnell sich die Dinge verändern können.

Was die Europäische Gemeinschaft jetzt in bezug auf Jugoslawien leistet, ist zu begrüßen, beruht aber auch auf der Erkenntnis vorangegangener Fehler, nachdem man vor den Prozessen in Jugoslawien zwei Jahre lang die Augen verschlossen hat. Zuletzt hat man die Zentrale in Belgrad nicht demotiviert, mit einem Einsatz der Armee zu spielen. Plötzlich hat man so etwas wie einen Krieg mitten in Europa. Ob die Vorschläge, die nunmehr auf dem Tisch liegen, wirklich greifen, steht dahin. Die aktuellen Nachrichten aus Jugoslawien sind jedenfalls weiter besorgniserregend.

Das alles hat Auswirkungen auf eine andere Region in Europa, nämlich das Baltikum. Die Polen sind da vielleicht etwas mehr sensibilisiert als andere, schon wegen der großen polnischen Minderheit in Litauen und wegen anderer Nachbarschaften.

Es ist sicher richtig, eine Politik zu machen, die den Zerfall von Staaten zumindest nicht ermuntert. Aber die schlechteste Realpolitik ist immer die, die Realitäten verkennt. Und eine solche Realität ist, daß die Slowenen nie wieder in das alte Jugoslawien zurückkehren werden. Eine weitere Realität ist, daß die baltischen Staaten sich früher oder später verselbständigen werden. Die Frage ist, ob wir diese Prozesse flankieren oder ob wir sie laufen lassen oder ob wir sogar die Zentralisten unterstützen. Letzteres kann auch bedeuten, militärische Optionen zu eröffnen. Es gibt Leute, die meinen, man würde Gorbatschow helfen, wenn man Jugoslawien zusammenhält, selbst wenn die Armee dort fast freie Hand bekäme. Ich bin überzeugt, daß es ihm schaden würde, wenn die Militärs und die Orthodoxen in Moskau den Eindruck gewönnten, sie könnten mit Passivität der Europäer rechnen, wenn sie im Baltikum das gleiche versuchten. Hier könnte einiges schrecklich veränderbar werden, was wir jetzt für irreversibel halten.

Die Interessenlagen sind auf westeuropäischer Seite sehr unterschiedlich. Die Brüsseler Kommission ist gewiß daran interessiert, die Vertiefung voranzutreiben und sie nicht durch eine Verbreiterung zu belasten. Ich meine, es wäre wichtig, die unterschiedlichen Interessenlagen zu analysieren, auch in bezug auf die Länder, die wohl als nächste in die EG hineinkommen: Österreich und Schweden. Erweiterung bedeutet größere Märkte, aber auch zusätzliche Konkurrenz, an der manchen vielleicht gar nicht so sehr gelegen ist.

Die Bundesrepublik ist in einer besonderen Situation. Wir sind nicht zuletzt deshalb an politischer Stabilität und wirtschaftlichem Fortschritt im Osten interessiert, weil wir sonst mit gewaltigen Wanderungsbewegungen in die Bundesrepublik rechnen müssen, nicht nur mit Aussiedlern aus Polen und aus der Sowjetunion, sondern auch mit anderen Flüchtlingsströmen.

Wir sind vielleicht auch mehr als andere an Sicherheit interessiert, die auf die verschiedenste Weise gefährdet werden kann, etwa durch Sezessionskriege, durch Konflikte mit Minderheiten, durch Militärputsche und Bürgerkriege. Aber auch durch Atomkraftwerke - nicht nur, wenn eines bei internen Auseinandersetzungen umkämpft werden könnte wie in Slowenien, sondern auch, wenn, wie in Bulgarien, eines hochgradige technische Mängel aufweist und nicht abgestellt wird; eine ganz neue Dimension von Unsicherheit. Auch die ökologischen Gefahren in der Sowjetunion, die teilweise dramatisch gezeichnet werden, können uns direkt oder in Form von Flüchtlingsströmen erreichen.

Die Bundesrepublik befindet sich dabei gewissermaßen in einer Puffersituation für die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Deshalb können wir vielleicht mit besonderer Glaubwürdigkeit dafür eintreten, daß die mitteleuropäischen Demokratien wirtschaftlich und sicherheitspolitisch in einen größeren Verbund integriert werden und nicht ihrerseits wieder die Rolle von Pufferstaaten zugeschoben bekommen.

Institutionen im militärischen Bereich wie NATO und WEU bieten vor solchen Gefahren keinen Schutz. Dagegen hilft nur eine Politik der demokratischen und wirtschaftlichen Stabilisierung, der Wahrung von Menschen- und Minderheitenrechten sowie des ökologischen Umbaus. Das geht nicht ohne die Europäische Gemeinschaft. Und da wird der Bundesrepublik Deutschland wohl die Aufgabe zukommen, die osteuropäischen Staaten in den europäischen Kontext sozusagen hineinzuschleppen. Ich fürchte, anders sind unsere europäischen Partner nicht zu überzeugen.

Diese Rolle, der man schon heute mit Mißtrauen begegnet, wird die Deutschen in eine schwierige Situation bringen. Aber wir haben hier auch eine besondere Verpflichtung. So dankbar wir unseren westlichen Verbündeten sind für das Vertrauen, daß sie uns bei der deutschen Vereinigung gezeigt haben, möglich geworden ist dieser Schritt vor allem durch die Politik Gorbatschows und Schewardnadses und durch die Politik der Solidarnosc in Polen. Deshalb haben wir uns im deutsch-polnischen Vertrag verpflichtet, Polen den Weg in die Europäische Gemeinschaft zu ebnen.

Marsh

Ich nehme noch einmal Bezug auf die Veränderungen in der ehemaligen DDR seit dem 1. Juli 1990. Diese Entwicklung macht zwei Dinge deutlich. Das erste ist das nahezu vorprogrammierte Desaster in den neuen Bundesländern, das sehr viel Geld kostet. Das Beispiel führt uns vor Augen, was geschieht, wenn man schlagartig ein neues Wirtschaftssystem und einen festen hohen Wechselkurs über Nacht in einem Gebiet einführt, das weder mentalitätsmäßig noch wirtschaftlich auf dieses System vorbereitet ist. Obwohl man den Worten der Bundesbank sicher nicht immer so große Bedeutung beimessen soll, halte ich die Mahnungen der Währungshüter in Frankfurt in letzter Zeit doch für gerechtfertigt.

Der zweite Punkt in diesem Zusammenhang betrifft die Transferleistungen, die der stärkere Teil, Westdeutschland, für die ehemalige DDR aufbringen muß. Generell kann man einen erheblichen Unterschied zwischen den reichen Ländern in Westeuropa und den ärmeren Ländern in Osteuropa feststellen. Das heißt, die unterschiedliche Verteilung des Wohlstandes wird in dem größer gewordenen Europa leider eine nicht unbeträchtliche Rolle spielen. Und zweifellos wird die deutsch-deutsche Integration aus einer Reihe von Gründen die Wirtschaftsunion in Europa etwas verlangsamen.

Natürlich soll man nicht nur über die Kosten sprechen. Schließlich ist der Rollback des Kommunismus in Osteuropa ohne Zweifel ein großer Gewinn. Vor einigen Jahren hätte er vielleicht den dritten Weltkrieg gekostet; heudet kostet es "nur" einige Milliarden.

Ich würde es in der Tat begrüßen, wenn auch die deutsche Regierungspolitik diesen Gewinn-Aspekt etwas stärker propagieren und öffentlich deutlich machen würde, daß das Geld, das man für den Abzug der sowjetischen Truppen ausgeben muß, eine außerordentlich positive Investition ist, die nicht nur Deutschland, sondern dem Westen insgesamt zugute kommt.

Herr Seitz hat zu Recht darauf hingewiesen, daß massive Finanzhilfe seitens des Westens für den Osten erforderlich ist. Woher soll das Geld kommen? Ich erinnere zwar noch die Worte, die hier in Berlin während einer kleinen Zeremonie vor neun Monaten fielen, wo es hieß, die Einheit sei nicht allein durch hochverzinsliche Anleihen zu finanzieren. Nun, inzwischen wissen es alle, hier geht es um einen echten Ressourcentransfer, für den man teilweise auch auf Steuergelder zurückgreifen muß. Natürlich bedarf es auch privater westlicher Investitionen in den Ländern Mittelosteuropas. Die Umverteilung des Wohlstandes in Europa ist, wie gesagt, ein ganz großes Problem für die Zukunft.

In den Jahren des kalten Krieges wurde immer wieder die Frage an die Adresse der Amerikaner gerichtet, ob sie bereit seien, für Berlin möglicherweise die Opferung New Yorks hinzunehmen. Präsident Reagan hat dies verneint und deswegen das SDI-Programm forciert. Heute lautet die Frage an die europäischen Regierungen, ob sie bereit sind, den eigenen Wählern höhere Steuern aufzubürden, um die militärische und wirtschaftliche Sicherheit von Warschau, Prag oder Budapest zu garantieren. Vor diese Frage wird also nicht nur Deutschland gestellt sein, sondern auch die anderen westeuropäischen Länder. Man darf gespannt sein, wie unsere Regierungen dieses schwierige Problem angehen und damit fertig werden.

Das deutsche Beispiel ist da für uns kaum sehr ermutigend, wenn man erlebt, welche Schwierigkeiten die Umverteilung des Wohlstandes selbst im eigenen Staat bereiten. Natürlich ist das hier alles nur eine Frage der Zeit. Aber im letzten Jahr hat man den Anschein erweckt, das werde sich alles von selbst finanzieren, sozusagen ein deutsches "Tischleindeckdich"-Phänomen. Sicher, das war eine irrealer Vorstellung. Aber am deutschen Beispiel wird für uns andere Europäer deutlich, wie ungeheuer schwierig es ist, den Ressourcentransfer überhaupt so zu organisieren, daß eine rasche Umverteilung des Wohlstandes möglich wird.

Die Sorge von Herrn Seitz, daß Deutschland sich finanziell übernehmen könnte, nehme ich schon ernst. Denn niemandem wäre damit gedient, wenn der Aufschwung im Osten, der in der Tat kommen wird, mit einem gewissen wirtschaftlichen Abschwung im Westen erkaufte würde. Ich sehe also durchaus die Gefahr, daß sich auch das reiche Deutschland währungs- und finanzpolitisch übernimmt.

von Schwarzenberg

Gestatten Sie mir zunächst einige vielleicht etwas theoretisch oder anekdotisch klingende Bemerkungen. Jemand hat einmal gesagt, mit der Demokratie gehe es so ähnlich wie mit einem englischen Park: Es sei gar nicht schwer, ihn anzulegen; man müsse ein paar Bäume pflanzen, einen Rasen aussäen und ähnliche Dinge tun. Aber dann komme es darauf an, diese 300 Jahre lang zu pflegen, das, was wuchert, zurechtzustutzen - dann habe man einen wunderschönen Park. Das gleiche gelte für die Demokratie. Das Problem liegt in den dreihundert Jahren Pflege. Die großen vorbildhaften Demokratien, ob es nun England oder die Schweiz oder auch die Vereinigten Staaten sind, haben sich so entwickelt, daß in einem jahrhundertelangen Prozeß die herrschenden Oligarchien zwar widerwillig, aber in einer halbwegs verantwortungsvollen Weise die Macht abgegeben haben.

Die Situation in Mittel- und Osteuropa ist eine völlig andere. Dort hat die herrschende Schicht schlicht und einfach Bankrott gemacht, und die Macht wurde von der bisherigen Opposition oder auch von anderen Gruppen übernommen. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Denn hier hat nicht ein allmählicher Übergang stattgefunden und sich eine neue politische Elite herausgebildet. Und es ist keine neue Erfahrung, daß solche jäh entstehenden Demokratien häufig mit ihren Problemen nicht fertig werden. Das hat sich beispielsweise in Südamerika nach dem Zusammenbruch des spanischen Kolonialreiches gezeigt.

Nun ist die Demokratie eine schwierige Kunst, vergleichbar, sagen wir, dem Cricketspiel, das einem Kontinentaleuropäer nie ganz verständlich ist. Ich war als Mittelschüler kurze Zeit in einem englischen Internat und habe gefragt, ob es da irgendein Buch gebe, aus dem ich das lernen könne. Die Antwort war: "There is no way but to join the Club, start to play it." Und darum geht es: "to join the Club". Die Frage, ob es uns gelingen wird, stabile Demokratie, einen Rechtsstaat und auch jenes komplizierte Gewebe einer freien Marktwirtschaft aufzubauen, beantwortet sich ganz wesentlich damit, ob es uns gestattet wird, "to join the Club".

Ich habe lange genug im Westen gelebt, um zu wissen, daß die mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften nicht reif sind, von heute auf morgen Vollmitglieder der EG zu werden. Das wird noch einige Jahre dauern und in den verschiedenen Ländern sicher unterschiedlich lang. Die Frage ist nur, ob diese Länder in einem Status der Nichtmitgliedschaft oder aber als vollberechtigte Mitglieder an diesem Entwicklungsprozeß teilnehmen können.

Sie erinnern sich vielleicht, daß vor etwas über zweihundert Jahren in Boston ein kleineres Ereignis stattfand. Man warf dort Teekisten ins Wasser. Dabei ging es um die Grundfrage: keine Besteuerung ohne Mitbestimmung. Mit anderen Worten, ich halte es für eine Illusion, wenn man erwartet, bestimmte Länder sollten sich zwar den EG-Regeln fügen, also die Bestimmungen des Clubs befolgen, ohne aber selbst darüber mitbestimmen zu können. Das geht nur, wenn man sie so schnell wie möglich zu Clubmitgliedern macht, das heißt, ihnen die Chance einräumt, an den Entscheidungsprozessen teilzunehmen und dadurch auch zu lernen, wobei sie ihre eigenen Erfahrungen miteinbringen. Auf diese Weise wird ein neues Europa entstehen.

Ich glaube nicht, daß wir ein wirklich vereinigtes Europa nur zwischen Brüssel, noch Bonn, Paris und London erfinden können. Dieser Prozeß muß jetzt auch von den Ländern mitgestaltet werden, die einmal Mitglieder werden sollen. Sonst wird das Ganze schwerlich gelingen. Die Vorstellung etwa, da würden, wie das jetzt in Jugoslawien der Fall war, ein paar strenge Lehrer aus Brüssel kommen und ungebärdigen Völkern beibringen, wo es langgeht, kann auf die Dauer nur zu katastrophalen Ergebnissen führen.

Um die Sache ein wenig auf die Spitze zu treiben: Wenn ein luxemburgischer Außenminister, wie das vor kurzem geschehen ist, Kroaten oder Slowenen erklärt, im künftigen Europa hätten Kleinstaaten keine Chance, dann wird hier eine gewisse Fehlproportion sichtbar.

Was wir ganz sicher nicht wollen, ist eine neue Art von Nationalismus; Gott behüte uns davor. Aber die Völker wollen zumindest die Chance haben, darüber mitzubestimmen, in welche Gemeinschaft sie ihre nationale Souveränität aufgeben, und man kann von ihnen nicht verlangen, daß sie auf Dauer einem Verein angehören sollen, der sich nicht bewährt hat.

Damit komme ich zum Fall Jugoslawien, für den es drei mögliche theoretische Lösungen gibt. Die erste ist, daß es gelingt, durch ein Wunder Gottes, einen funktionsfähigen Staat zu erhalten. Wenn das der Fall ist, hurra, dann lasset uns alle ein Dankgebet sprechen. Die zweite Möglichkeit, mit unendlichen Schwierigkeiten verbunden, ist, wenn die westjugoslawischen Republiken Slowenien und Kroatien tatsächlich die Unabhängigkeit erhalten mit all den Gefahren, die sich daraus für Bosnien-Herzegowina et cetera ergeben können. Bei dem Sprengstoff, den es da gibt, eine sicherlich riskante Möglichkeit, aber immerhin. Die dritte Lösung, die auch immer wieder kursiert, würde bedeuten, daß

man ein nicht lebensfähiges Gebilde am Leben erhält, einen Staat, der seine Funktionen nicht erfüllen kann, und die tiefe Frustration, die bereits besteht, sich noch weiter vertieft.

Warum erfolgte die jetzige Explosion? Weil hier nach dem Tod Titos eine Quasi-Föderation erhalten wurde, die nicht mehr funktionsfähig war.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an ein Ereignis der europäischen Geschichte. Zwischen dem Wiener Kongreß 1815 - kurz darauf brachen der griechische und der serbische Aufstand aus - bis zum Ende des Ersten Weltkrieges war es das Bemühen des europäischen Konzerts der Mächte, vor allem aber Englands und Österreichs, das türkische Reich um jeden Preis zu erhalten, statt sich um eine zukunftsorientierte Ordnung zu bemühen, angesichts der Tatsache, daß dieses Reich nicht mehr lebensfähig war. Das Ergebnis war die katastrophale Situation auf dem Balkan wie im Mittleren Osten, und zwar bis zum heutigen Tag.

Beati possidentes haben stets die Neigung - das war schon das Problem der Heiligen Allianz;-, den Ist-Zustand soweit wie möglich zu erhalten und die Probleme einzufrieren. Sie neigen wenig dazu, zukunftsgerichtete Lösungen zu finden.

Ich fürchte, wir müssen uns mit der Tatsache auseinandersetzen, daß die Formen und Konfigurationen, an denen wir Jahrzehnte unseres Lebens festgehalten haben, nicht mehr der Wirklichkeit entsprechen. Das heißt, wir müssen hier radikal neu zu denken anfangen. So wie Deutschland sich mit sich selbst auseinandersetzen muß, so muß in gleicher Weise und genauso intensiv der Vereinigungsprozeß im gesamten Europa verlaufen. Wenn wir hier zwei Maßstäbe anlegen, vergrößern wir die bestehenden Probleme noch mit der Folge, daß wir sie in zehn Jahren als unlösbare Probleme erleben werden.

Maier

Nur der guten Ordnung halber erwähne ich, daß der luxemburgische Außenminister inzwischen diese Äußerung, die ihm zugeschrieben wurde, dementiert hat. Sie wäre ja auch zu seltsam aus dem Mund eines luxemburgischen Politikers.

Stalev

Die Ausführungen von Herrn Mazowiecki treffen weitgehend auch für die bulgarische Reformentwicklung zu, die mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat wie die polnische.

Eine wichtige Frage aller ost- und südosteuropäischen Länder betrifft den Mentalitätswandel. Die kommunistische Herrschaft hat uns in dieser Hinsicht ein schweres Erbe hinterlassen. Den Schaden, der im Bereich der Mentalität angerichtet wurde, würde ich für noch schwerwiegender halten als den Schaden im Bereich der Wirtschaft. Beide sind jedenfalls nur langfristig zu überwinden.

Dabei wiegt der Vertrauensverlust gegenüber den staatlichen Institutionen besonders schwer und behindert den Wandel. Das gilt beispielsweise für das Rechtssystem, das sich unter dem alten Regime völlig diskreditiert hatte, so daß wir jetzt versuchen müssen, schnell ein neues Rechtssystem aufzubauen, vor allem im Bereich des Verfassungsrechts und des Handelsrechts. Und ich füge gleich hinzu: Es ist nicht schwer, bestimmte Gesetze zu verabschieden; das eigentliche Problem ist, sie dann auch angemessen anzuwenden.

Ein Beispiel dafür ist das Parteiengesetz, das wir grundlegend geändert haben mit der Zielsetzung, die staatlichen Behörden zu entpolitisieren. Das heißt, Beamte im Auswärtigen Amt, in der Armee, Polizei, Justiz, Richter und Staatsanwälte, aber auch Mitglieder des Präsidialamtes dürfen keiner Partei angehören. Der Grund dafür liegt natürlich in der Tatsache, daß diese Behörden früher durchweg von der Kommunistischen Partei besetzt wurden. Jetzt verlangt man von den Beamten entsprechende Erklärungen, oder sie müssen von ihrem Amt zurücktreten.

Doch mit einer solchen Gesetzesänderung ist es selbstverständlich nicht getan, um die Behörden von den Zwängen der Kommunistischen Partei zu befreien. Wir haben zur Zeit eine Koalitionsregierung, in der die bisherige Opposition die wichtigsten Ministerien innehat. Aber die untere Schicht der Behörden hat sich von der kommunistischen Vergangenheit, die ihr Denken geprägt hat, immer noch nicht befreit. Das übt nach wie vor einen negativen Einfluß aus und beeinträchtigt auch die Maßnahmen, die die Regierung durchführen will.

Ein weiteres Beispiel in dem Zusammenhang ist, daß die Menschen sich schwertun, gewisse materielle Unterschiede zu verstehen und anzuerkennen. Der Kommunismus hat ein falsches Gefühl für materielle Gleichheit erzeugt, das natürlich sehr verlogen war; denn wir alle wissen um die Privilegien, die eine bestimmte Schicht von Leuten für sich in Anspruch genommen hat. Dennoch fällt

es den Menschen schwer zu akzeptieren, wenn durch private Initiative materielle Unterschiede geschaffen werden. In vielen Behörden, die die Privatwirtschaft fördern sollen, bestehen immer noch starke Vorbehalte, was die Unterstützung von Privatunternehmen angeht, obwohl wir inzwischen schon viele private Unternehmer haben. Im vergangenen Jahr waren bereits über 100.000 Privatunternehmen registriert, zwar zumeist kleine Betriebe im Dienstleistungsbereich, aber insgesamt eine sehr positive Entwicklung.

Eine weitere Schwierigkeit ist der große Mangel an Fachleuten und Lehrkräften vor allem in den Geisteswissenschaften. Diese Lücke läßt sich nur mit westlicher intellektueller Hilfe schließen, die ich gegenwärtig für wichtiger halte als direkte materielle Hilfe. Vor dem Kriege haben viele bulgarische Studenten in Deutschland studiert; allein über 1300 Doktorarbeiten wurden zwischen den beiden Weltkriegen im deutschsprachigen Raum von bulgarischen Studenten angefertigt. Im Augenblick zeigt sich, wie schwer sich unsere Leute in diesen geisteswissenschaftlichen Fächern tun, also in Soziologie, Rechtswissenschaft, auch Wirtschaftswissenschaften. Es fehlt ihnen von ihrer Ausbildung her an den notwendigen Voraussetzungen, und es ist nicht immer leicht, dies durch entsprechende Umschulungen zu korrigieren.

Vor wenigen Tagen haben wir ein neues Handelsgesetz, das erste nach dem Kriege, verabschiedet, das bereits in Kraft getreten ist. Jetzt müssen alle Richter umgeschult werden, ohne daß wir eigene Lehrkräfte dafür haben. Es gibt keine Rechtsprofessoren, die dies vermitteln können.

Ein Problem, das alle Länder Ost- und Südosteuropas beschäftigt, betrifft die Privatisierung. Hier blicken wir gespannt auf die neuen Bundesländer in Ostdeutschland und die Tätigkeit der Treuhandanstalt. Die Erfahrungen, die da gemacht werden, sind für die osteuropäischen Staaten außerordentlich wichtig. So weit sind wir in Bulgarien mit der Privatisierung leider noch nicht gekommen.

Dabei möchte ich betonen, daß es sich bei der Privatisierung nicht nur um eine wirtschaftliche Maßnahme handelt, sondern zugleich um eine notwendige politische Bedingung. Nur auf diese Weise können die neuen Parteien ökonomisch und sozial Boden unter die Füße bekommen, der ihnen bisher fehlt - bei uns gibt es bereits über 50 registrierte Parteien, die sich Ende September/Anfang Oktober in Bulgarien zur Wahl stellen wollen und denen es schwerfällt, für sich in der Öffentlichkeit zu werben, also einen regelrechten Wahlkampf zu führen. Im Pressebereich dagegen sieht es besser aus, obwohl wir inzwischen eher über ein Zuviel an Zeitungen verfügen.

Als letzten Punkt erwähne ich die Entwicklung des Völkerrechts in Europa, dem ich für die Zukunft große Bedeutung beimesse. Ich bin zum Beispiel der Meinung, daß sich zukünftig kein Land mehr mit dem Hinweis auf die eigenen inneren Angelegenheiten rechtfertigen kann, wenn es um Menschenrechtsverletzungen oder um die Benachteiligung von Minderheiten geht. Entsprechende Rechte müssen in Europa international einklagbar sein. Die Ereignisse in Jugoslawien zeigen, daß die europäischen Völker bisher nicht in der Lage sind, hier konkret einzugreifen und solche Entwicklungen zu stoppen.

Standke

Es ist bemerkenswert, daß beide Referenten bei ihren politischen Ausdeutungen der Ursachen für den plötzlichen Systemwandel in den Ländern Ost- und Mitteleuropas handfeste wirtschaftliche Gründe und weniger ideologische Überlegungen in den Mittelpunkt stellten. Für Herrn Mazowiecki war es der Wunsch Polens, irgendwie das westliche Lebensniveau zu erreichen. Für Herrn Dahrendorf war eine seiner drei Voraussetzungen für Freiheit das Vorhandensein der Marktwirtschaft.

In allen Reformländern, wohl auch in der Sowjetunion, fehlt es inzwischen nicht mehr am politischen Willen, eine Marktwirtschaft einzuführen. Die gesetzlichen Voraussetzungen sind fast überall geschaffen worden. Trotzdem scheint die praktische Umsetzung nirgendwo so recht voranzukommen.

Wesentliche Ursache hierfür ist der Umstand, daß keines der bisherigen RGW-Länder über die erforderliche große Zahl von Managern verfügt, die den Umstrukturierungsprozeß nach Jahrzehnten planwirtschaftlichen Denkens bis zur Marktwirtschaft steuern könnten. Augenfällig wird die Dimension dieses Problems angesichts der Schwierigkeiten, in den neuen deutschen Bundesländern in ausreichender Zahl und Qualität Manager zu finden, die die Wirtschaft dort erfolgreich zu neuen Ufern führen können. Wegen der dauerhaften Hilfe aus dem westlichen Teil Deutschlands ist dieses Problem indessen gering, verglichen mit dem, was auf alle anderen früheren RGW-Länder zukommt.

Was die Wirtschaft Ost- und Westeuropas, auch in der Zeit nach dem "Sozialismus" mehr als alles andere trennt, ist die Managementlücke und die damit in direktem Zusammenhang stehende technologische Lücke. Schnelle Lösungen sind hier nicht zu erwarten. Bisher gibt es eine Vielzahl gut

gemeinter bilateraler Hilfsaktionen. Am prominentesten ist vielleicht das sogenannte Kanzlerprogramm zur Fortbildung sowjetischer Manager, das zwischen Bundeskanzler Kohl und Präsident Gorbatschow vereinbart wurde. Auch das Körber-Kolleg ist hier zu nennen oder als Gemeinschaftsaktion der deutschen Wirtschaft die neue Ost-West-Wirtschaftsakademie in Berlin.

Herr Stalev hat uns daran erinnert, daß für die Reformländer intellektuelle Hilfe des Westens wichtiger ist als materielle Hilfe. Ein Marshallplan in neuer Auflage für Osteuropa, wie er von vielen gefordert wird, ist genauso wenig in Sicht wie die schnelle Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft um die Länder Ost-Mitteleuropas. Statt dessen sollte es aber möglich sein, eine massive "action concertée" der OECD-Länder - zumindest aber auf EG-Ebene - zu erreichen, in der als zentrales Thema unter Beteiligung der internationalen Finanzorganisationen wie Weltbank und Europabank die Aus- und Weiterbildung von osteuropäischen Führungskräften in Wirtschaft und Verwaltung steht. Aus eigener Kraft werden die betroffenen Länder dies nicht erreichen. Ohne gut ausgebildete Führungskräfte ist der ohnehin komplizierte Umstrukturierungsprozeß der Reformländer nicht zu bewerkstelligen.

Lepenies

Der heute wiederbeschworene Tocqueville hat zwar vieles vorausgesehen, aber nicht in allem recht gehabt. So steht am Anfang seines Buches "De la Démocratie en Amérique" der Satz: "Gott bereitet für die europäischen Gesellschaften eine ruhige Zukunft vor." Diese Ruhe in Europa antizipierte er im Hinblick auf eine Synchronisierung der historischen Zeithorizonte. Aber die Asynchronizität der Zeiten ist heute unser Problem. Dazu gehört beispielsweise die Frage, welche Schritte im Übergang zur Bürgergesellschaft zuerst gemacht werden sollen. Die Antwort ist denkbar einfach: alle zugleich.

Interessanterweise ist der Begriff der Mentalitäten von Herrn Stalev ins Gespräch gebracht worden. Wir haben zwar mittlerweile eine Geschichte der Mentalitäten, aber keine Politik der Mentalitäten, die wir jedoch dringend benötigen für die Lösung der Probleme, die vor uns liegen und die wir keineswegs nur politisch und ökonomisch sehen dürfen.

Auch bei den politischen Mentalitäten zeigen sich bestimmte Asymmetrien. Das heißt, unsere Erwartungen im Hinblick auf Verhaltensänderungen sind ganz uneinheitlich. Wir fragen uns zu wenig, wie sich unsere Mentalitäten möglicherweise ändern müßten, wenn wir diesen Wandlungsprozeß in Osteuropa zu einem guten Ende bringen wollen.

Ein Beispiel: Westdeutsche Stiftungen, die Geld für Osteuropa zur Verfügung stellen, beharren auf bestimmten Entscheidungsfristen, die zum Teil auch rechtlich fixiert sind. Die Frage ist, ob man sich in Mittel- und Osteuropa tatsächlich unseren Tempi anpassen sollte oder ob wir nicht versuchen müßten, in unser eigenes System mehr Toleranz für Geduld einzubauen. Andernfalls drohen wertvolle Projekte zu scheitern.

Ein weiterer Punkt betrifft die politische Rhetorik. So hat der Begriff "Mitteleuropa" seine Karriere in Mittel- und Osteuropa eigentlich beendet, und zwar aus guten Gründen, während er im Westen weiterhin Verwendung findet. Das hörte sich in der Äußerung eines europäischen Staatspräsidenten vor kurzem so an, daß die großen Kulturleistungen Mittel- und Osteuropas beschworen werden, die wir uns mehr als bisher aneignen sollten, um dann fortzufahren: Im übrigen sei mit einer Assoziation dieser Staaten zur EG oder gar mit einer Mitgliedschaft bestenfalls in zwölf Jahren zu rechnen.

Das sind Kompensationsstrategien politischer Rhetorik, von denen wir Abstand nehmen müßten, wenn wir in Europa nicht dahin kommen wollen, wie es in dem Titel eines berühmten Buches aus den zwanziger Jahren hieß, "Die Grenzen der Gemeinschaft" in Europa schnell zu erkennen.

Konrad

Horizont und Hysterie, zwei Wörter mit H. Ich denke, das sind die Alternativen in diesen Staaten oder Territorien, die wir ost-mitteleuropäisch nennen. Der Begriff "mitteleuropäisch" bezeichnet nur eine geographische Lage, keine Ähnlichkeit der betreffenden Länder, kein Programm.

Wie sieht diese Alternative aus? Wenn Menschen, Gruppen und Nationen keine klaren Zukunftsperspektiven haben, wenn sie sich unsicher fühlen, dann werden sie hysterisch, denn sie wissen nicht, wohin. Das zeigt sich schon darin sehr deutlich: Während in Westeuropa der Integrationsprozeß weitergeht - und dieser Begriff "Integration" ist bei uns geradezu siegerhaft präsent;- , erleben wir in Mittel- und Osteuropa einen starken Desintegrationsprozeß. Zumindest sind wir Zeuge des Zerfalls eines Imperiums, was alle gewollt haben. Die künstlichen Großgebilde und künstlichen Gemeinschaften zerfallen; der Sozialismus hatte alles integriert, sogar Dörfer zusammengelegt und Fabriken. Alles war ja so bequemer zu dirigieren. Jetzt will man das alles zerstückeln.

Ich gebe nur ein Beispiel: Budapest. Dort gibt es 22 Stadtbezirke, die jetzt alle vollkommene Autonomie haben. Das heißt, der Bürgermeister hat keine Souveränität mehr über die ganze Stadt; wahrscheinlich wird man in der Stadt sogar 22 verschiedene spezifische Gesetzgebungen haben. Das Parlament hat so etwas gerade vor einigen Tagen verabschiedet. Irgendwie sind alle wichtigen politischen Kräfte für diesen Prozeß verantwortlich. Man könnte noch groteskere Beispiele anführen.

Also selbst kleinere Einheiten möchten sich voneinander trennen, weil sie sich durch das, was vorher war, betrogen fühlen. Das gilt insbesondere für die nationalen Minderheiten. Alle haben gewisse Ressentiments - ein allgemeines Gefühl auf diesem Gebiet, das zweifellos etwas mit Identität zu tun hat. Wer ein starkes Identitätsbedürfnis hat, entfaltet notwendigerweise gegen andere Identitäten irgendein Ressentiment. Alle diese Nationen, ethnischen oder religiösen Minderheiten haben etwas zu klagen, weil es viel zu klagen gab. Alle sind verletzt. Und natürlich ist es so wie bei alltäglichen Streitereien: Die Nachbarn sind an allem schuld. Wenn diese Nachbarn nun Leute aus dem anderen Dorf oder sogar von nebenan sind, kann man sich unschwer ausmalen, was geschieht.

Ich habe jetzt zum Beispiel eine Geschichte aus Jugoslawien gehört. In einem Dorf in Kroatien, dessen Bewohner mehrheitlich Serben sind, hat jeder Einwohner die schriftliche Aufforderung erhalten, in die bewaffnete Armee des Dorfes einzutreten, natürlich eine serbische Selbstverteidigungstruppe. Verständlicherweise wollten die Kroaten das nicht. Daraufhin haben die Serben ihre guten kroatischen Freunde in ihr Haus eingeladen, haben ihnen ein Messer an die Kehle gesetzt und ihnen noch Schlimmeres in Aussicht gestellt, wenn sie nicht in die Armee eintreten.

Solche Dinge sind möglich, wenn das kollektive Bewußtsein in eine hysterische Phase gerät und nicht mehr kontrollierbar ist. Ich fürchte, mit derartigen Ereignissen werden wir in Zukunft nicht nur in Jugoslawien häufiger konfrontiert werden. Das zeigt einmal mehr, daß abstrakte Lösungsversuche nichts bringen. Insofern wird Osteuropa noch manche Überraschung für uns bringen, weil es dort an klaren Perspektiven, Entscheidungsinstanzen, an Disziplin, Mentalität und Gesetzen fehlt.

In Ungarn wird regelmäßig ein Report über die Wirtschaftslage veröffentlicht, und zwar unter dem Titel: "Report aus dem Tunnel". Das ist schon ein geflügeltes Wort: Wo befinden wir uns im Tunnel? Gibt es bereits irgendein Licht am Ende des Tunnels? Dieses Gefühl, in einem Tunnel zu stecken, trägt möglicherweise auch zu dieser gewissen Hysterie bei. Es gibt keine klaren Vorhersagen. Auch das untergräbt die Legitimität der Regierung, wenn sie keine ernsthaften Versprechungen machen kann. Alle sagen, es wird noch ein wenig schlechter werden, aber irgendwann wird es wieder aufwärts gehen. Wenn sich aber die Verhältnisse dramatisch verschlechtern, genügt dieser Trost nicht. Auch nicht die Verheißung, man werde irgendwann einmal, vielleicht in Jahrzehnten, Mitglied der EG sein.

Was diese Länder mit anderen Worten brauchen, ist ein klarerer Horizont für die Zukunft. Die Osteuropäer sehen sich so etwas in der Lage des verschmähten Liebhabers. Man sagt: Nun gut, wenn wir uns schon nicht lieben können, dann wollen wir wenigstens gute Freunde sein. Und wenn auch das nicht möglich ist, dann zumindest recht gute Bekannte. Dabei sind Stufen der Freundschaft wichtig.

Es besteht auch ein Unterschied zwischen dem, was damals Integration genannt wurde, und der heutigen Integration. Solange es das Imperium um Moskau herum gab, mit einem eindeutigen Zentrum, war die Sache klar. Jetzt gibt es die EG, den Europarat, die OECD und noch viele andere Möglichkeiten, die NATO nicht zu vergessen. Im Grunde wissen unsere Völker nicht, wohin. Hinzu kommt, daß sich die europäische Idee zwar sehr schön anhört, aber in Ungarn zum Beispiel kommen 60 Prozent der Investitionen aus den USA und einiges auch aus Japan: Wie stellen sich die Europäer dazu?

Es gibt verschiedene große Investitionsräume: Nordamerika, Westeuropa, auch die Sowjetunion ist ein solcher Raum. Und dann sind da diese kleinen Länder, die jetzt alle ihre Sicherheitsprobleme haben und ihre kleinen Armeen sozusagen aufeinander vorbereiten. Wo gibt es beispielsweise eine Instanz, die zwischen Ungarn und der Slowakei hinsichtlich des Donaukraftwerkes vermittelt? Ich könnte viele derartige Probleme nennen, wo es eines vernünftigen Dritten bedürfte, der sich nicht voll an die Souveränität dieser Länder gebunden fühlt und auch eigene Untersuchungen durchführen und entsprechende verfassungsrechtliche Lösungen anbieten kann, etwa bei Minderheitsproblemen, die jetzt neu hochkommen und intellektuell noch gar nicht verarbeitet worden sind.

In Europa stellen die kollektiven und die individuellen Menschenrechte noch einen sehr unsicheren Bereich dar, der aber ausgefüllt werden müßte, wenn man die verschiedenen Autonomieformen eingehender erörtern will. Man braucht dafür auch irgendeine überstaatliche, transnationale Autorität, die möglichst irgendwie mit der EG verbunden sein sollte, weil sich so viele wirtschaftliche Hoffnungen

auf die EG richten. Ich meine, eine solche intellektuelle Unterstützung ist genauso wichtig wie tatsächliche Wirtschaftshilfe.

Engert

Ich stimme Ihnen zu, Herr Lepenies: Wir sollten in der Tat das Beharrungsvermögen von Mentalitäten nicht unterschätzen, die über Jahrzehnte hinweg geprägt worden sind, und zwar auf beiden Seiten. Wenn jemand aus Ostdeutschland mit am Tisch säße, würde er wahrscheinlich ganz genauso wie die Osteuropäer hier argumentieren, vielleicht nur etwas mehr Licht im Tunnel sehen, als Herr Konrad das für Ungarn gesagt hat.

Auflösung von Strukturen auf der einen, Identitätssuche auf der anderen Seite. In diesem Spannungsbogen vollzieht sich die Entwicklung im Osten Deutschlands, im Osten Europas. Wir sollten aber nicht meinen, diese Mentalitätsunterschiede in Ost und West durch institutionelle Regelungen schnell überbrücken zu können.

Mein Eindruck aus vielen Gesprächen in Osteuropa: Daß man dort die schwierige Neudefinition von Identität umgehen will, indem man auf die Europäische Gemeinschaft ausweicht und offenbar meint, mit einem Sprung in die EG werde man all der unbewältigten Probleme zu Hause, deren Bewältigung diesen Ländern ja niemand abnehmen kann, auf einen Schlag ledig.

In unserem Thema ist von den "neuen Demokratien in Europa" die Rede. Kein Zweifel: Es geht um einen radikalen Neuanfang, wie Fürst Schwarzenberg gesagt hat. Das ist auch die deutsche Situation. Denn mit der deutschen Vereinigung entsteht ein neues Deutschland. Und unter dem neuen deutschen Dach sind diff

Maier

Auf der einen Seite gibt es in der Tat einen großen Auflösungsprozeß. Innerhalb eines Großreiches, nehmen wir als Beispiel die Sowjetunion, verselbständigen sich die Nationen; es sind sogar Nationalstaaten im Werden. Innerhalb der Nationen, nehmen wir als Beispiel die CSFR, verselbständigen sich die Völker, Tschechen und Slowaken. Die Frage ist: Wie weit geht dieser Auflösungsprozeß? Und wo gelangt man zu einer neuen Identität, mit der man dann künftig in Form neuer dauerhafter Strukturen rechnen kann?

Gewisse Identitätselemente liegen gewiß in den Nationen. Sicher auch in der civil society; doch die ist vielfach eingebettet in geschichtliche Überlieferung, Religion und so weiter. Die Nation ist dort, wo sie noch existiert, zweifellos ein wichtiges Stabilisierungselement. Bei der Religion zögere ich schon. Mein Eindruck ist, daß sie im Augenblick den Auflösungsprozeß eher vorantreibt, als daß sie neue Stabilität schafft. Die Ausnahme stellt natürlich Polen dar, wo sich die Identitäten des Nationalen und des Religiösen verbinden. Deshalb bedeutet für Polen die Europäisierung, Herr Reiter hat es deutlich gemacht, eine gewisse Öffnung gegenüber der älteren Struktur Und schafft sogar einen Raum für Toleranz von Minderheiten.

Das alles sind sehr komplizierte Prozesse, auch hinsichtlich der religiösen Problematik. Es ist ja interessant, daß die Auflösung des Kommunismus gerade an den Grenzen des byzantinischen Christentums Halt macht. Für den Religionssoziologen und Historiker ist das nicht ganz überraschend. Der Orthodoxie kommen zweifellos große Verdienste zu - ich bin überzeugt, der Glaube ist in Osteuropa durch die mystische Mönchsreligiosität der Orthodoxie viel mehr wachgehalten worden als anderswo. Dem korrespondiert aber eine gewisse soziale Schwäche, ein Fehlen von Naturrecht, Kirchenrecht und kirchlicher Selbständigkeit.

Die Grenze verläuft mitten durch Jugoslawien, und kommunistische Regierungen, die sich noch so nennen, treffen wir eigentlich nur noch im Bereich der Orthodoxie an, während sich im Bereich des evangelischen wie des katholischen Christentums die Revolution weitgehend durchgesetzt hat.

Altmann

Was hier diagnostiziert wird, Herr Maier, sind im Grunde Folgen des ökonomischen Verfalls, einer wirtschaftlichen Desintegration. Wir sollten da nicht zu viel nach kulturellen oder religiösen Ursachen fragen.

Maier

Dem wirtschaftlichen Verfall ist aber der Verfall des Glaubens vorangegangen. Seit den siebziger Jahren gab es kaum mehr maßgebende marxistische Philosophen in Ostund Mitteleuropa, mit denen

man gewinnreich diskutieren konnte - im Westen schon. Man könnte sogar die These aufstellen: Wirtschaftlicher Verfall wird erst sichtbar, wenn ihn kein Glaube mehr auffängt.

Altmann

Solche Argumentation ist sehr katholisch.

Meyer-Landrut

Ihren Hinweis, Herr Maier, der Kommunismus halte sich unter der Orthodoxie länger, würde ich als generelle Aussage so nicht gelten lassen. Georgien beispielsweise hat eine autokephale Kirche mit einer großen orthodoxen Tradition und ist trotzdem ein Vorreiter für Veränderungen und für die Beendigung des Kolonialimperiums der Sowjetunion. Auch Bulgarien hat in der letzten Zeit große Anstrengungen gemacht, sich zu demokratisieren. Das Bild ist also doch wohl differenzierter zu sehen.

Ich möchte mich hier aber zum Verhältnis Sowjetunion gegenüber Osteuropa äußern. Es ist zu Recht gesagt worden, daß der Zerfall des sowjetischen Imperiums überall in Osteuropa mit Freude begrüßt wurde. Warschauer Pakt und RGW sind aufgelöst. Und es ist sicher verständlich, daß bei allem, was diese Völker in den letzten Jahrzehnten erlebt haben, das Verhältnis zur Sowjetunion eher negativ gesehen wird, ungeachtet aller Reformen, die auch dort inzwischen stattgefunden haben. Diese Einstellung birgt gewisse Gefahren.

Auch in diesem Gespräch wird ja deutlich, welche Faszination die EG auf die Länder Osteuropas ausübt und wie sehr man von dort sozusagen alles Heil erwartet. Dabei sollte man nicht übersehen, daß diese Länder nach wie vor an die Sowjetunion angrenzen. Das heißt, diese Situation enthält ein nicht unbeträchtliches Konfliktpotential.

Es gibt in Moskau, insbesondere im Außenministerium, eine Haltung, die sich stark an den bisherigen Verhältnissen orientiert. Sie kennen sicher den Entwurf eines Abkommens, das die Sowjetunion mit den früheren Ländern des Warschauer Paktes abschließen will. Darin gibt es einen Artikel 4, in dem zum Ausdruck kommt, daß im Bereich der Sicherheitspolitik die Souveränität dieser Länder stark eingeschränkt werden soll. Bisher haben, wenn ich es richtig sehe, lediglich die Rumänen halbwegs positiv auf diesen Vertragsentwurf reagiert, die anderen Länder jedoch nicht, allerdings ohne daß von ihnen selbst irgendwelche Alternativen im Sicherheitsbereich entwickelt worden sind.

Das gleiche trifft auf die Wirtschaftsbeziehungen zu, was insbesondere das große Problem des Transfer-Rubels angeht. Auch da steuern die osteuropäischen Staaten kaum irgendwelche Überlegungen bei, wie man aus diesem Dilemma herauskommen kann. Dabei sind diese Staaten nach wie vor stark von Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion abhängig, und sie müßten auch auf der Exportseite an einem langfristigen Wirtschaftsverkehr mit der UdSSR interessiert sein.

Was sich in dieser Hinsicht besonders negativ auswirkt, ist die Tatsache, daß Wirtschaftskontakte der osteuropäischen Länder zur Sowjetunion immer noch von Vertretern der früheren Politik dominiert werden, die nicht demokratisch legitimiert sind. Erstaunlicherweise kümmern sich die neuen demokratischen Regierungen um diese Beziehungen zur Sowjetunion viel zu wenig.

Herr Seitz hat die Frage gestellt, was der Westen tun muß, damit in der Sowjetunion nicht ein Chaos ausbricht, das sich auf ganz Europa negativ auswirken würde. Dieses Thema sollten wir nicht vernachlässigen. Von daher frage ich besonders die Teilnehmer aus den osteuropäischen Ländern: Wie stellen Sie sich das zukünftige Verhältnis zur Sowjetunion vor? Ist hier eine konstruktive Entwicklung denkbar, die auch mit dem Westen koordiniert werden könnte?

Mlynar

Ich gehöre zu den ehemaligen Reformkommunisten in der Tschechoslowakei, die 1968 im Prager Frühling versuchten, das kommunistische System grundlegend zu reformieren. Unsere Vorstellungen vom sogenannten Dritten Weg bedeuteten indes keine generelle Abkehr von unseren ideologischen Grundsätzen. Dennoch waren wir der Meinung - und das ist bis heute aktuell geblieben;- , daß wir einen Weg gehen müßten, der ohne geschichtliche Vorbilder war und der eine nicht-kapitalistische Form der Industriegesellschaft anstrebte. Das war zwar kein herkömmlicher Sozialismus mehr; aber das spielte für uns keine so große Rolle. Immerhin waren es noch sozialistische Vorstellungen, die eine mögliche andere Interpretation marxistischer Ideen darstellten. Das haben wir später auch ganz offen zugegeben.

Für wichtig halte ich, daß wir eine Gesellschaft wollten, die nicht kapitalistisch war und die auf ganz anderen Erfahrungen mit dem Markt, mit der Demokratie aufbaute, mit dem Alltag einer Industriegesellschaft überhaupt als die westliche Form der Industriegesellschaft. Ich stimme Herrn Dahrendorf allerdings zu, wenn er in seinem Buch "Betrachtungen über die Revolution in Europa" von einer Fata Morgana des Dritten Weges spricht und die Meinung vertritt, zur offenen Gesellschaft von Karl Popper gebe es keine sinnvolle Alternative.

Wenn wir den Begriff des Dritten Weges ablehnen, sollten wir jedoch nicht übersehen, daß wir uns in einer ganz anderen Situation befinden, als dies bei jenen anderen Ländern der Fall war, in denen der Übergang von einer totalitären Diktatur zur Demokratie stattgefunden hatte. In Deutschland, Italien und später in Spanien und anderswo war eine funktionierende kapitalistische industrielle Gesellschaft vorhanden, wenn diese auch durch die faschistische Politik vergewaltigt worden war. So gab es in diesen Ländern Personenkreise, die bereit und in der Lage waren, wenn sie dazu die Möglichkeit erhielten, als Subjekte in der Marktwirtschaft zu agieren. Es gab beispielsweise eine Schicht von Unternehmern. Die ganze soziale Struktur war also da; man brauchte sie nur zu befreien.

In den ehemaligen kleineren Ostblockländern - von der Sowjetunion will ich in diesem Zusammenhang jetzt nicht sprechen - haben wir es dagegen über 40 Jahre lang mit einer ganz anderen sozialen Wirklichkeit zu tun gehabt, und das hatte erhebliche Konsequenzen.

Ich bin allerdings nicht der Meinung, daß es in unserer Gesellschaft nur die totalitäre Macht auf der einen und die Dissidenten, zu denen auch ich mich zähle, auf der anderen Seite gegeben hat. Die Zivilgesellschaft läßt sich in der kommunistischen Ära nicht nur auf das Dissidententum beziehungsweise das Ghetto der Opposition beschränken. Vielmehr existierte in der totalitären Wirklichkeit eine zwar deformierte, aber dennoch nichtstaatliche, nicht politisch beherrschte Zivilgesellschaft, im ökonomischen Bereich etwa in der Form der Schattenwirtschaft, aber auch, was bestimmte Interessengruppen anging.

So hat es in den letzten zwanzig Jahren der Sowjetherrschaft, als die sogenannte Normalisierung nach 1968 einsetzte, eine weitgehende Privatisierung des Alltags der Menschen in diesen Ländern gegeben, wie sie im Westen weitgehend unbekannt ist. Diese sozusagen rein egoistische Privatisierung konzentrierte sich zum Beispiel ganz auf die Freizeit. In der Tschechoslowakei war es die Regel, am Freitag in sein Wochenendhaus zu verschwinden und das ganze Wochenende so privat zu leben, als ob die andere Welt überhaupt nicht existierte. Da war man gewissermaßen frei und sein eigener Herr, so wie ein Leibeigener im Feudalismus sich frei fühlte, wenn er nicht für den Herrn arbeiten mußte. Diese Form der Privatisierung bedeutete einen Rückzug von der Gesellschaft in den Kreis der Familie, wobei nur die engen, egoistischen privaten Interessen galten.

Wenn wir heute über eine Privatisierung sprechen, dann verstehen viele Menschen bei uns darunter, daß jetzt gewissermaßen die Schattenwirtschaft legalisiert wird und man sich entsprechend betätigen kann. Meinungsumfragen in der Tschechoslowakei zeigen, daß 70 Prozent von denen, die in Zukunft als Privatunternehmer tätig werden wollen, die Vorstellung haben, dies mit ihrer eigenen Familie zu tun. Nur 18 Prozent wollen mehr als 5 Arbeitnehmer beschäftigen. So sieht also die künftige Unternehmerschicht bei uns aus. Aber mit solchen Vorstellungen kann man keine moderne industrielle Gesellschaft westlichen Typs aufbauen. Diese Probleme haben weder etwas mit der kommunistischen Ideologie zu tun noch mit der Frage, ob die Kommunisten weiter an der Macht sind. Denn hierbei geht es um Gewohnheiten und Einstellungen, die immer noch wirksam sind; man kann sie nicht einfach wegschieben.

Mit anderen Worten: So sehr ich beiden Referenten in ihren grundsätzlichen Thesen zustimme, wir sollten uns auch darüber im klaren sein, für welche Subjekte wir die Institutionen einrichten, um Demokratie und Pluralismus zu verwirklichen. Wer wird bereit sein, das zu realisieren?

Ich will nicht unerwähnt lassen, daß es gleichzeitig mit den Befreiungsversuchen von der totalitären politischen Diktatur zumindest für kurze Zeit immer auch spontane Bemühungen gab, von unten eine Art von Mitbestimmung, von Selbstverwaltung oder ähnlichem in den Betrieben zu errichten. 1956 in Ungarn und Polen, 1968 in der Tschechoslowakei, im September 1980 das Solidarnoscprogramm in Polen, bevor das Kriegsrecht ausgerufen wurde, immer gab es Überlegungen, die sich von dem, was heute programmatisch gepredigt wird, grundlegend unterscheiden.

Meine Frage ist: Ist diese Problematik jetzt wieder ganz und gar in den Hintergrund gedrängt worden, weil die Leute hoffen, das westliche Lebensniveau möglichst schnell auf anderen Wegen zu erreichen? Sie sprechen jetzt ja von nichts anderem mehr. Aber wenn eines Tages die Enttäuschung einsetzt, was wird dann geschehen? Vernachlässigen wir da nicht diese anderen Möglichkeiten, die auch zu einem funktionierenden pluralistischen System gehören? Mit anderen Worten: Ist es so

undenkbar, daß die Menschen nicht auch nach anderen institutionellen Formen der pluralistischen Demokratie verlangen könnten, als sie in der westlichen Gesellschaft üblich sind?

Maier

Mich erinnert Ihre letzte Frage ein wenig an die Zeit unmittelbar nach 1945, als das Thema Sozialismus, auch in Form des christlichen Sozialismus, eine Art Gemeinüberzeugung war, aus der sich erst allmählich schärfere Profile der Wirtschafts- und Sozialpolitik entwickelt haben.

Huber

Mich hat es besonders interessiert, was Zdenek Mlynar zur Frage des Dritten Weges gesagt hat; denn in Moskau ist diese Diskussion in der Tat noch nicht ausgestanden. Es gibt russische Intellektuelle, die mit Nachdruck vertreten: Wir sind eine andere Kultur; Ihr werdet aus uns nie ein Westeuropa machen. Das beste, was Ihr tun könnt, ist, uns in unserer Andersartigkeit als Partner anzuerkennen. Wenn ich diese Sicht der Dinge jetzt mit der Frage der Mentalitäten konfrontiere, dann frage ich mich, ob wir es wirklich mit einer Andersartigkeit oder vielmehr nur mit einer Ungleichzeitigkeit zu tun haben, wie wir sie aus der Geschichte immer wieder kennen.

Warum ist das für uns wichtig? Weil sich daraus ein Kriterium ableitet, mit dem wir den Gang der Reformen beurteilen können, ob sich etwas tut oder nicht. Wenn es nur darum geht, das System als Überbau abzuschaffen und zu meinen, ansonsten sei alles in Ordnung, dann würde das lediglich bedeuten, daß sich hier westliche Erwartungen mit östlichen Illusionen kurzschließen. So wie man jetzt mitunter im Westen meint, man könne von Gorbatschow ein überzeugendes Angebot für den Londoner Gipfel abfordern. Wie soll das der Fall sein, wo wir doch alle wissen, daß es in der Sowjetunion um langfristige Entwicklungen geht?

Herr Lепенies hat zu Recht kritisiert, daß sich viele westliche Institutionen, die in Moskau Projekte anbieten, an kurzfristigen Erfolgskriterien orientieren und damit, wie ich meine, viel Schaden anrichten. Indem man kurzfristige Reformen forciert, versucht man auch, irgendwelche Erfolge vorzuweisen, was aber gar nicht möglich ist, weil sich die Sozialstruktur nicht so schnell verändert. Folglich versuchen diejenigen Schichten in Osteuropa, speziell in Moskau, die Kontakt mit dem Westen haben, mit irgendwelchen Scheinresultaten aufzuwarten und Demokratie und Marktwirtschaft zu demonstrieren, um sich für Kapital und Zusammenarbeit attraktiv zu machen.

Hinzu kommt, daß in vielen Fällen die Entwicklung zum Markt mit reiner Kommerzialisierung verwechselt wird. Das, was Herr Stalev für Bulgarien sagte, erlebe ich noch schmerzlicher in der Sowjetunion. Das alte System hatte zwar die Entwicklung der menschlichen Werte hintangestellt und folglich auch die sozialwissenschaftliche Forschung und Ausbildung vernachlässigt. Aber diese wissenschaftlichen Institute werden jetzt auf dem Weg zur Marktwirtschaft als erste geopfert. Es sind nicht die Großbetriebe, die in Moskau sofort zur Marktwirtschaft übergehen, sondern eben diese Institute. Und schon sind sie weg vom Fenster.

Mit anderen Worten, hier sollten wir sehr genau analysieren, was durch die gesellschaftlichen Veränderungen bewirkt wird und welche Defizite bestehen, und uns nicht irgendwelche Geschichten als Übergang zur Marktwirtschaft auftischen lassen, weil wir die Leute mit unseren Vergaberichtlinien zu solchen Lügen zwingen. Ich weiß, daß viele Projekte, die zur Verbesserung der Infrastruktur und der Ausbildung beitragen könnten, zurückgestellt werden, weil sie kurzfristig nicht realisierbar sind.

Auf diese Weise drücken wir Osteuropa weiter auf die Stufe von Entwicklungsländern. Was immer in der westeuropäischen Öffentlichkeit behauptet wird, Tatsache ist, daß vieles in Richtung Kommerzialisierung getan wird, was der langfristigen Entwicklung schädlich ist. Man glaubt es kaum, aber Moskau ist heute schon voll von Spielbanken. Solche Elemente, die eher die Schattenseite eines freien Wirtschaftslebens demonstrieren, werden in der Sowjetunion als Marktwirtschaft ausgegeben.

Lassen Sie mich noch auf einen anderen Punkt eingehen, nämlich die Perspektive der Eingliederung der osteuropäischen Länder in die Europäische Gemeinschaft. Soll dies kurzfristig oder langfristig erfolgen? Mein Eindruck ist, daß diejenigen, die hier für eine lange Frist plädieren, im Grunde nur die bestehenden monopolistischen Strukturen innerhalb der EG erhalten wollen. Was würden wohl die holländischen Tomatenhersteller machen, wenn jetzt plötzlich Tomaten aus Ungarn, Bulgarien oder Moldawien zu uns kämen?

Hinzu kommt, daß die Forcierung kurzfristiger Kommerzialisierungsinteressen - zum Beispiel Mülltransporte aus dem Westen gegen Devisen - schon aus Umweltgesichtspunkten viel an Verwirrung stiftet. Auf der anderen Seite werden dadurch auch unsere unbewältigten

Strukturprobleme noch verlängert, weil wir es zwischenzeitlich versäumen, einen Strukturwandel einzuleiten.

Ich plädiere also für eine möglichst rasche Eingliederung der osteuropäischen Länder in die EG. Zuerst politisch; dann aber auch sehr bald ökonomisch. Dafür spricht erstens das Argument der Disziplinierung, zweitens die Notwendigkeit, die Osteuropäer an dem Entscheidungsprozeß in der Gemeinschaft zu beteiligen. Das würde einen ungeheueren Lernprozeß in Osteuropa auslösen, wo man sich die Welt mentalitätsbedingt eher harmonistisch und kleinbürgerlich vorstellt.

Deshalb kann man auch mit Konflikten so wenig umgehen. Von daher ist jeder ein Feind, der nicht meine Meinung teilt, und deswegen sind die Nachbarn an allem schuld, wie Herr Konrad sagte. Mit Hilfe einer europäischen Integration würden die Osteuropäer sehr schnell lernen, daß auch bei uns Konflikte stattfinden. Es ist mitunter geradezu rührend, daß sich viele Sowjetbürger offensichtlich vorstellen, bei uns gäbe es keine Probleme. Bei uns gibt es nur Wohlstand, und Konflikte sind unbekannt.

Maier

Was hier sorgenvoll anklingt, meint offenbar die Kehrseite der Freiheit und der Marktwirtschaft. Gegenfrage: Ist das nicht eine etwas rigide Vorstellung von Marktwirtschaft, wenn man ganze Bereiche, etwa die wissenschaftlichen Institute, sofort Marktgesetzen überstellen will? Denen folgen sie ja auch bei uns nicht. Das wissenschaftliche Institut, die Universität oder die Schule, die nur nach Marktgesetzen funktionierte, stünde lediglich Privilegierten zur Verfügung, einer ganz engen Gesellschaftsschicht. In Westeuropa, vor allem in Deutschland, ist hier traditionell immer der Staat als Verteiler aufgetreten. Es wäre auch kaum zumutbar, beispielsweise das Gesundheitswesen so zu organisieren, daß es sich in allen Bereichen rentieren muß.

Aus diesem Grunde ist der Unterschied zwischen reiner Marktwirtschaft und sozialer Marktwirtschaft so wichtig. Nur die reine Marktwirtschaft - das, was wir in Freiburg nach dem Krieg Paläo-Liberalismus nannten und vom Neo-Liberalismus und von der sozialen Marktwirtschaft abgrenzten;- , nur sie erzeugt solche Nebenwirkungen, die in der Tat verhängnisvoll sind.

Ich wehre mich dagegen, daß man den Eindruck erweckt, dies sei die unvermeidliche Kehrseite der Freiheit; das kaufe man sozusagen mit der Freiheit ein.

Dahrendorf

Wir sollten Sie einmal als Berater nach England einladen.

Schröder

Herr Dahrendorf hat bezweifelt, daß zwischen Demokratie und Marktwirtschaft eine Interdependenz besteht. Wenn man statt Marktwirtschaft Kapitalismus sagt, trifft das sicher zu; denn Kapitalismus kann, wie das Beispiel der Nazi-Zeit zeigt, auch ohne Demokratie funktionieren. Das ist heute in Südafrika genauso der Fall wie in Brasilien.

Ich meine jedoch, daß zwischen Demokratie und unserer freien Marktwirtschaft, als einer aufgeklärten Form des Kapitalismus, ein sehr enger Zusammenhang besteht. Denn in diesem Wirtschaftssystem ist die soziale Komponente eingebettet in ein starkes Netz gesetzlicher Regelungen und auch gesellschaftlicher Konventionen. Das heißt, diese Form der Marktwirtschaft funktioniert nicht ohne Demokratie, und diese Demokratie kann nicht ohne diese Form sozialer Marktwirtschaft bestehen.

Dieser Zusammenhang ist auch für die Länder in Ostmitteleuropa wichtig für jenen unumgänglichen Lernprozeß, der nur wenig mit Armut oder Reichtum einer Gesellschaft zu tun hat. Auch wir haben einmal arm angefangen. Natürlich ist dies ein schwieriger Prozeß, und die Versuchungen sind in der Tat groß, im Falle wirtschaftlicher Not nach irgendeinem starken Mann zu rufen. Aber das Grundprinzip dieser Form von Marktwirtschaft und Demokratie, nämlich der Interessenausgleich zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, übt auch eine gewisse friedensstiftende Wirkung aus und kann diesen Ländern helfen, mit ihren Problemen leichter fertig zu werden.

Zum Thema "Dritter Weg" teile ich die Ansichten derer, die dem keine Chance einräumen. Das ist auch keine Frage unterschiedlicher Mentalitäten, wie hier gelegentlich anklang. Ich meine, nach der Überwindung des Kommunismus geht es jetzt um eine Form der Aufklärung, und da kommt man nicht darum herum, daß sich auch die Mentalitäten ändern müssen.

Es wäre sicherlich falsch zu meinen, man könne die Reste des sowjetischen Systems, das Osteuropa - gewissermaßen als letzte Ausprägung des großrussischen Absolutismus - übergestülpt wurde, zur

Grundlage irgendeines Dritten Weges machen. Das entspricht zum einen in keiner Weise den Erwartungen der Völker, die sich auf einen höheren Lebensstandard richten, der eine funktionierende Wirtschaft und Demokratie voraussetzt. Zum anderen aber würde sich ein solches System auch nicht in die EG eingliedern lassen.

Herr Stürmer sprach von den alten Dämonen in Ost und West. Einer dieser Dämonen ist sicher der Nationalismus, den wir auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft in Westeuropa beobachten - vielleicht sollte man da aber eher von nationalstaatlichem Denken reden. Das ist möglicherweise auch eine Folge der deutschen Vereinigung, die zu gewissen Reaktionen ebenfalls in Westeuropa geführt hat, ungeachtet der Tatsache, daß wir uns jetzt als die gute deutsche Nation gerieren, der es darum zu tun ist, Europa seine Dienste anzubieten und auch sonst alles mögliche Gute zu tun. Allzu viele gute Absichten können aber genauso Mißtrauen wecken. Vielleicht überschätzen wir uns dabei ein wenig.

Wie auch immer, der Rückgriff auf nationalstaatliche Interessen und Rivalitäten ist nicht nur in Osteuropa zu beobachten. So ist es eigentlich nicht verwunderlich, daß die EG auf diese Erscheinungen keine rechte Antwort weiß.

Speziell die deutsche Außenpolitik greift hier am liebsten auf alte Instrumente zurück, etwa auf die KSZE, der ich keinerlei Überlebenschancen mehr einräume, zumal ich nicht sehe, wie die durchaus kontroversen Grundsätze, die im KSZE-Prozeß niedergelegt sind, heute noch in irgendeiner Form sinnvoll angewendet werden können. Denn jeder pickt sich aus diesem System das heraus, was ihm gerade paßt.

Stürmer

Die KSZE ist nicht tot; sie macht nur eine Verwandlung durch.

Schröder

Nun gut. Wenn Sie Tote zum Leben erwecken können, warum nicht.

Was soll man denn heute noch mit Prinzipien, wie Unverletzlichkeit der Grenzen oder Unversehrtheit des Territoriums, anfangen, wenn man es mit Problemen wie Jugoslawien zu tun hat?

Die Wiederbelebung des nationalstaatlichen Denkens hindert die EG im Augenblick möglicherweise daran, eine Vision für Europa zu entwickeln, die das Thema "Vertiefung oder Erweiterung" in sinnvoller Weise löst. Denn beides wird heute von nationalen Interessen behindert.

Wie müßte eine EG aussehen, die in der Lage wäre, die Bedürfnisse unserer osteuropäischen Nachbarn in stärkerem Maße zu berücksichtigen? Das ist einmal eine Frage der Sicherheitspolitik, für die die EG bisher überhaupt kein Konzept hat. Die NATO kann das jedenfalls nicht leisten.

Gansel

Warum soll ausgerechnet die EG, die sicherheitspolitisch nichts hat, etwas leisten können, wenn die NATO, die über alle Möglichkeiten verfügt, es nicht leisten kann?

Schröder

Die NATO kann hier zur Zeit nichts unternehmen, weil dies sofort als Provokation in Moskau empfunden würde. Aus diesem Grunde bin ich der Meinung, könnte sich vielleicht die Europäische Gemeinschaft mehr um die militärische Sicherung dieser Länder Gedanken machen, um damit auch für eine stärkere außenpolitische Sicherung der Prozesse, die in Osteuropa ablaufen, zu sorgen.

Eine weitere Aufgabe wäre die Überwindung des nationalstaatlichen Denkens und eine Hinwendung zu einem Europa der Regionen, das ja nicht nur die Bayern anstreben, die deshalb eine eigene Botschaft in Brüssel unterhalten, sondern viele andere Regionen in Europa auch. Das würde möglicherweise Probleme, wie wir sie jetzt in Jugoslawien erleben, entschärfen. Wenn immer mehr Kompetenzen an die Europäische Gemeinschaft übergehen und der Einfluß der Nationalstaaten zurückgedrängt wird, ist der Gedanke von Autonomie oder Unabhängigkeit nicht mehr gar so erschreckend, weil dann diese Unabhängigkeit in ein größeres Europa eingebettet ist.

Die gegenwärtige Politik der Gemeinschaft aber behindert diese Entwicklung, ja, sie verschärft im Grunde Konflikte wie in Jugoslawien, weil sie keine klare Politik hat, nur auf Zeitgewinn aus ist, zweideutig in ihren Zielen ist und auf diese Weise keineswegs das erreicht, was sie vorgibt, nämlich zur Versöhnung beizutragen.

Wenn aber die Gemeinschaft in so vielen Punkten versagt, dann sind wir gezwungen, darüber nachzudenken, was die Bundesrepublik Deutschland tun kann. Denn wir sind von dem Geschehen auf dem Balkan vielleicht stärker betroffen als andere, aufgrund unserer geographischen Nähe, unserer wirtschaftlichen Interessen, unserer Angst vor Flüchtlingsströmen und so weiter. Solche Zwänge könnten Bonn veranlassen, zumindest teilweise eine eigene Politik zu formulieren. Das wäre eine nicht ganz ungefährliche Entwicklung. Ich meine, da müßte vor allem mit der französischen Regierung intensiver geredet werden, zumal die Achse Bonn-Paris im Augenblick recht gefährdet ist.

Stürmer

Herr Meyer-Landrut hat gefragt, wie wir uns unser Verhältnis zur Sowjetunion vorstellen. Meine Gegenfrage lautet: Wie wird die Sowjetunion zukünftig aussehen? Rußland wird in jedem Falle eine Weltmacht bleiben, und es wäre eine Illusion anzunehmen, man könne dieses Land in die NATO oder in die EG einbinden. Damit ist auch in Zukunft ein Sicherheitsproblem verbunden. Es bleibt zu hoffen, daß die Sowjetunion keine dramatischen Vulkanausbrüche erleben wird; Erdbeben jedenfalls sind unausweichlich. Wenn ein Imperium zerbricht, dann geht nicht alles friedlich auseinander wie nach einer größeren Fete.

Die zu erwartenden erheblichen Spannungen im Innern der Sowjetunion werden auch Wirkungen nach außen haben. Und der Schatten, der über Osteuropa liegt, ist nicht der Schatten einer deutschen Hegemonie, sondern resultiert aus der Ungewißheit über die weitere Entwicklung in der Sowjetunion.

Das hat für Europa einige Konsequenzen. Meiner Ansicht nach hat die Europäische Gemeinschaft in den letzten beiden Jahren seit dem Umbruch in Osteuropa eine sehr konstruktive, vorausdenkende Politik gemacht. Das ist auch im Augenblick der Fall. Obwohl die Gemeinschaft im Grunde gar kein wirkliches außenpolitisches Mandat besitzt, hat sie in einigen Fällen segensreich gewirkt. Präsident Delors handelt hier, ohne immer in vollem Ausmaß vom Ministerrat gedeckt zu sein.

Burghardt

Er antizipiert dabei teilweise die im Rahmen der Regierungskonferenz zur Politischen Union zu vereinbarende Schaffung einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik.

Stürmer

Dies geschieht in der Tat im Vorgriff auf die Politische Union, die deshalb ein so wichtiges Ziel darstellt.

Dennoch sollten wir uns auch hinsichtlich der Politischen Union eine realistische Einschätzung bewahren und nicht ins Visionäre abgleiten. Wir haben ja gerade einige Nachhilfestunden bekommen: Am Golf war die Europäische Gemeinschaft nicht präsent. Und in Jugoslawien konnte sie bisher nur eine sehr begrenzte Rolle spielen.

Was die KSZE angeht, würde ich Herrn Schröder widersprechen. Sie ist nicht tot, muß sich aber weiter verändern. Sie könnte vor allem wirksam werden, wenn es um die Frage geht: Wie stimmen wir unsere Politik mit der Sowjetunion ab? Wenn die Sowjetunion in der KSZE mitspielt, bleibt die KSZE wichtig. Spielt die Sowjetunion so wenig mit wie gegenwärtig die jugoslawische Führung und Armee, dann ist die KSZE in der Tat am Ende. Zumindest ist die KSZE auf absehbare Zeit das einzige Instrument - abgesehen von den Supermachtgipfeln;- , um mit der Sowjetunion Weltmanagement zu machen. Auch Ost-Mitteuropa ist in dem Sinne eine Sache des Weltmanagements.

In jedem Falle brauchen wir einen sicherheitspolitischen Rahmen, den die Europäer nicht aus eigener Kraft herstellen können und der auch die globale Dimension mit erfassen muß. Das kann auf absehbare Zeit nur das atlantische Bündnis leisten, dessen politische Rekonstruktion aus diesem Grunde außerordentlich wichtig ist. Interessanterweise ist von polnischer Seite im vergangenen Jahr immer wieder auf die NATO, insbesondere aber auf die Präsenz der USA in Europa verwiesen worden, wenn es um Sicherheitsfragen ging. Ich meine, das sollten wir schon sehr ernst nehmen.

Ich erwähne diesen Punkt auch deshalb, weil wir es nicht nur auf der sowjetischen Seite mit einem Imperium im Niedergang zu tun haben; auch die amerikanische Führungsmacht ist müde geworden. Ein Engagement wie am Golf wird sich kaum wiederholen, zumal die Amerikaner enorme Probleme zu Hause zu bewältigen haben und immer mehr der Meinung sind: "the job has been done, the boys can go home". Angesichts der noch immer schwer berechenbaren Sowjetunion fehlt für Ost-Mitteuropa im Grunde ein ausreichender Sicherheitsschirm, und wir sollten uns nicht der Illusion hingeben, daß bei irgendeinem ost-mitteuropäischen Konflikt gar eine WEU-Truppe eine Rolle spielen könnte.

Gansel

Polen in die NATO, oder was heißt das?

Stürmer

Das heißt nicht Polen in die NATO. Ich meine, der amerikanische Präsident hat bei seinem Besuch in Polen recht getan zu sagen: Die Freiheit und das Gedeihen Polens liegen im vitalen Interesse der Amerikaner. Das war ein wichtiges Signal. Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei müssen von uns also als integraler Bestandteil Europas gesehen werden, ohne daß der Westen im Augenblick irgendwelche formalen Garantien für diese Länder abgeben kann, weil das sofort die Hardliner in Moskau, die es auch noch gibt, auf den Plan rufen würde.

Gansel

Die Signale des amerikanischen Präsidenten in allen Ehren, aber was bedeuten sie tatsächlich? Mit solchen verschwommenen Formulierungen kann ich wenig anfangen. Dann bin ich dafür, daß wir Tacheles reden. Das ist mir alles zu abstrakt, zu vage, zu global.

Als Instrumente der Sicherheit für Osteuropa vor einem Angriff der Sowjetunion stehen uns NATO und WEU zur Verfügung. Die WEU wird das militärisch nie leisten können, und die NATO hält man in der gegenwärtigen Situation für eine Provokation der Sowjetunion. Ich bin gar nicht sicher, ob das so bleiben muß.

Aber worin bestehen die realen Sicherheitsgefahren der mittel-osteuropäischen Staaten durch die Sowjetunion? Eine Sowjetunion, die Amok läuft? Warum sollte sie?

Der Schlüssel zur Sicherheit Mittel-Osteuropas und Osteuropas liegt in der Stabilisierung der demokratischen und wirtschaftlichen Reformprozesse in der Sowjetunion und nicht im Bereich der Sicherheitsarchitektur. Deshalb sollten wir jetzt über das erste reden und nicht über das zweite.

Stürmer

Nun, diese sicherheitspolitische Diskussion wird aber in Warschau und andernorts geführt, und darauf müssen wir eine Antwort geben. Diese Antwort hat unterschiedliche Aspekte. Vor allem sollten wir, ähnlich wie die Amerikaner, klar zum Ausdruck bringen: Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei gehören jetzt zu uns.

Gansel

Bemerkungen wie "gehören zu uns" bieten auch nur einen Schatten von Sicherheit.

Stürmer

Das würde ich anders sehen. Im übrigen halte ich von Tacheles reden im Bereich der Sicherheitspolitik ohnehin sehr wenig. Es gibt da Zonen, die läßt man besser unausgesprochen. Dies ist auch einer der Gründe, warum ich dafür bin, die KSZE solange wie irgend möglich zu erhalten, ja zu stärken.

Gansel

Aber wir müssen uns doch verständigen. Wenn also die Polen hier ein Sicherheitsbedürfnis haben, müssen sie ein solches Signal verstehen können, dann versteht es aber auch die Sowjetunion. Im übrigen gibt es Sicherheit für die Polen nur, wenn die Sowjetunion solche Signale tatsächlich versteht.

Wenn wir noch nicht einmal in Kreisen wie hier offen darüber reden können, wo denn sonst? Da auch mich dieses Problem sehr beschäftigt, wäre ich dafür, daß wir sauber analysieren: Wo liegen die Gefahren? Welche Instrumente haben wir? Wo gibt es Tabuzonen? Was kann man tun? Das müßten wir im einzelnen durchbuchstabieren.

Das Szenario, das Sie hier entwickelt haben, taugt allenfalls für einen Leitartikel, aber nicht für eine kreative politische Diskussion.

Reiter

Zunächst eine Bemerkung zur Entwicklung in Mitteleuropa. Ich stimme Herrn Mazowiecki zu, wenn er die Gefahr des Populismus diagnostiziert. Aber es gibt auch die Gefahr einer falschen Reaktion auf

diese populistische Bedrohung, nämlich eine Art von intellektueller Überheblichkeit in der Wahrnehmung dieses Phänomens und in der Reaktion darauf. Eine solche Haltung kann sich kontraproduktiv auswirken, weil sie diejenigen, die man von der populistischen Haltung abbringen will, darin gerade festigt. Das betrifft zum Beispiel auch die Frage des Klerikalismus, und zwar nicht nur, was die inneren Auseinandersetzungen in Polen oder in den anderen mitteleuropäischen Ländern angeht, sondern das gilt auch für die westlichen Beobachter und Interpreten dieser Prozesse. Auch bei ihnen kann eine solche Haltung kontraproduktiv sein.

Daß eine verständnisvolle und kluge Politik vom Westen viel erreichen kann, dafür gibt es zahlreiche Beispiele. Ich nenne etwa die Rolle des IWF in der polnischen Wirtschaftsreform. Das ist im Westen eine etwas umstrittene Frage. Aber ich weiß, daß man in Polen in Diskussionen über Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsreformen eine gewisse Wirkung erzielen kann mit dem Argument, dahinter stehe der Internationale Währungsfonds. Damit kann man mitunter Kritiker, die häufig nichts anderes anzubieten haben als fromme Wünsche, zum Schweigen bringen, obwohl der IWF im Grunde eine anonyme Institution ist und deshalb keine große Suggestivkraft entfalten kann. Der IWF steht hier stellvertretend für das Weltwirtschaftssystem, in das sich Polen einfügen will, ja, einfügen muß.

Als zweites Beispiel erwähne ich die Reaktion in Polen auf die Aufhebung der Visumpflicht mit der Bundesrepublik Deutschland und mit anderen Ländern, zum Beispiel der Schengen-Gruppe. Durch diese kluge Entscheidung hat sich bei uns an der Einstellung zu Deutschland so vieles zum Positiven verändert, wie das vor Wochen oder Monaten noch undenkbar erschien. Das beeinflußt sogar die Haltung zu einem so schwierigen Punkt wie dem Problem der deutschen Minderheit in Polen, eine Frage, die vielen Menschen bei uns Schwierigkeiten bereitete.

Mein dritter Punkt betrifft die Beitrittsoption zur Europäischen Gemeinschaft. Ich will nicht sagen, daß die Bewegung alles und das Ziel nichts ist; aber in diesem Falle hat schon die Bewegung auf das Ziel zu eine große Bedeutung für die Innenpolitik, die Gesellschaftspolitik und die Wirtschaftspolitik in unserem Land. Natürlich darf das Ziel nicht in einer allzu fernen Zukunft liegen. Aber nicht nur die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft selbst ist für uns wichtig, sondern die Perspektive dieser Mitgliedschaft kann für die innere Entwicklung eine disziplinierende Wirkung haben.

Das hat übrigens auch bei der Frage der deutschen Minderheit eine gewisse Rolle gespielt. In Polen ist das zu Recht als ein Stück europäischer Normalität dargestellt worden, und man hat als Beispiel die Praxis der Europäischen Gemeinschaft genannt. Damit sind diejenigen, die die Regelungen der Minderheitsrechte hätten ablehnen wollen, in die Defensive geraten; denn sie hätten damit auch dieses Europamodell ablehnen müssen. Das aber wagt im Grunde niemand zu sagen. Auch insofern hat also die Beitrittsoption eine disziplinierende Wirkung.

Auch das Bedürfnis, das Verhältnis zu Deutschland neu zu bestimmen, wird durch die EG-Option positiv beeinflußt. Denn viele Menschen in Polen denken jetzt etwas gelassener über den Nachbarn Deutschland.

In diesem Zusammenhang ist ebenso die Frage wichtig, welchem Deutschland denn das Vertrauen gilt, das in den letzten Wochen und Monaten sichtbar geworden ist und sich auch in Umfrageergebnissen klar ausdrückt. Dieses Vertrauen gilt eindeutig der westeuropäischen Bundesrepublik, wie man sie aus den vergangenen vierzig Jahren kennt, wobei es dabei weniger um die Integrationsstrukturen als vielmehr um das Selbstverständnis der Deutschen geht. Die Attraktivität Deutschlands in Polen ist die eines westeuropäischen Landes. Deutschland ist das erste westeuropäische Land, mit dem Polen in Berührung kommt, und dasjenige westeuropäische Land, von dem Polen am meisten übernehmen kann. Man kann das, glaube ich, nicht genug betonen.

Deshalb bitte ich auch zu verstehen, warum manche meiner Landsleute in der Diskussion über Berlin und Bonn für Bonn Partei ergriffen haben. Darin drückte sich die Sorge aus, Deutschland könnte wieder etwas weniger westlich werden, wenn die Hauptstadt künftig Berlin heißt. Ich teile diese Ansicht nicht. Denn hier verwechselt man ein Symbol mit dem Inhalt; das hat selbstverständlich mit der Stadt nichts zu tun. Aber viele bei uns fragen sich, ob wir es in zehn Jahren nicht mit einem anderen Deutschland zu tun haben werden, als dem wir jetzt unser Vertrauen entgegengebracht haben. Ich halte das, wie gesagt, für eine Verwechslung, aber ich bitte die Motive zu verstehen.

Das erklärt vielleicht auch die Distanz zum Begriff Mitteleuropa, der in Polen nie eine solche Resonanz gehabt hat wie in der Tschechoslowakei, in Ungarn oder in Österreich. An dieser Distanz hat sich bis heute nichts geändert. Mitteleuropa war früher eine Umschreibung des eigentlichen Problems in den Ländern des Ostblocks, nämlich der Freiheit und der Demokratie. Jetzt kann das Problem beim Namen genannt werden, und man braucht die Alibifunktion dieses Begriffs nicht mehr. Mitteleuropa

hat heute einen ganz anderen Klang, insbesondere wenn er mit Deutschland in Verbindung gebracht wird. Daher die Skepsis und das Mißtrauen gegen diesen Begriff.

Ich sage übrigens denjenigen meiner Landsleute, die sich Sorgen machen um Mitteleuropa, vor allem um Deutschlands Stellung in Europa: Wenn ihr in dieser Hinsicht so besorgt seid, solltet ihr auf jeden Fall den Widerstand gegen eine Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft aufgeben.

Es gibt aber noch andere wichtige Gründe, warum Polen an der Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft interessiert sein müßte. Vertiefung und Erweiterung sind keine Gegensätze, wie es den Anschein hat, sondern da geht es um unterschiedliche Aspekte, und wir sollten alles dafür tun, daß die Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft gelingt, damit die erweiterte EG politisch handlungsfähig bleibt. Daran haben Polen und die anderen mitteleuropäischen Länder ein fundamentales Interesse.

Die Gefahr, daß die Integration innerhalb der EG so eng wird, daß dadurch neue Mauern nach außen entstehen, halte ich für weniger groß als die Bedrohung durch Gruppenegoismen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft. Damit werden wir schon heute konfrontiert. Das beginnt bei der Frage der Öffnung der Märkte, die Herr Schlecht angesprochen hat. Aber auch Herr Tiedtmeyer, der Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, Wirtschaftsminister Möllemann und andere namhafte Persönlichkeiten haben dies gefordert. Diese Art von Hilfe, so sagen sie, ist es, die Mitteleuropa jetzt braucht. Dennoch geschieht in dieser Hinsicht sehr wenig, und daß es gegen eine Öffnung der Märkte auch harte Widerstände gibt, ist ja kein Geheimnis.

Meine Sorge ist nur, daß nach der Schaffung des EG-Binnenmarktes dieser Widerstand vielleicht noch schwerer identifizierbar wird und sich diejenigen, die Widerstand leisten, noch besser hinter der Fassade der supranationalen Institutionen verschanzen können.

von Weizsäcker

Zunächst einige Gedanken zum Stichwort "Dritter Weg". Herr Maier hat den Unterschied von sozialer Marktwirtschaft und reiner Marktwirtschaft angedeutet. Wenn wir in der Bundesrepublik nach Kriegsende den Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus ansprachen, dann war für uns die soziale Marktwirtschaft der Dritte Weg. Inzwischen gibt es für uns zur sozialen Marktwirtschaft weder der Intention noch der Realisierbarkeit nach eine Alternative. Denn das Soziale in unserer Marktwirtschaft ist ja nicht allein Ausdruck unseres sozialen Gewissens, sondern des Bewußtseins, daß unser System ohne eine soziale Korrektur, die in ihrem Ausmaß natürlich immer umstritten ist, schlechthin nicht funktionsfähig ist.

Von daher würde mich interessieren, was man sich in Ost- und Südosteuropa vorstellt, wenn man von einem Dritten Weg spricht, und wie das dann politisch zu realisieren ist.

Eine Version des Dritten Weges konnte man beim letzten Papstbesuch in Polen hören. Da hieß es, der Kommunismus sei zusammengebrochen oder auf dem Rückzug; nun dürfe man jedoch nicht den Fehlern des Westens zum Opfer fallen. Dabei fallen sehr wichtige Stichworte wie Hedonismus. Damit haben wir im Westen in der Tat unsere Probleme. Wenn wir darauf jetzt von den Osteuropäern verstärkt hingewiesen werden und in ihnen vielleicht Bundesgenossen bei der Bewältigung dieser großen Schwäche finden, ist das nur zu begrüßen. Aber einen Dritten Weg sehe ich darin nicht.

Was die ehemalige DDR angeht, so kann nicht ernsthaft bestritten werden, daß diejenigen Kräfte, die zur friedlichen Revolution wesentlich beigetragen haben, ihre eigenen Vorstellungen hatten, wohin diese friedliche Revolution führen sollte. Das mag ja alles politisch und verfassungsrechtlich nicht sehr präzise gewesen sein, Tatsache ist jedoch, daß diese Vorstellungen durchaus konstruktive Kritik aufweisen zu dem, was im vereinten Deutschland praktiziert wird.

Wir haben im Zuge des Vereinigungsprozesses vor allem zwei Dinge sehr rasch aus dem Westen in den Osten Deutschlands eingeführt: Das eine ist die Währung, und das andere sind die politischen Parteien. Die Frage, ob es dort vielleicht auch andere Parteien geben sollte, hat sich kaum gestellt, sieht man einmal von Randerscheinungen wie der PDS ab. Insgesamt jedenfalls hat das westliche Parteiensystem dort die Sache in die Hand genommen mit seinen Stärken und Schwächen. In einem vereinten Land wären sicher nicht zwei verschiedene Arten von Parteistrukturen auf die Dauer möglich gewesen.

Wie sieht das in den osteuropäischen Ländern aus? Herr Mazowiecki hat dazu nur einige zarte Andeutungen gemacht. Von der Sowjetunion hören wir, daß sich dort unter den sehr spezifischen Bedingungen dieses Staates möglicherweise zwei Parteien herausbilden, zum einen die alte KPdSU und dann eine neue von Schewardnadse, Schatalin und anderen. Jedenfalls würde ich zum Stichwort

Parteien im Hinblick auf die weitere demokratische Entwicklung in den verschiedenen Ländern unter deren je eigenen Bedingungen noch gern etwas mehr hören.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage nach dem Verhältnis von katholischer Kirche und Demokratie von Interesse. Der parteipolitische Pluralismus im Westen ist unbestritten eine wichtige Komponente unseres politischen Systems. Die Parteien mögen gut oder schlecht sein, jedenfalls kämpfen sie miteinander und versuchen, in diesen Auseinandersetzungen den besten Weg zur Lösung der Probleme herauszufinden, ohne daß sich irgendeine Partei im Besitz der Wahrheit wähnen darf. Eine Einrichtung nun, die wie die katholische Kirche zur Wahrheit ein ganz anderes Verhältnis hat, kann in diesen Pluralismus kaum eintreten. Mit dieser Erkenntnis wird sich wohl jedes Land auf seine Weise auseinandersetzen müssen. Das gehört sicher auch mit zum Thema Pluralismus und Dritter Weg.

Dann noch einige Überlegungen zur Frage Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft. Ich stimme Herrn Dahrendorf zu, daß die Einbeziehung der neuen Demokratien in die EG, und zwar als Mitglieder, eines der wenigen wirksamen Mittel ist, die wir im Westen haben, um dem Prozeß der Demokratie und der wirtschaftlichen Reform in diesen Ländern zu einer gewissen Stabilität zu verhelfen.

Nun wird immer wieder darauf verwiesen, Vertiefung und Erweiterung gleichzeitig zu vollziehen, sei eine äußerst schwierige Aufgabe. Herr Gansel sprach von einem Glücksfall, daß die Umwälzung in Osteuropa zeitlich gerade mit der Diskussion um die Revitalisierung der EG zusammenfalle. Ich halte das weniger für einen Zufall, sondern für einen innerlich zusammenhängenden Prozeß, den wir auch schon bei früheren Erweiterungen feststellen konnten.

Um es einmal zugespitzt zu sagen: Freiwillig wollen die Mitgliedsländer der Gemeinschaft nie einer Vertiefung zustimmen. Sie werden aber ab und an zu Vertiefungsschritten genötigt, und zwar immer dann, wenn eine unausweichliche Erweiterung bevorsteht. Herr Burghardt erwähnte die Entwicklung von 1985 bis 1993. Der Ausgangspunkt 1985 war zweifellos eine Konsequenz der letzten Erweiterung, ohne die der Impuls zur Vertiefung politisch gar nicht relevant geworden wäre.

Nehmen Sie das Beispiel der Politischen Union. Warum haben Mitterrand und Kohl gemeinsam das Thema Politische Union als Auftrag für eine Regierungskonferenz vorgeschlagen? Damit in Frankreich und auch in anderen Nachbarländern die deutsche Vereinigung als weniger gefährlich erscheint, auch wenn das sicher nicht das einzige Motiv gewesen ist.

Mit anderen Worten: Immer dann, wenn ein Zwang zur Erweiterung entsteht - und in gewissem Sinne war ja auch die Vereinigung Deutschlands eine Erweiterung;- , nötigt sie dazu, sich Gedanken über die Vertiefung zu machen. Gerade weil ich ein Anhänger der Vertiefung bin, freue ich mich über die Erweiterung.

Wenn Sie sagen, Herr Seitz, im Falle einer Erweiterung durch die osteuropäischen Länder kämen wir um verschiedene Geschwindigkeiten nicht herum, dann mag das zutreffen, aber wir sollten es auf keinen Fall so nennen. Dies Ganze ist heute schon innerhalb der Zwölfergemeinschaft ein höchst empfindliches Problem. Nichts macht zum Beispiel die Italiener nervöser als die Vorstellung, es gäbe verschiedene Geschwindigkeiten oder, wie sie es nennen, ein Zweiklassensystem. Es wäre besser zu sagen: Wir gehören alle der gleichen Klasse an, aber jedes Land kann eigene Übergangsfristen wahrnehmen.

Das gilt genauso für die osteuropäischen Länder. Auch da wäre ich, wie Herr Dahrendorf, für eine möglichst rasche Mitgliedschaft, in deren Rahmen dann die angesichts der wirtschaftlichen Leistungsungleichheiten unumgänglichen Übergangsfristen festzulegen sind.

Insofern stimme ich auch Fürst von Schwarzenberg zu, wenn er daraufhinweist, man könne nicht erwarten, daß diese Länder EG-Regeln befolgen, ohne über diese Regeln mitbestimmen zu können. Die Frage stellt sich im übrigen nicht nur im Ost-West-Verhältnis. Der Schweiz beispielsweise fällt es offensichtlich leichter, den Mitgliedsantrag für die EG zu stellen, als ihre Unterschrift unter einen EWR-Vertrag zu setzen, der zwar für die Schweiz kaum wirtschaftliche Auswirkungen hat, sie aber weitgehend am Mitreden hindert.

Mitreden kann indes nicht heißen, daß die heute 12 und morgen vielleicht 24 EG-Mitglieder alle ein Vetorecht haben. Mitwirkung bedeutet, daß niemand ausgeschlossen werden soll, ohne aber durch ein Veto den Prozeß jederzeit blockieren zu können. Unter diesem Aspekt ist eine Mitgliedschaft nicht nur wirtschaftlich und politisch vernünftig, sondern dient auch dem Verständnis der Bevölkerungen.

Eine letzte Bemerkung zu Herrn Reiter. Sie sagten, Deutschlands Attraktivität für Polen sei heute die eines westeuropäischen Landes. In diesem Zusammenhang haben Sie eine gelinde Befürchtung zur

Wahl von Berlin als Hauptstadt geäußert. Ich bin mit Ihnen insoweit einig: Erstmals in seiner Geschichte ist Deutschland ein westliches Land, und es kann und darf keinen Zweifel daran geben, daß wir das unter allen Umständen bleiben wollen, sowohl in unseren gesellschaftlichen Grundüberzeugungen als auch in unseren Integrationsbindungen. Daran darf, soll und wird sich nichts ändern.

Hinsichtlich Berlin jedoch ging es um eine andere Frage, die für den Prozeß der deutschen Vereinigung wichtig ist. Wir müssen im Westen Deutschlands einsehen, daß die Vereinigung mit dem Osten Deutschlands nicht heißen kann: Bei uns im Westen bleibt alles so, wie es ist, und ihr im Osten müßt euch unseren Verhältnissen voll anpassen. Berlin war als Hauptstadt zugesagt, und zwar durch die westorientierte alte Bundesrepublik.

Ich meine also, der innerdeutsche Dialog über die Frage Bonn oder Berlin berührte zu keinem Moment die westliche Orientierung und Einbindung des vereinigten Deutschlands.

Reiter

Herr Bundespräsident, ich teile Ihre Meinung. Ich habe ja gesagt, ich halte es für eine Verwechslung von Symbol und Inhalt zu meinen, die Verlegung von Regierung und Parlament nach Berlin werde den westlichen Charakter der Bundesrepublik in Frage stellen. Aber es gibt in Polen nun einmal solche Befürchtungen, und das gehört mit zur politischen Realität.

Diese Befürchtungen hängen zum Teil mit dem fatalen Begriff "Mitteleuropa" zusammen. Wenn Deutschland sich jetzt als Mitteleuropa versteht, dann fragen sich viele Polen: Wie können wir da noch westlich sein?

von Weizsäcker

Aber in Deutschland gibt es keine relevante Mitteleuropa-Diskussion.

Marsh

Nur ein Wort zur Frage der deutschen Hauptstadt. Als Polen nach dem Zweiten Weltkrieg um einige 100 km nach Westen verschoben wurde, gehörte es dennoch zum östlichen Machtbereich. Insofern sehe ich es als unproblematisch an, wenn der deutsche Regierungssitz jetzt um 600km nach Osten verlegt wird. Deshalb wird Deutschland nicht seine westliche Orientierung verlieren.

Ein wenig besorgt bin ich lediglich über den damit verbundenen Finanzierungsaspekt - nicht weil die Verlegung nach Berlin so furchtbar viel kosten wird, sondern weil die damit verbundene Errichtung und Instandsetzung von Regierungsgebäuden von der Wählerschaft als Provokation empfunden werden könnte. Das Geld, das dafür ausgegeben wird, werden viele Wähler meinen, könnte man besser anderweitig verwenden.

Vom Ausland her sollten wir uns darüber nicht allzusehr beklagen. Vor 60 Jahren haben wir uns aufgeregt, weil Deutschland zu viele Kasernen baute. Da ist es doch besser, wenn man jetzt zu viele Parlamentsgebäude errichtet.

Gansel

Wenn ich von einem Glücksfall sprach, dann meinte ich damit, daß niemand 1985 bei der Debatte um die Vertiefung ahnen konnte, daß sich 1991 in dieser Weise die Frage der Verbreiterung stellen würde. Denn damals konnten wir keine Perspektive nach Osteuropa haben. Von daher sehe ich es als einen glücklichen Zufall, daß sich Osteuropa jetzt an einer Europäischen Gemeinschaft orientieren kann, die sich in einer Aktivitätsphase befindet und auch eine besondere Attraktivität ausübt.

Das Thema Dritter Weg sollte differenziert gesehen werden, je nachdem, ob man innenpolitisch argumentiert, also über demokratische politische und/oder wirtschaftspolitische Strukturen spricht, oder ob man außenpolitische Optionen entwirft. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft wird es wirtschaftspolitisch kaum einen Dritten Weg geben können. Dann ist es mit der Vertiefung endgültig vorbei.

Stalev

Es wäre sicher falsch, wenn die osteuropäischen Länder sich jetzt auf einen Dritten Weg begeben wollten. Eine solche Zielsetzung könnte sich nur nachteilig auswirken. Natürlich bringt der Übergang zu einer anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für unsere Länder außerordentliche

Probleme mit sich. Deutschland hatte es da nach dem Krieg viel einfacher, allein schon, was die Eigentumsfrage angeht. Wir dagegen müssen für den wirtschaftlichen Übergang eine Präzedenzlösung finden. Das hat aber mit einem Dritten Weg nichts zu tun.

Die Werte jedenfalls, an denen wir uns jetzt orientieren, sind allgemeine europäische Werte, und unsere Gesellschaften streben keinesfalls etwas an, das jenseits dieses europäischen Wertehorizonts liegt.

Fest

Wenn man in der Bundesrepublik in den letzten Jahren vom Dritten Weg sprach, verstand man darunter immer einen mehr oder weniger geschlossenen theoretischen Entwurf zwischen Kapitalismus auf der einen und Sozialismus auf der anderen Seite. Diesen Dritten Weg gibt es wohl tatsächlich nicht, auch wenn Frau Matthäus-Meyer uns noch vor ein paar Jahren ausgerechnet das jugoslawische Modell als einen solchen Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus aufzeigen wollte.

Ich meine aber, den Sozialstaat, wie er sich in den verschiedenen westlichen Industriegesellschaften in allen seinen unterschiedlichen Formen herausgebildet hat, könnte man als einen solchen Dritten Weg bezeichnen. Vor kurzem hat mir der rumänische Schriftsteller Mircea Dinescu gesagt, früher habe Frankreich eine Art Vorbildfunktion für Rumänien gehabt, und nach dem Krieg sei Amerika sozusagen das gelobte Land gewesen. Aber in den letzten 15, 20 Jahren sei es die Bundesrepublik mit ihrem System von Marktwirtschaft, freiheitlicher Demokratie und sozialer Sicherheit, auf die man dort blicke, und für ihn und seine Landsleute sei eben das der Dritte Weg.

Herr Dahrendorf sprach von der offenen Flanke der liberalen Gesellschaft, die ohne beflügelnde Vision auskommen müsse. Aber ist dies wirklich ein so großes Problem und nicht mehr eine Art Überbaubedürfnis vorzugsweise von Intellektuellen? In Ländern, die stark theologisch imprägniert sind durch ihre geschichtlichen Erfahrungen, wird Politik ja immer auch für Sinngebung und Daseinserfüllung in Anspruch genommen. Westdeutsche Intellektuelle halten nach wie vor, das ist jedenfalls mein Eindruck, an ideologischen Konzepten fest. Ihr vielzitiertes Schweigen in der jüngsten Vergangenheit hat vielleicht auch damit etwas zu tun. In den Ländern dagegen, die sich jetzt befreit haben, geht man offenbar sehr viel pragmatischer mit Politik um. Denn die Revolution, die dort stattgefunden hat, richtete sich nicht zuletzt auch gegen jegliche ideologische oder jedenfalls von theoretischen Prämissen beherrschte Politik.

Herr Mlynar sprach mit Blick auf die CSFR von einem völligen Rückzug ins Private. Ich hoffe, er hat das ohne bedauernden Unterton gemeint. Auch bei uns lese ich jetzt ständig irgendwelche Artikel über die ehemalige DDR, in denen dieser Rückzug ins Private heftig beklagt wird. Bei allem damit auch verbundenen deutlichen Desinteresse an öffentlichen Vorgängen, das sich darin bekundet und das sicher auch mit Egoismus, ja Zynismus etwas zu tun hat, halte ich dies doch für eine natürliche Reaktion - zumindest in der ersten Phase;- , die in die richtige Richtung weist.

Wenn man von der Verwestlichung der Bundesrepublik spricht, so ist dieser Vorgang zweifellos die Folge einer entschiedenen Wendung zum Pragmatischen nach 1945. Die Nebelzonen, in denen der deutsche Geist sich mit Vorliebe aufhielt, hat er jedenfalls verlassen und sich stärker der Wirklichkeit zugewendet.

Natürlich ist der Weg, den man da gehen muß, sehr mühsam und langwierig. Wir müssen den Menschen in diesen Ländern immer wieder klarmachen, daß jede Vorstellung einer sprunghaften Veränderung letztlich ein Überbleibsel des alten utopischen Denkens ist, von dem man Abschied nehmen muß. Auch in den neuen Bundesländern wird ja ständig darüber geklagt, alles dauere viel zu lange. Das hängt nicht zuletzt mit einer Verkennung der Realität zusammen.

Burghardt

Was hier zur Europäischen Gemeinschaft gesagt wurde, könnte zunehmend pessimistisch stimmen. Da heißt es, Brüssel habe keine Ideen, sondern wolle nur das Bestehende erhalten. Die EG versage als einziger Hoffnungsträger der neuen Demokratien. Deshalb müßten die einzelnen Mitgliedstaaten die Dinge wieder in die Hand nehmen. Sie werden es mir nachsehen, wenn ich solchen Einschätzungen heftig widerspreche und für eine seltsame Verkennung der Realität halte.

Die grundsätzlichen gedanklichen Beiträge zur europäischen Architekturdiskussion der letzten drei Jahre stammen im wesentlichen aus zwei Quellen: zum einen aus den konzeptionellen Anstößen des Kommissionspräsidenten und zum anderen aus den gemeinsamen deutsch-französischen Initiativen. Ohne diese ständigen Impulse wäre die Europäische Gemeinschaft heute wahrscheinlich in der Tat

lediglich Beobachter der dramatischen Veränderungen in Europa. Indessen ist es richtig, daß ihre gegenwärtige politische Handlungsfähigkeit noch unzureichend ist.

Daraus dann den Schluß zu ziehen, wie es bei Herrn Schröder eben anklang, das Ganze taue ohnehin nichts, genausowenig wie die KSZE, würde ja bedeuten, zu Strukturen zurückzukehren, die nun hinreichend bewiesen haben, daß sie diesem Kontinent keine dauerhafte Sicherheit zu geben vermögen.

Was das Verhältnis von Vertiefung und Erweiterung der EG betrifft, so stimme ich mit dem Bundespräsidenten überein, daß hier eine unmittelbare Wechselbeziehung besteht. Dies ergibt sich zum einen aus der Natur des Integrationsprozesses selbst: Vergemeinschaftung heißt, die klassische Ordnung souveräner Nationalstaaten zu überwinden durch die Bündelung und Übertragung von Teilbereichen nationaler öffentlicher Gewalt und deren Ausübung durch gemeinsame supranationale Institutionen.

Dieser Prozeß entwickelt sich dynamisch und evolutionär, ausgerichtet am Prinzip des Föderalismus, und zwar sowohl nach oben, indem er das Monopol der nationalstaatlichen Strukturen durchstößt, als auch nach unten, indem er, wie bereits verschiedentlich erwähnt, die regionalen Strukturen innerhalb der Nationalstaaten wiederbelebt. Nichts ist bekanntlich erfolgreicher als der Erfolg. Die Attraktion des von sechs europäischen Ländern in den 50er Jahren begonnenen Einigungsprozesses, das heißt die ständige Vertiefung, hat sukzessive Erweiterungen nahezu unwiderstehlich werden lassen. Die Erfolge des Binnenmarktkonzepts "1992" und die Veränderungen in Europa haben die politische Attraktivität des Integrationsprozesses zusätzlich erhöht.

Nun würde ich allerdings dafür plädieren, die Diskussion um die Einbeziehung der neuen Demokratien in den europäischen Integrationsprozeß nicht auf die Frage der möglichst sofortigen Mitgliedschaft zu reduzieren. Denn es geht dabei nicht nur um die Beziehung zwischen der Zwölfergemeinschaft einerseits und drei oder mehr mittel- und osteuropäischen Ländern andererseits. Vielmehr haben wir es mit mehreren vielschichtigen Dimensionen des Problems zu tun.

Zum einen ist die Gemeinschaft selbst dabei, als Ergebnis zweier Regierungskonferenzen in eine weitere Phase ihres Integrationsprozesses einzutreten. Zweitens geht die Zahl von Beitrittskandidaten ja über die neuen Demokratien in Ostmitteleuropa hinaus. Und drittens ist dieser Prozeß in ein größeres außenpolitisches Umfeld eingebettet, in dem die Europäer nicht unter sich sind, sondern in dem die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion eine wichtige Rolle spielen. Diese Dinge müssen im Zusammenhang gesehen werden, und die Debatte darf nicht auf die neuen Demokratien verkürzt werden.

Zum ersten: Der europäische Integrationsprozeß befindet sich heute im Stadium zweier Regierungskonferenzen, weil man zu dem Ergebnis gekommen ist, daß die logische Folge des Gemeinsamen Binnenmarktes die volle Ausgestaltung einer Wirtschafts- und Währungsunion ist, und daß eine so weitgehende wirtschaftliche Integration nach entsprechender politischer Integration verlangt. Anderenfalls würde der Integrationsprozeß nämlich Schlagseite bekommen, wenn wirtschafts- und währungspolitische Souveränitäten voll vergemeinschaftet würden, während die außen- und sicherheitspolitische Souveränität außen vor bliebe.

Ein weiterer Grund für die Regierungskonferenz zur Politischen Union liegt in der politischen Entwicklung in Europa, die der Gemeinschaft zusätzliche außenpolitische Verantwortungen auferlegt, denen sie gegenwärtig nicht voll gerecht werden kann, weil ihr die notwendigen Entscheidungsstrukturen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik fehlen. Um ein anderes Beispiel hinzuzufügen: Eine gemeinsame Politik in Sachen Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika kann gegenwärtig deshalb nicht durchgeführt werden, weil die oppositionelle Mehrheit im dänischen Parlament ihre Zustimmung zu den Beschlüssen des Ministerrates der Gemeinschaft verweigert.

Zweitens: Die Zahl potentieller Beitrittskandidaten beschränkt sich nicht auf die neuen Demokratien im Osten. Aufnahmeanträge haben gestellt: 1987 die Türkei, 1988 Österreich, 1989 Malta und Zypern. 1990 wurde im Falle der ehemaligen DDR eine Erweiterung durchgeführt, die kein Beitritt war. Gerade eben haben wir den Antrag Schwedens erhalten. Es wird nicht der letzte gewesen sein. Das heißt, es bildet sich eine Schlange von Antragstellern vor dem Schalter Europäische Gemeinschaft. Und der Eindruck, der mitunter vermittelt wird, an diesem Schalter befinde sich ein Schild mit der Aufschrift: "Bitte, nicht stören, wir sind mit uns selbst beschäftigt", entspricht keinesfalls den Tatsachen.

Hinter dem Schalter sitzen keine innovationsfeindlichen Bürokraten, sondern Politiker und Beamte, denen sehr wohl bewußt ist, daß diejenigen, die mehr von diesem Europa erwarten, Zwischenantworten benötigen, bis das Mehr möglich ist. Das hat zunächst zum Vorschlag eines "Europäischen Wirtschaftsraumes" geführt. Ein Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum steht

kurz vor dem Abschluß. Er soll das Verhältnis von EG und EFTA regeln, könnte aber durchaus Modellcharakter haben, etwa für die Beziehungen zu Ländern wie Malta und Zypern.

Eine weitere Zwischenform besteht in dem Angebot der Gemeinschaft an die neuen Demokratien zum Abschluß von "Europa-Verträgen", die die bereits seit 1989 geschlossenen Verträge der "ersten Generation" ersetzen, sowie die G-24-Aktion ergänzen. Gegenwärtig wird über diese Abkommen mit drei Ländern verhandelt. Worauf es nämlich ankommt, ist - da stimme ich Herrn Schlecht zu;- daß vor einer Beitrittsfestlegung eine mit Substanz ausgestattete Präadhäsions-Übergangsphase stattfinden kann. Nach einem Beitritt könnten dann je nach Problemlage unterschiedlich lange Postadhäsions-Übergangsphasen folgen.

Spanien und Portugal sind dafür gute Beispiele. Zwischen den Beitrittsanträgen 1977 und dem tatsächlichen Beitritt lagen immerhin neun Jahre, davon sieben Verhandlungsjahre. Zuvor hatte die Gemeinschaft mit Spanien ein Handelsabkommen abgeschlossen, Portugal war Mitglied der EFTA. Seit 1986 befinden wir uns in einer siebenjährigen Übergangsphase, die für Spanien und Portugal am 1. Januar 1993 abläuft.

Die "Präadhäsions-Übergangsphase" muß mit Substanz ausgefüllt werden, indem den beitriftswilligen Ländern beispielsweise der Marktzugang für ihre Produkte erheblich erleichtert wird. So wird etwa in den neuen Assoziierungsverträgen das Ziel gesetzt, innerhalb von fünf Jahren das Stadium des Freihandels zu erreichen.

Jede nach Abschluß der beiden Regierungskonferenzen stattfindende Erweiterungsverhandlung wird wiederum die Form einer Regierungskonferenz annehmen. Denn eine Erweiterung von jetzt 12 auf später 16 oder 20 Mitglieder macht gründliche Anpassungen und Überprüfungen der Institutionen und Entscheidungsverfahren innerhalb der Gemeinschaft unausweichlich.

Damit spreche ich auch ein grundsätzliches Problem an, das in der Diskussion zuweilen unterbewertet wird: Wenn ein immer größerer Teil der öffentlichen Gewalt auf die Gemeinschaft verlagert und von ihr gemeinschaftlich ausgeübt wird, dann muß die Gemeinschaft den gleichen demokratischen Ansprüchen gerecht werden, die wir auch an die Verfassung der Mitgliedstaaten anlegen.

Von daher ergeben sich vier Hauptforderungen. Erstens: Das Konsensprinzip im Ministerrat muß aufgehoben werden, und zwar für alle Bereiche.

Zweitens: Das Europäische Parlament muß voll am Gesetzgebungsprozeß der Gemeinschaft beteiligt werden.

Drittens: Es muß die volle Kontrolle über eine europäische Exekutive haben.

Viertens: Es muß ein Lastenausgleich vereinbart werden. Das heißt, die erweiterte Gemeinschaft muß eine neue Finanzverfassung erhalten. Der gegenwärtige Haushalt sieht 60 Prozent Agrar- und 20-30 Prozent Strukturausgaben vor. Hier wird ein erhebliches Umdenken stattfinden müssen, das Opfer verlangt. Und für die Bewilligung zusätzlicher Finanzmittel sehe ich bisher nicht die politische Bereitschaft in einigen unserer Mitgliedstaaten.

Jetzt noch ein Wort zur dritten von mir angesprochenen Dimension, dem außenpolitischen Umfeld. Die USA haben deutlich signalisiert, daß sie die Rolle der Gemeinschaft gegenüber den neuen Demokratien in Europa als eigenständige europäische Aufgabe ansehen. Die USA sind auch mit einer europäischen sicherheitspolitischen Verantwortung einverstanden, sofern insbesondere Rolle, Aufgaben und Kommandostruktur der NATO nicht beeinträchtigt werden.

Auf der anderen Seite haben wir die Sowjetunion, deren Selbstverständnis und Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft noch recht unklar ist. Und wenn Herr Meyer-Landrut fragt, welche Rolle wir für die Sowjetunion sehen, so möchte ich zurückfragen: Welche Rolle sieht die Sowjetunion für sich selbst? Das Mißtrauen gegenüber der Präambel in den künftigen Europaverträgen mit den mittel- und osteuropäischen Staaten in bezug auf eine Perspektive des Beitritts zur EG ist auf sowjetischer Seite unverkennbar.

Dem Vorwurf der Sowjets eines "unlauteren Wettbewerbs" begegnen wir mit der Frage, ob sich die große Sowjetunion tatsächlich als ein potientielles Mitglied der Europäischen Gemeinschaft mit denselben Rechten und Pflichten wie Italien oder Polen betrachtet. Oder ob sie sich nicht vielmehr als Weltmacht versteht, der ein besonderer Status zukommt wie den Vereinigten Staaten, aber auch der Europäischen Gemeinschaft, mit einer nicht nur europäischen, sondern auch asiatischen Identität. In jedem Falle muß die innere verfassungsmäßige Entwicklung in der Sowjetunion abgewartet werden, wobei die Gemeinschaft hinsichtlich der baltischen Staaten stets den Standpunkt vertreten hat, daß sie deren Annexion niemals anerkannt hat.

Das heißt nicht, daß wir in der Zwischenzeit die Hände in den Schoß legen können. Im Gegenteil: Schon der Europäische Rat in Rom im Dezember 1990 ging davon aus, daß die Gemeinschaft die politische Reform in der Sowjetunion unterstützt und darum bemüht ist, die Sowjetunion wirtschaftlich in eine gesamteuropäische Entwicklung einzubeziehen. Die Kommission wird an dieses Thema sehr realistisch herangehen und die wirtschaftspolitischen Vorstellungen genau untersuchen, die Präsident Gorbatschow auf dem Londoner Weltwirtschaftsgipfel präsentieren wird.

Zu unmittelbar interessierenden und schnell wirkenden Maßnahmen, die die Gemeinschaft neben der bereits angelaufenen technischen Hilfe unterstützen kann, gehört etwa die Europäische Energie-Charta. So könnte die Sowjetunion ihre Devisenlage relativ schnell verbessern, wenn sie einer Kooperation zur effizienteren Nutzung ihrer Rohstoff- und Energievorräte zustimmen würde.

Bartoszewski

Wenn ich mich an diesem Gespräch beteilige, so tue ich dies nicht als Botschafter der Republik Polen in Österreich, sondern sozusagen auf eigene Rechnung. Das heißt, meine Äußerungen sollen in keiner Weise die polnische Regierung belasten und sind auch von niemandem autorisiert.

Ich war viele Jahre an dem Versuch beteiligt, die Demokratie in Polen einzuführen. Ich habe sieben Jahre lang in Deutschland gelebt und weiß einiges von den Interessen und der psychologischen Situation dieses Landes; seit zehn Monaten bin ich jetzt in Wien. Aus der Perspektive der Stadt Wien sieht man die Probleme der ehemaligen Ostblockstaaten - mit Ausnahme der DDR - möglicherweise präziser als aus der Perspektive Bonns oder Berlins. Das hängt einfach mit den traditionellen Verbindungen und Kontakten zusammen, die in einer solchen Umgebung wirksam sind.

Wie geht es weiter mit den neuen Demokratien in Europa? Also nicht mit den Staaten, die noch keine Demokratien sind, sondern mit den Ländern, die bereits demokratische Ordnungen angenommen haben. Die 15 sowjetischen Republiken zum Beispiel gehören sicher bisher nicht dazu. Das heißt, man kann nicht in einem Atemzug über Budapest und, sagen wir, Alma Ata sprechen - leider noch nicht.

Wie geht es also weiter mit den neuen Demokratien? Die erste Antwort lautet: Es wird schlecht weitergehen, mit schlimmen Geburtswehen, die weiter anhalten werden. Geburtswehen sind aber nun einmal bei jeder Geburt unvermeidlich; man kann sie allenfalls ein wenig abmildern. Was uns optimistisch stimmt, ist, daß sich diese Geburt nicht wieder rückgängig machen läßt. Bis zu einem gewissen Zeitpunkt hätte man diesen Prozeß vielleicht verhindern können. Aber das ist jetzt gelaufen; daran ist nichts mehr zu ändern, wenngleich alle beteiligten Länder, auch die Deutschen, mit großen Problemen konfrontiert sind. Das zeigt sich in Polen genauso wie in Ungarn und der Tschechoslowakei, aber auch in Bulgarien und Rumänien und nicht zuletzt in mehreren Teilen der Sowjetunion.

Die Prozesse laufen in den einzelnen Ländern auch in unterschiedlicher Weise und verschieden schnell ab. Der Osten Deutschlands hat dabei gegenüber allen anderen Ländern den unschätzbaren Vorteil, über ein "Hinterland" zu verfügen mit 61 Millionen Bürgern und einer entwickelten wirtschaftlichen und politischen Struktur. Entsprechend wird auch die demokratische Weiterentwicklung in Ländern wie Rumänien oder Bulgarien, so sehr ich den Bürgern dieser Länder eine positive Entwicklung wünsche, wesentlich anders verlaufen als in Deutschland. Das sind zwar Binsenweisheiten, aber den einfachen Menschen mitunter keineswegs so leicht verständlich, auch in Deutschland nicht.

Hier war von der Mentalität in den Ostblockländern die Rede, die ganz anders sei als die im Westen. Nun, für die hohe und mittlere Nomenklatura mag das zutreffen, aber wenn es um die Völker, um die Menschen geht, dann behaupte ich, war es für einen Polen leichter, mit einem Bürger in München oder in Frankfurt zu kommunizieren als mit jemandem in Ost-Berlin oder in Magdeburg. Eine Ausnahme im ganzen Ostblock bildeten lediglich die Polen und die Ungarn, die sich immer schon gut verstanden haben, sowohl die einfachen Leute als auch die Intellektuellen. Aber für die Ungarn und die Slowaken, die Tschechen und die Polen, oder die Rumänen und die Bulgaren, ganz zu schweigen von den Rumänen und den Ungarn, traf das keineswegs zu.

Man kann also nicht so einfach zwischen westlicher und östlicher Mentalität unterscheiden. Da kommen viele Dinge zusammen, und das geschichtliche Erbe hat manche Belastung mit sich gebracht, die zwischen den Völkern steht. Ich erwähnte, daß ich sieben Jahre lang in der Bundesrepublik gelebt habe. In dieser Zeit bin ich kein einziges Mal in der DDR gewesen. Ich habe nicht die geringste Lust dazu verspürt. Gefängnisse hatten wir damals schließlich genug eigene.

Beide Referenten haben den menschlichen Faktor angesprochen. Wieweit sind die Leute bereit und in der Lage, die neue demokratische Ordnung, die sie ja selbst gewollt haben, konstruktiv mitzugestalten? Wenn jemand über viele Monate krank gewesen ist, erwartet niemand, daß er gleich wieder voll mitmachen kann. Wieso erwarten wir dies von den Völkern, die über 45 Jahre - im Falle der DDR noch länger - nicht normal gelebt haben? Normal heißt in diesem Falle: demokratisch, offen, politisch ausgebildet und so weiter. Woher sollen denn die Menschen in der Stunde Null plötzlich die Fähigkeit haben, es dem Westen in dieser Hinsicht gleichzutun? Das ist völlig unmöglich.

Und ich möchte auch mit Nachdruck betonen: Dies haben die Menschen in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei so wenig selbst verschuldet wie die Deutschen zwischen Oder und Elbe. Sie alle haben die Folgen der Politik der Siegermächte von Jalta und Potsdam ertragen müssen. Das sollte man nicht vergessen. Sie alle waren Opfer des Krieges, ob sie nun, wie die Polen, zu den Alliierten oder, wie die Deutschen, zu den Gegnern gehört hatten. Mehr oder weniger sind sie alle verraten worden.

In diesen 45 Jahren haben die Völker ganz unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Die Entwicklung ist nicht in allen Ländern und Schichten und auch nicht während der ganzen Zeit gleichabgelaufen. Zu Stalins Zeiten ging es anders zu als später, und die Lebensumstände in Ungarn, Polen oder Rumänien unterschieden sich ebenfalls zum Teil grundlegend. Fest steht, daß man die Leute überall bedrängt, ja unterdrückt hat, und man kann nicht erwarten, daß alle Menschen Helden sind. Ich sehe auch hier auf den Straßen oder in Frankreich nicht Millionen von Helden herumlaufen. Warum sollten wir dies in Budapest, Prag, Warschau, Sofia oder gar in Moskau oder St. Petersburg annehmen?

Dennoch kommt dem menschlichen Faktor entscheidende Bedeutung beim Aufbau demokratischer Gemeinwesen zu. Die Freiheit mag man in einer Nacht erlangen, wenn die Mauern der Unfreiheit fallen. Aber um was für eine Freiheit handelt es sich dann: Die Freiheit zur freien Meinungsäußerung? Die Freiheit, Leute zu verleumden und zu attackieren? Die Freiheit zu neofaschistischen Auswüchsen? Oder die Freiheit, kluge politische Entscheidungen zu treffen? Letzteres erreichen wir sicher nicht von heute auf morgen. Das erfordert eine eingehende Erziehung, Umerziehung der Menschen, so wie das die Deutschen im Westen mit Hilfe der Amerikaner und Engländer unmittelbar nach 1945 vollzogen haben. Man hatte es doch nicht mit Millionen von verdorbenen Menschen zu tun; sie fühlten sich bedroht, waren verwirrt, man mußte ihnen helfen.

Das gleiche erleben wir jetzt in einer anderen Dimension mit dem postkommunistischen Erbe. Das wird ein langwieriger Prozeß. Ich sehe zwar keine Gefahr eines Rückfalls in den Kommunismus - gleichgültig welcher Prägung, Maos, Troztkis, Stalins oder welcher auch immer. Aber es besteht die Gefahr einer neuen Frontenbildung zwischen nationaler, chauvinistischer Engstirnigkeit einerseits und Toleranz, Liberalismus, Christentum andererseits. Es gibt sicher jene hehren, schönen Motivationen, die wir alle anerkennen, ob wir nun gläubig sind oder nicht. Aber diese positiven Motivationen sind nicht unbedingt verwurzelt im Denken jener Millionen von Menschen in den Ländern, die sich jetzt befreit haben.

In allen diesen Ländern besteht die Gefahr - da stimme ich Herrn Mazowiecki zu: Wenn sich die Wirtschaftslage weiter verschlechtert, wächst die autoritäre Bedrohung, verstärkt sich die Anziehungskraft irgendeines starken Mannes. Von daher liegt es im Interesse aller Europäer, diese Länder und Völker nachdrücklich zu unterstützen, um eine solche Entwicklung, die der ganzen Menschheit schaden würde, zu verhindern.

Es ist auch nicht zu übersehen, daß viele Menschen müde geworden sind. Sie wissen nicht, ob sie beim Aufbau der neuen Ordnung mitmachen oder lieber gleichgültig abwarten sollen. So manch einer denkt: Es ist besser, für eine schlechte Arbeit schlecht zu verdienen, als sich enorm anzustrengen, um gut zu verdienen, zumal man die Folgen ohnehin nicht abschätzen kann. Solche Stimmen höre ich aus der Tschechoslowakei, aus Ungarn, aus Polen. Das sind weniger die Intellektuellen als vielmehr die kleinen Leute, auch auf dem Lande. Wozu Eigentum erwerben, Steuern zahlen, Probleme bekommen? Besser miesen Lohn für miese Arbeit. Diese Einstellung, die eine Folge der ganzen unglücklichen Entwicklung in diesen Ländern ist, werden wir nicht in wenigen Monaten ändern.

Was ist die Ursache für die geringe Wahlbeteiligung in mehreren ehemaligen Ostblockländern? Hier war die DDR eine positive Ausnahme, aber aufgrund der besonderen Umstände. Nun, die Menschen sind unzufrieden. Sie sind aber nicht bereit und in der Lage, insoweit logisch zu denken, daß sie Einfluß auf die Politik der eigenen Gemeinde oder der eigenen Stadt nehmen müssen, damit sich die Dinge zum Besseren wenden. Denn diesen politischen Zusammenhang, diese Ursachen- und Folgenkette begreifen die Leute in ihrem Alltag nicht. Diese Erscheinung treffen wir in nahezu allen unseren Ländern an. Die Konsequenz ist, daß die neugewählten Parlamente und Regierungen nur ein sehr schmales Fundament und keine ausreichende Repräsentation haben. Wenn die Leute dann

unzufrieden werden, heißt es von westlicher Seite: Kein Wunder, diese Regierung wurde nur von 35 Prozent der Bevölkerung gewählt; sie ist in keiner Weise repräsentativ. Von einer normalen Demokratie sind wir also noch weit entfernt.

Jetzt zum Populismus. Fremdenfeindliche Erscheinungen gibt es sicher nicht nur auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Gott sei Dank werden in Polen keine deutschen Busse attackiert und keine Deutschen verprügelt. Aber Zigeunern passiert das schon. Gott sei Dank finden auch keine Judenpogrome statt; aber in Ungarn und auch in Polen werden gelegentlich böse Parolen über die Juden verlautbart. Es kommt zwar nicht sehr häufig vor, aber es ist schlimm genug, daß es überhaupt geschieht. Denn damit ist eine gewisse Signalwirkung verbunden.

Deshalb kommt der politischen Bildung eine so große Bedeutung zu, die in den Schulen wesentlich verstärkt werden müßte. Denn sonst besteht die Gefahr, daß der bisherige Klassenkampf wieder durch eine Art nationalen Rassenkampf abgelöst wird, oder was man sich sonst an hirnrissigen Kämpfen gegen Menschen ausdenken mag. Solche Tendenzen müssen an der Wurzel bekämpft werden.

Eine bestimmte Schicht von Intellektuellen hat in der Tschechoslowakei, auch in Ungarn und Polen nach dem Neubeginn eine große Rolle gespielt, Leute, die durch das alte Regime nicht oder nur wenig belastet, die nie Kommunisten waren und sich schon vor der Wende menschlich verhalten haben. Die hat man jetzt zu Botschaftern, Ministern oder Parlamentariern gemacht. Sie lehren also nicht mehr als Professoren an der Universität oder sitzen als Schriftsteller an ihrem Schreibtisch, sondern haben ein politisches Amt übernommen. Das kann in einer Übergangszeit vielleicht auch nicht anders sein.

Aber Herr Mazowiecki hat mir aus dem Herzen gesprochen, als er sagte, die Einstellung der Bürger zu ihrem Staat ist geprägt von maximalen Erwartungen an ihn bei gleichzeitig minimalem Einsatz für ihn. Das treffen wir ebenfalls in allen Ostblockländern an, auch in der ehemaligen DDR. Die Leute meinen: Warum soll ich mich so weit engagieren? Hauptsache ist, ich bekomme etwas, auch wenn es vielleicht nicht sehr gut ist. Auch das gehört zu dem bösen Erbe des Kommunismus, wo die Menschen alles zuteilt bekamen. Zuteilung der Idee, der fertigen Meinung, der zensierten Presseartikel, Zuteilung von Schuhen, Zucker, immer nur Zuteilung. Das ist die Ursache für die kranke Mentalität des ehemaligen Ostblocks, die noch nicht überwunden wurde.

Wir begehen immer wieder den Fehler, so pauschal von "Osteuropa" zu reden. Als ich in Warschau zur Schule ging - ich habe 1939 Abitur gemacht;- , da hat man uns beigebracht: Osteuropa, das ist die Sowjetunion, Mittel-Osteuropa, das sind wir Polen, die Balten, die Tschechen, die Slowaken, die Ungarn. Die Deutschen sind Mitteleuropa, und Westeuropa, das ist Frankreich, England, Irland und so weiter. Dabei haben sich die Polen in Warschau ebensowenig als Osteuropäer gefühlt wie die Allensteiner, die Thorner oder die Graudenzler. Sie haben sich immer als Europäer gefühlt. Wer sagt in Preßburg: ich lebe in Osteuropa? Dann ist Wien eher Osteuropa als Prag. Schauen Sie auf die Landkarte.

Kein Zweifel, es gibt ein riesiges Osteuropa östlich der polnisch-sowjetisch-russischen Grenze. Da besteht auch eine kulturelle und religiöse Trennungslinie mit anderen Traditionen, Sitten und Gebräuchen. Damit verbinde ich keinerlei Werturteil; das eine ist nicht besser oder schlechter als das andere; aber beide unterscheiden sich eben grundlegend. Die Russen rühmen sich sogar ihrer Andersartigkeit und halten oft wenig von Polen oder irgendwelchen anderen Völkern. Für sie ist das spezifisch Russische das Höchste.

Noch kurz ein paar Worte zur Lage auf dem Balkan. Ich lebe zwei Stunden Autofahrt von der slowenischen Grenze entfernt. Dadurch ist mir das Geschehen dort in meinem Alltag viel präsenter als vielleicht jemandem, der weiter weg lebt. Warum wollen diese Länder souverän werden? Könnte es nicht sogar sein, daß diese Entwicklung zur Souveränität - so paradox es klingen mag - den Weg zu einem vereinten Europa erleichtert? Wenn die Slowenen und Kroaten, die eine sehr lange Geschichte haben - fast so lange wie Rom;- , nicht unter serbischer Vorherrschaft leben wollen, die ihnen erst 1918 aufgezwungen wurde, warum sollen wir dann für diese Leute entscheiden, was für sie besser ist? Wäre da nicht eher eine freie Konföderation zu befürworten, die diese Länder aus freien Stücken bejahen? Eduard Schewardnadse hat vor kurzem in Wien gesagt, es sei besser, neun frei vereinte Republiken der Sowjetunion zu haben als 15 nicht frei vereinte. Das hat ein russischer Patriot gesagt! Es ist zweifellos besser, wenn diese Völker Wege zur Zusammenarbeit finden, als sich gegenseitig umzubringen.

Natürlich sollte man blutige Auseinandersetzungen auf jeden Fall zu verhindern suchen. Aber die gewaltfreien Methoden haben wir alle gepriesen: in Berlin, in Warschau, in Budapest, in Prag.

Genauso anerkenne ich die gewaltfreien Methoden: Demonstrationen, Briefe, Erklärungen, Aufrufe in Ljubljana oder Zagreb und verurteile die Gewaltanwendung der Generäle, die meist noch Kommunisten und Stalinisten bis zum heutigen Tag sind. Dasselbe würden gern gewisse Generäle in Moskau oder Sibirien tun, auch mit ihren eigenen Landsleuten.

Nehmen Sie das Beispiel der drei kleinen Republiken Litauen, Lettland und Estland, die bis 1940 recht gut zusammengearbeitet haben und auch lebensfähig waren. Niemand in Europa hatte irgendwelche Probleme mit diesen kleinen Ländern, die gut miteinander auskamen, weil sie nicht gezwungen waren, in einem Staatsverband unter Druck zusammenzuleben. Warum sollen in Zukunft nicht die Slowenen und die Kroaten ebenso mit anderen zusammenleben wie die Litauer, Letten und Esten damals?

Niemand denkt daran, die Luxemburger Belgien oder Holland einzuverleiben. Warum entscheiden wir so leichtfertig über andere, die wir nicht so gut kennen? Weil sie klein oder weil sie weiter entfernt sind? Vielleicht ist es günstiger, wenn die Länder ein wenig größer sind. In Polen werden bis zum Ende dieses Jahrzehnts 40 Millionen Menschen leben. Das heißt nicht, daß wir damit glücklicher sein werden. Indien oder China haben noch viel mehr Menschen; ich beneide sie nicht.

Der Weg in die Demokratie, der jetzt vor den Menschen liegt, ist schmerzreich. Deshalb muß man ihnen Hilfestellung leisten, nicht nach einem Modell, sondern unter Berücksichtigung ihrer Erwartungen und Forderungen, wenn sie berechtigt und demokratisch sind. Ich sehe keinen anderen Weg.

Vielleicht fällt es den Deutschen und den Polen leichter, den Weg gemeinsam zu gehen, weil sie sich in vielem ähnlich sind und weil keine zwei anderen Völker in Europa so viele gemischte Ehen und Familien haben wie die Polen und die Deutschen. Das hat jahrhundertlang zu einer gemischten Identität auf mehreren Gebieten geführt.

Es ist sicher schwieriger, jemanden zu verstehen, der 1000km entfernt von hier lebt und nach unserer Vorstellung ein bißchen exotisch ist. Dennoch haben wir in Europa die Aufgabe, die Probleme von Oslo bis Sizilien zu lösen, dann verstehen wir vielleicht auch die Probleme weiter östlich. Mein französischer Freund, Professor Joseph Rovin, hat einmal gesagt: "Europa ist für mich zwischen Brest und Brest-Litowsk, weiter ist Asien." Für mich ist weiter Osteuropa!

Kerber

Für die Kirche stellt sich im Hinblick auf die neuen Demokratien die Frage: Aus welchen Idealen heraus, von welchen sittlichen Werten her werden die Menschen in den ehemals von der marxistischen Ideologie beherrschten Ländern ihr Leben gestalten? Der Marxismus bezog ja seine Attraktivität nicht zuletzt aus dem hohen Ethos, mit dem er die Menschen dazu anhielt, für die Gemeinschaft zu leben und die kommende bessere Zukunftsgesellschaft vorzubereiten. Dieses Ideal hat sich als falsch herausgestellt. Was tritt nun an die Stelle des entstandenen Vakuums? Denn ohne Ideale und Zielvorstellungen können die Menschen nicht vernünftig leben.

Als einer, der in Freiburg Wirtschaftswissenschaft studiert hat, stehe ich sicher nicht in der Versuchung, irgendwelchen postsozialistischen Vorstellungen nachzuhängen. Nur fürchte ich: So wie die Marktwirtschaft als ordnungspolitische Zielvorstellung gegenwärtig in den Ländern des Ostens empfohlen, ja geradezu gepredigt wird, können Enttäuschungen und Rückschläge nicht ausbleiben. Hier werden Erwartungen geweckt, als ließe sich der Wohlstand einfach durch den Übergang zur Wettbewerbswirtschaft herstellen, als könnten aus "privaten Lastern" gewissermaßen von selbst "öffentliche Vorteile" werden. Ich sehe eine Gefahr darin, daß eine frühkapitalistische Ideologie wieder als Zielvorstellung das Denken und Handeln der Menschen im Osten bestimmt (auch wenn die Realität ganz anders aussieht), wie wir das teilweise in den neuen deutschen Bundesländern beobachten können.

Ich bin froh, daß die katholische Kirche mit der jüngsten Enzyklika Centesimus annus des Papstes Johannes Pauls II. im Namen der christlichen Ethik jetzt grundsätzlich Frieden mit dem Wettbewerb geschlossen hat, der bisher im katholischen Denken eher nur geduldet, aber als tragendes Prinzip unserer Wirtschaftsordnung nicht anerkannt war. In Deutschland waren die kirchlichen Vorbehalte gegen die Marktwirtschaft deshalb nie voll bewußt geworden, weil Joseph Höffner, ein Schüler von Eucken, als Professor auf dem Lehrstuhl in Münster, später als Bischof, Kardinal und Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz die soziale Marktwirtschaft immer nachhaltig verteidigt hat. Auf diese Weise ist in der deutschen Öffentlichkeit der marktwirtschaftliche Kurs weitgehend mit der Lehre der katholischen Kirche identifiziert worden. Die Nähe der Kirche zu den Unionsparteien hat diesen Eindruck noch verstärkt.

Auch seitens der evangelischen Kirche ist eine Denkschrift der Kammer für soziale Verantwortung in Vorbereitung, die mutig zugunsten der Marktwirtschaft Partei ergreift.

Andererseits wird in Centesimus annus jedoch die traditionelle Auffassung aufrechterhalten, derzufolge der Wettbewerb nicht aus sich heraus zu einer gerechten Wirtschaftsordnung führen kann, sondern daß dafür - um es im Sinne Euckens zu formulieren - ein von einem starken Staat gesetzter Datenkranz erforderlich ist, der den Wettbewerb in die Richtung des wirtschaftlichen Gemeinwohls lenkt.

Hier liegt ein entscheidender Unterschied zwischen einerseits der Auffassung, wie sie dieser Enzyklika vorschwebt - Wettbewerb nicht als Ziel, sondern als Mittel staatlicher Politik;- und andererseits den Thesen meines verehrten Freiburger Lehrers Friedrich August von Hayek, der den Wettbewerb als Bestandteil einer vermeintlich "natürlichen Ordnung der Wirtschaft" zu rechtfertigen versuchte. Dieser Unterschied hat sich in der Bundesrepublik Deutschland seit langem abgeschliffen durch das Konzept einer "Sozialen Marktwirtschaft", das die eigentliche Wirtschaftsordnung als durch den Wettbewerb geprägt ansieht, das aber denjenigen ein soziales Netz aufhält, die vom hohen Trapez des Wettbewerbs herunterfallen. In diesem Verständnis stellt das Soziale lediglich noch eine nachträgliche Ergänzung des freien Wettbewerbs dar, wobei hinzugefügt wird, daß nur eine effiziente Marktwirtschaft jenes soziale Netz überhaupt garantieren und finanzieren kann.

Ist die kirchliche Gesellschaftslehre ein "Dritter Weg"? Die Frage ist deshalb kaum zu beantworten, weil das Wort "Dritter Weg" nicht eindeutig definiert ist. Die katholische Kirche hat in der Vergangenheit von einem Dritten Weg zwischen Marxismus und Kapitalismus gesprochen, während Papst Johannes Paul II. in der Enzyklika Sollicitudo reissocialis vor drei Jahren betont hat: "Die kirchliche Soziallehre ist kein Dritter Weg zwischen liberalistischem Kapitalismus und marxistischem Kollektivismus." Mit anderen Worten: Eine Antwort wird davon abhängen, ob man unter "Drittem Weg" eine Art Mittelweg zwischen Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft versteht, eine völlig eigene Konzeption (die es wohl nicht geben dürfte) oder nur eine Modifikation der marktwirtschaftlichen Ordnung, die allerdings den Laissez-faire-Liberalismus ausschließt.

Warum hat sich das kirchliche Denken - etwas autoritativer auf katholischer, etwas bunter auf evangelischer Seite - mit der Marktwirtschaft so schwergetan (wie übrigens früher schon mit der Demokratie)? Ein wesentlicher Grund dürfte darin liegen, daß es kirchlichem Denken um gerechte Ergebnisse geht, die in einer liberalen Ordnung tatsächlich nicht so gesichert werden können, wie man das für notwendig hält. Bei einem solchen Denkansatz besteht heute allerdings die Gefahr, daß man aus hohen ethischen Motiven heraus Maßnahmen fordert, die sich möglicherweise verheerend für die Freiheit der Menschen auswirken. Das erklärt vielleicht die seinerzeitige Reserve gegenüber der Demokratie, der Marktwirtschaft, ja gegenüber dem ganzen liberalen Denken.

Ich möchte noch einmal betonen: Wir müssen uns darüber Gedanken machen, inwieweit unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung den hohen sittlichen Ansprüchen genügt, die gerade junge Menschen in den neuen Demokratien mit Recht an sie stellen. Wenn die Verbindung von westlicher Demokratie, Wirtschaft und Liberalismus lediglich die Auflösung ethischer Ideale bewirkt, dann haben wir den Rückschlag bereits vorprogrammiert.

Altmann

Was kommt nach dem Sozialismus? Nicht nur das Ende des Marxismus-Leninismus - die Leichenschau - ist interessant, sondern auch an uns stellen sich in diesem Zusammenhang Fragen, die ich thesenhaft formulieren möchte.

Ich meine erstens, wir sehen jetzt stärker als vordem, daß die europäische Staatsidee verbraucht ist, nicht nur in der Form des Parteienstaates, sondern ganz generell.

Zweitens: Auch bei uns ist die Gleichung von Nation und Gesellschaft brüchig geworden. Es zeigt sich nicht nur in Fragen der Kultur, daß diese Identität nicht mehr besteht.

Drittens: Das ideologische Zeitalter ist zu Ende. Das gilt nicht nur für den Marxismus-Leninismus. Auch der Konservatismus, das erkennen wir heute, hat keine Ideen mehr, ist schwach geworden. Und die liberalen Parteien kämpfen überall ums Überleben, auch wenn sich die Marktwirtschaft durchgesetzt hat.

Viertens: Die Zukunft ist heute weniger gefragt als früher. Was wir wahrnehmen, ist die "Gleichzeitigkeit" aller Probleme, die Spiegelung ihrer unmittelbaren Gegenwärtigkeit in der medialen Kultur.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt hinzufügen: Zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte hat der Kampf zwischen zwei Weltmächten nach 40 Jahren weltweit geführter Auseinandersetzungen mit einem Frieden ohne Krieg geendet. Das ist ein unglaublicher, nie zuvor dagewesener geschichtlicher Vorgang. Ein Jahr später tun sich beide Mächte zusammen, um am Golf, in einer von ihnen schwer umkämpften Region, den Frieden zu konsolidieren. Ich will hier keine Preisrede auf Amerika und Rußland halten, sondern nur dem wohlfeilen europäischen Skeptizismus ein wenig entgegenreten. Es geht hier um gänzlich neue Erfahrungen, die niemand von uns vorausgesehen hat.

Das nächste betrifft die Frage der europäischen Einigung oder doch die Rückkehr zu einem System souveräner oder pseudo-souveräner Staaten. Ich behaupte, das deutsche Engagement für Europa ist geringer geworden. Suchen Sie in Bonn eine Institution, die sich im Auftrag der Regierung in wissenschaftlich fundierter Stabsarbeit mit diesem Thema beschäftigt! Sie werden keine finden. Wenn man Herrn Burghardt zuhört, wie er mit Brüsseler Eloquenz und dem Vokabular der Technokratie über die europäischen Dinge redet, kann kaum jemand darauf antworten. Genügt es uns, wenn der Gemeinsame Markt zum Fußboden unseres Wohlstandes und unserer Staatlichkeit geworden ist?

Mein Eindruck ist, uns ist, speziell in Deutschland, überhaupt nicht bewußt geworden, daß die beiden Hauptmotive der europäischen Einigung, nämlich die Teilung Deutschlands und die Spaltung Europas, weggefallen sind. Mit einem Mal ist der Gemeinsame Markt, so scheint es, zum Selbstzweck geworden. Sollte das nicht der Fall sein, wäre es höchste Zeit, die Ziele neu zu formulieren und uns ein konkretes Bild davon zu machen, wie ein politisch vereinigt Europa aussehen soll. Das kann kein Spiegelbild irgendeiner nationalstaatlichen Verfassung sein. Ich halte auch nichts von dem Gerede über Föderalismus im Sinne der Eigenstaatlichkeit Bayerns und ähnliche Phrasen.

Der alte Gegensatz zwischen Zentralismus auf der einen und regionaler Autonomie auf der anderen Seite ist im Grunde überholt. In jedem großen Konzern kommt es heute entscheidend darauf an, eine optimale Autonomie der Konzerntöchter mit der zentralen Steuerung des Konzerns in einem Kommunikationssystem zu verbinden. Das sollte heute auch für die staatliche Organisation maßgebend werden. Der Parteienstaat, wie wir ihn heute etwa in Bonn noch erleben, ist keineswegs ein ideales Vorbild für ein funktionsfähiges europäisches Parlament: Es soll ja gerade nicht ständig Maßnahmegesetze beschließen, die dann von einer zentralistischen Bürokratie umgesetzt werden, sondern im Gegenteil die Autonomie seiner Mitglieder fördern. Diese Zusammenhänge sollten wir uns in nüchterner Selbstkritik vor Augen führen und nicht im Sinne von Pseudo-Weltanschauungen behandeln.

Mazowiecki

Zunächst zur Frage: Dritter Weg. Darauf mußten wir 1989 eine konkrete und einfache Antwort finden. Klar war, daß es im politischen Sinne keinen Dritten Weg zwischen Totalitarismus und Demokratie geben kann. Für die Wirtschaft war es jedoch durchaus eine entscheidende Frage, ob man nach einem Dritten Weg suchen sollte.

Wir haben uns dann eindeutig für die freie Marktwirtschaft entschieden und nicht für einen Dritten Weg; denn wir waren der Meinung, wir könnten uns keine weiteren fragwürdigen Experimente mehr leisten, sondern sollten uns an den Erfahrungen anderer Länder orientieren. Natürlich wollten wir dies in Form einer sozialen Marktwirtschaft verwirklichen, weil dem sozialen Faktor große Bedeutung zukommt. Das hat aber mit dem Dritten Weg nichts zu tun.

Ich spreche übrigens lieber von Marktwirtschaft als von Kapitalismus; denn Begriffe wie Kapitalismus und Sozialismus enthalten immer auch eine ideologische Komponente, während Marktwirtschaft pragmatischer ausgerichtet ist.

Dann zu einem anderen Thema, zur Frage unseres Verhältnisses zur Sowjetunion und damit verbunden die Sicherheitspolitik.

Als neugewählter und damals einziger nicht kommunistischer Ministerpräsident im Ostblock befand ich mich im Herbst 1989 in einer besonderen Situation. Denn niemand konnte zu dem Zeitpunkt wissen, wie es in den anderen Ländern laufen würde. Unabhängig davon kam es mir von Anfang an darauf an, die Sowjetunion davon zu überzeugen, daß sie in unserem Lande nicht eine Satellitenpartei brauche, um zu gewährleisten, daß wir eine friedliche Politik gegenüber der Sowjetunion treiben würden. Das war für mich ein ganz entscheidender Punkt. Deshalb habe ich bei der Regierungsbildung die Kommunistische Partei mit einbezogen, wobei mir außerordentlich wichtig war, das Außenministerium durch einen Nicht-Kommunisten zu besetzen, um der Sowjetunion zu zeigen, daß auch andere Leute ihr gegenüber eine friedliche Politik führen können.

Was jetzt das Verhältnis zu den verschiedenen sowjetischen Republiken angeht, so treten wir entschieden dafür ein, daß die baltischen Staaten von der Sowjetunion in die Unabhängigkeit entlassen werden.

Natürlich halte ich auch für wichtig, wie sich die Sowjetunion selbst versteht. Sieht sie sich mehr als ein europäischer Staat oder als euroasiatische Großmacht? Das Problem ist, daß die Sowjetunion immer beides sein will. Dieses Thema wird uns auch in der Zukunft noch beschäftigen.

Schließlich einige Worte zur Diskussion über die EG. Ich teile die Ansicht von Herrn Konrad, daß unsere Länder und Gesellschaften eine klare Zukunftsperspektive brauchen. Und wenn Sie sich hier über Vertiefung und Verbreiterung der EG Gedanken machen, dann erscheint uns das aus der Situation unserer Gesellschaften ein wenig wie eine Luxus-Diskussion. Bei uns versteht man nicht so recht, warum erst eine Vertiefung notwendig ist, bevor eine Verbreiterung stattfinden kann. Natürlich sehen wir ein, daß Polen und andere Länder nicht sofort Vollmitglieder der EG werden können. Worauf es uns aber ankommt, ist, daß die ökonomische Zusammenarbeit durch solche Vorbehalte nicht erschwert wird.

Die Erfahrung, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, ist, daß wir weit größere Schwierigkeiten beim Aufbau der Demokratie und der Marktwirtschaft haben, als wir erwartet hatten. Deshalb brauchen wir Unterstützung. Denn aus dieser Situation können große Gefahren erwachsen, die sich in ganz Europa auswirken können. Ich habe kein Patentrezept anzubieten. Aber ich meine, wir sollten uns sehr intensiv um eine politische und vor allem ökonomische Annäherung unserer Ländern an die EG, an die westeuropäischen Länder überhaupt, bemühen.

Dahrendorf

Was die Europäische Gemeinschaft betrifft, ist die Versuchung groß, dem enthusiastischen und cartesianischen Blick aus der Zentrale den etwas skeptischeren und kantianischeren aus der Provinz gegenüberzustellen. Ich will dieser Versuchung widerstehen und statt dessen ein Motiv aufnehmen, das sich durch unsere ganze bisherige Diskussion gezogen hat und das ich sehr ernst nehme, zumal wir in diesem Punkt keineswegs alle einer Meinung sein dürften.

Es begann mit Herrn Körbers Bemerkungen über Jugoslawien, zog sich durch alle Kommentare über Jugoslawien, aber auch durch manche über die Sowjetunion, hat etwas zu tun mit dem Hinweis von Herrn Maier über Volk, Nation und Religion und berührt nicht zuletzt das immer wiederkehrende Thema Integration auf der einen und Desintegration auf der anderen Seite.

Lassen Sie es mich thesenhaft einmal so ausdrücken: Für mich ist der heterogene Nationalstaat eine der großen Errungenschaften der Zivilisation, jedenfalls dann, wenn er rechtsstaatlich, demokratisch und marktwirtschaftlich verfaßt ist.

Ich habe aufmerksam auf die Untertöne in den Bemerkungen von Herrn Bartoszewski über die Verständigungsschwierigkeiten zwischen den Ländern des östlichen Mitteleuropa geachtet. Er sagte, mit Ausnahme des Verhältnisses zwischen Polen und Ungarn hätten alle diese Länder große Probleme miteinander. Ich erinnere auch an die lebhaft Auseinandersetzung zwischen Adam Michnik und dem jetzigen polnischen Staatspräsidenten Walesa über die Frage, ob Polen ein homogener Staat sei oder nicht. Michnik wies darauf hin, daß in Polen beispielsweise Ukrainer und Deutsche lebten; und wenn es auch keine Juden mehr gebe, treffe man doch auf Antisemiten in Polen. Auch bei den Ungarn kann man ja die eine oder andere Frage in diesem Zusammenhang stellen.

Nun sind Polen und Ungarn im Grunde keine typischen heterogenen Nationalstaaten. Von daher könnten bei ihnen die Grundsätze von Rechtsstaat und Demokratie leichter verwirklicht werden, als dies unter Bedingungen wirklicher Heterogenität der Fall ist.

Hier sehe ich die Hauptaufgabe für ein gemeinschaftliches Europa, zu beweisen, daß in einem derart heterogenen Gebilde wie der Europäischen Gemeinschaft dennoch Rechtsstaat, Demokratie und Marktwirtschaft möglich sind.

Gleichzeitig müssen wir aber registrieren, daß es in diesem heterogenen politischen Gebilde eine Gegentendenz gibt, daß sich nämlich die Menschen unter ihresgleichen zu Hause fühlen wollen. Und mein Eindruck ist, daß es nicht so einfach ist, beides miteinander zu vereinbaren, wie dies von manchen behauptet wird. Um es zugespitzt zu formulieren: Wer sein Augenmerk auf die Stämme konzentriert, lenkt sie von der Freiheit ab.

Hier liegt mein größtes Problem bei der Wiederkehr der Nation im Sinne jener nach Geburt und Geschichte zusammengehörigen Völker. Der Ruf nach nationaler Gemeinsamkeit ist allzuoft verbunden mit Motiven, die ich sehr ungern in die europäische Geschichte zurückkehren sehe.

Das hat auch etwas mit dem Begriff der Selbstbestimmung zu tun, dem ich sehr skeptisch gegenüberstehe. Denn hinter der Forderung nach Selbstbestimmung verbirgt sich allzuleicht eine Haltung, die Usurpatoren dann für sich in Anspruch nehmen, wenn sie als Sprecher ganzer Völker auftreten und im Namen des ganzen Volkes Minderheiten, die in ihrem Bereich leben, niederhalten und benachteiligen.

Es ist kein Zufall, daß die meisten der sich als Staaten gerierenden neuen Gebilde in der Sowjetunion und in Jugoslawien in der Regel damit beginnen zu dekretieren, daß es nur eine Staatssprache gibt, nämlich die der Mehrheitsgruppe. Das ist bereits eine gefährliche Diskriminierung der Minderheiten. Vor allem aber heben solche Tendenzen den Zwang auf, Grundregeln festzulegen, nach denen sich Menschen unterschiedlicher Kulturen, Religionen oder ethnischer Zugehörigkeit gemeinsam richten. Solche gemeinsamen Grundregeln sind es, welche die offene Gesellschaft ausmachen.

Ich habe in der letzten Zeit viel darüber nachgedacht, wie man sich in einem Fall wie Jugoslawien verhalten sollte. Ich halte es im Prinzip für richtig, dort, wo wir es mit einem heterogenen Nationalstaat zu tun haben, zunächst alle friedlichen Möglichkeiten zu erkunden, um ihn in seinem Bestand zu erhalten. Ich gehöre also nicht zu denen, die es prinzipiell begrüßen, wenn sich überall kleinere staatliche Einheiten bilden, wenn zum Beispiel die Moldawier aus dem sowjetischen Staatsverband ausscheiden und dann die Gagausen aus dem moldawischen Staatsverband und wer weiß, wer sonst noch wo ausscheidet.

Auf der anderen Seite vertrete ich allerdings auch die Meinung, daß heterogene Nationalstaaten nicht mit Gewalt zusammengehalten werden dürfen. Wenn es mit anderen Worten überhaupt nicht mehr anders geht - aber nur dann;- , bin ich für den Weg zur Selbständigkeit. Dabei müssen dann aber einige Grundbedingungen erfüllt sein. Zum einen muß absolut klar sein, daß eine qualifizierte Mehrheit der Menschen - drei Viertel?, vier Fünftel?;- , die in der betreffenden Region leben, diesen Weg auch tatsächlich gehen will. Das läßt sich wohl relativ einfach feststellen.

Das entscheidende Kriterium für mich ist jedoch, daß diese neuen Gemeinwesen unabdingbar bestimmte Grundsätze in der Behandlung von Minderheiten einhalten. Diese Kriterien sollte sich die Europäische Gemeinschaft zum Maßstab nehmen, wenn es darum geht, die Anerkennung eines neuen Staates zu empfehlen. Ich jedenfalls würde es ablehnen, einen Staat anzuerkennen, der kleine oder große Minderheiten in seinem Innern systematisch in ihren Wirkungsmöglichkeiten beschneidet. Das aber ist beispielsweise sowohl in Lettland als auch in Kroatien der Fall.

Im übrigen würde ich, was die wirtschaftliche Kooperation und die breitere politische Zusammenarbeit angeht, noch weitergehende Bedingungen im Sinne der Demokratisierung und der marktwirtschaftlichen Entwicklung daran knüpfen.

Ich meine also, wir sollten es uns nicht zu leicht machen mit Ausdrücken wie "Europa der Regionen" und der Vorstellung, wenn alle wieder die Stämme hochhalten, wird das große Ganze das schon zusammenbinden. So einfach ist es nicht. Man blickt entweder in Richtung auf liberale, große, offene Gemeinwesen oder aber in Richtung auf kleine Nationen mit ihren Zusammengehörigkeiten und ihren kriegerischen Auseinandersetzungen. Das werden wir dann alles wiedererleben, so wie es teilweise heute schon der Fall ist.

Mlynar

Ich möchte mich zunächst zur Problematik des Mehrparteiensystems in den neuen Demokratien äußern. In dieser Hinsicht dürfte die Situation in der ehemaligen DDR wenig typisch sein. Dort wurde ein funktionierendes Mehrparteiensystem von der Bundesrepublik mehr oder weniger übertragen, und deshalb, so können wir beobachten, funktioniert es auch in den neuen Bundesländern.

Die spezifische Problematik des Mehrparteiensystems in den ehemaligen sowjetartigen Systemen sieht anders aus. Die Partei dort war jahrzehntelang im eigentlichen Sinne keine politische Partei als Teil eines pluralistischen Spektrums, sondern sie war im Grunde ein Organismus der Machthaber, die Verquickung der Machtelite mit der Gesellschaft. Der Zutritt zur Macht regelte sich über die Zugehörigkeit zur Partei. Und ohne Beziehung zur alles beherrschenden Partei konnte man in bestimmten sozio-professionellen Rollen überhaupt nicht arbeiten.

Als ich noch in der Tschechoslowakei lebte - bereits unterprivilegiert als Angestellter im Nationalmuseum;- , brauchte man in der entomologischen Abteilung- die sich also mit Insekten beschäftigt - einen neuen Leiter. Das Problem war, daß dafür kein Parteimitglied zur Verfügung stand. Folglich bestand man darauf, daß der Infragekommende der Partei beitrug. Andernfalls hätte man jemanden von außen holen müssen, der möglicherweise überhaupt nichts von Insekten verstand, aber Parteimitglied war.

Dieses Verhalten hat das Parteienverständnis jahrzehntelang geprägt, und ich fürchte, daß es auch heute noch Überbleibsel dieser überkommenen deformierten politischen Kultur gibt und daß auch ein Mehrparteiensystem in diesem Sinne verstanden wird. Das heißt, man schließt sich einer Partei an, die an der Macht ist, oder versucht, sich der Macht anzunähern durch eine andere Partei. Das eigentlich Problematische daran ist die Vorstellung, daß die Parteien, die nicht an der Macht sind, sondern in der Opposition stehen, im Grunde nicht Subjekte des politischen Lebens sind. Mit anderen Worten: Entweder habe ich die Macht, oder ich bin in der Politik erledigt. Diese Bipolarität ist für die Entwicklung eines Mehrparteiensystems ausgesprochen ungünstig. Das zeigt sich insbesondere in der Sowjetunion, deren politische Kultur noch anderen Einflüssen unterliegt.

Hinzu kommt, daß sich ein Mehrparteiensystem nicht ohne bestimmte andere Elemente des politischen Systems entwickeln kann. Dazu gehört beispielsweise ein Parlament, in dessen Rahmen Parteien ihre Rolle wahrnehmen können. Des weiteren bedarf es der Meinungsfreiheit und einer gewissen Toleranz gegenüber anderen Programmen, weil ohne diese Voraussetzungen die Parteien keine Koalitionsnotwendigkeiten sehen und nicht davon ausgehen, daß die heutige Opposition morgen Regierungspartei sein könnte und umgekehrt. Ferner muß sich ein Netz von Interessenverbänden und anderen Interessenvertretungen, unabhängig von den Parteien, entwickeln. Das alles muß mehr oder weniger gleichzeitig geschehen. Andernfalls besteht die Gefahr der Zersplitterung oder sogar Diskreditierung der Parteien. Dies war typisch für die Entwicklung, die in Polen und der Tschechoslowakei stattgefunden hat.

Zuerst gewinnt in einem Wettbewerb zwischen verschiedenen Parteien eine Partei, die aber an sich wieder eine Einheitsbewegung ist, eine Protestbewegung, die sich gewissermaßen auf den negativen Konsens der Gesellschaft stützt. Das heißt, die Gesellschaft weiß, was sie ablehnt. Das waren die großen Siege der Solidarnosc in Polen im Sommer 1989 und des Bürgerforums in der Tschechoslowakei im Sommer 1990. Aber wenn es dann darum geht, sich mit positiven Aussagen zu profilieren, setzt die Zersplitterung ein.

In der Tschechoslowakei - wahrscheinlich ist es in Polen ähnlich - würde Umfragen zufolge die stärkste Partei, die konservative Demokratische Union unter Finanzminister Klaus, nicht einmal mehr 20 Prozent der Wählerstimmen bekommen. Um eine Regierungskoalition zu bilden, müßte man also vier oder fünf Parteien zusammenbringen. Und das dürfte angesichts der Zersplitterung des Parteienspektrums sehr schwer sein. Die Folge dieser Entwicklung ist, daß das Parlament heute in der Tschechoslowakei keinerlei Vertrauen in der Bevölkerung genießt.

So wie es in der Wirtschaft nicht möglich ist, nur die Preise freizugeben und gleichzeitig Subventionen für die Landwirtschaft zu streichen und dann zu erwarten, es werde sich schon eine funktionierende Marktwirtschaft entwickeln, darf man im politischen Bereich nicht glauben, es reiche aus, ein Mehrparteiensystem zu schaffen und Meinungsfreiheit einzuführen und schon werde eine parlamentarische Demokratie funktionieren. Das alles wird sehr viel schwieriger.

Deshalb sehe ich, ähnlich wie Herr Mazowiecki, potentiell die Gefahr eines politischen Autoritarismus. Wenn die Einheitsfront gegen die kommunistische Diktatur zu zerbröckeln beginnt, gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder man beschafft sich eine Ersatzeinheitsideologie; das ist bei den kleineren Völkern der Nationalismus. In der Sowjetunion zeigt sich das in den Republiken, die bei sich Nationale Fronten organisiert haben. Diese national geprägten Organisationen in Georgien oder im Baltikum sind ihrem Wesen nach wieder Einheitsparteien. Die andere Alternative besteht in der Suche nach einer Autorität, nach einer starken Persönlichkeit.

Das hängt natürlich vor allem mit der generellen Zerstörung der politischen Kultur über viele Jahrzehnte zusammen, wobei zuzugeben ist, daß eine solche politische Kultur in vielen dieser Länder auch vorher nicht eben hoch entwickelt war. Es gibt Ausnahmen. Die Tschechoslowakei beispielsweise hatte schon 1918-1938 eine funktionierende parlamentarische Demokratie. Fest steht indes, daß der Aufbau der politischen Kultur ein sehr schwieriger und langwieriger Prozeß sein wird.

Altmann

Wir reden hier immer von einer Rekonstruktion der Gesellschaft, von Mehrparteiensystem, Interessenverbänden und so weiter. Bei dieser Betrachtungsweise übersehen wir, daß es zunächst darauf ankäme, die Einheit des Volkes wiederherzustellen. Dafür haben die Menschen in der DDR und auch in Polen optiert. Zugehörigkeit zu einer Partei und ähnliches sind alles Sekundärscheinungen, solange es an dem Grundzusammenhang fehlt.

Mlynar

Das Volk, Herr Altmann, ist entweder die Zivilgesellschaft, und dann ist es eine differenzierte Angelegenheit, oder es ist die Basis für eine Diktatur.

Engert

Was Sie für die ehemalige DDR sagen, trifft so nicht zu, Herr Mlynar. Das Parteiensystem funktioniert dort bislang nicht; die Parteien sind nicht populär, es gibt einen - als Contra zur früher erzwungenen Mitgliedschaft - Antiparteien-Effekt, die Parteien gewinnen keine neuen Mitglieder, sie verlieren alte in Scharen.

von Weizsäcker

Ich meine, Herr Engert, Herr Mlynar hat recht, wenn er sagt, die jetzige Parteienstruktur in der ehemaligen DDR, wie sich diese Parteien benennen und voneinander zu unterscheiden versuchen, sei das Ergebnis eines Exportes aus der Bundesrepublik. Wenn sich in den neuen mittel-osteuropäischen Demokratien keine große Zuneigung zu den neuen Parteien mit entsprechenden Mitgliedschaften entwickelt, dann spricht das noch nicht gegen sie. Warum soll sich denn eine Gesellschaft überwiegend in Parteien organisieren? Dazu waren sie von Haus aus gar nicht gedacht.

Jedenfalls ist das Parteiensystem, wie es vom Westen in den Osten Deutschlands exportiert wurde, in einer völlig anderen Lage als in der Tschechoslowakei oder in Polen.

Maier

Es gibt bei uns nicht so etwas wie die Tradition der Burg in der Tschechoslowakei, also eine Art überparteilichen präsidentialen Konsens des Präsidenten im Hradschin.

Ich würde hinzufügen: Die Mentalität des Runden Tisches hat sich in der DDR als Folge der Übertragung des westdeutschen Parteiensystems rascher aufgelöst, als das etwa in Ungarn oder in der Tschechoslowakei der Fall ist.

Gansel

Die These vom Export des westdeutschen Parteiensystems in die DDR teile ich so nicht. Die SDP, wie die Sozialdemokratische Partei in der DDR anfangs hieß, war eine authentische Gründung - trotz der West-SPD. Auch die DSU war weitgehend eine authentische Gründung, wenn auch mit starker Unterstützung der bayerischen CSU. Die CDU-West und die F.D.P.-West haben die entsprechenden Blockparteien drüben adoptiert und dadurch einen Prozeß ausgelöst - eine Erklärung für das Wahlergebnis vom 18. März 1990-, den ich als Selbstrehabilitation der Mehrheit der DDR-Wähler bezeichne. Mit der Blockpartei konnten sie gleichzeitig ihre eigene Vergangenheit und die Regierungspartei West wählen.

Die Aufspaltung und Neugründung von Parteien, Gruppierungen, Clubs und so weiter, wie wir sie in den anderen mittel-osteuropäischen Demokratien beobachten, ist der Ex-DDR durch die Vereinigung erspart geblieben.

von Weizsäcker

Sämtliche Wahlkämpfe des Jahres 1990 in der ehemaligen DDR sind doch von den Geschäftsstellen der Parteien in Bonn organisiert worden.

Gansel

Auch das stimmt nicht so generell. Aber der Export von Wahlkampftechniken, nicht einmal von Parteiprogrammen, bedeutet noch nicht den Export von Parteien.

Was das Volk angeht, Herr Altmann, so kann es zwar ein System stürzen; wenn es aber ums Regieren geht, dann ist eine Differenzierung durch die Parteien, wie Herr Mlynar es gesagt hat, unvermeidlich, ob es einem paßt oder nicht. Dieser Prozeß muß zur Regierungsfähigkeit des Parlaments führen, und das setzt in der Tat eine gewisse Kompromißfähigkeit zwischen verschiedenen Gruppen und Parteien voraus. Je stärker die Zersplitterung ist, je mehr an persönlichen Freundschaften und Feindschaften orientiert, um so schwieriger ist die Regierungsfähigkeit des parlamentarischen Systems zu erreichen.

Wenn es in den nächsten Jahren nicht gelingt, das Parteienspektrum so weit zu ordnen, daß einige wenige Parteien untereinander kompromißfähig werden, dann sehe ich in der Tat die Gefahr, die Herr

Mazowiecki beschworen hat, daß ein autoritäres System aus dem Chaos wächst als eine Folge der Selbstentmachtung des Parlaments, bedingt durch seine Unfähigkeit, stabile Mehrheiten zu bilden.

Dahrendorf

Ist es nicht bezeichnend, daß in den neuen Demokratien die Konstituierung einer wirksamen Mitte-Links-Partei so schwierig ist?

Maier

Polen exerziert es ja zur Zeit gerade durch, indem sich das breite Spektrum der Solidarnosc in einzelne Parteien auflöst.

von Schwarzenberg

Wenn Welten zusammenbrechen, ändern sich zwangsläufig auch die Parteienlandschaften. So ist die deutsche Parteienlandschaft nach dem Zweiten Weltkrieg völlig verschieden zu der, die vor 1933 bestand. CDU ist nicht gleich Zentrum, und auch die Sozialdemokratische Partei war nicht so leicht identifizierbar mit der alten SPD. Ähnlich verhält es sich auch in den anderen Ländern, die ihre Freiheit wiedererlangt haben. Wir können also nicht erwarten, daß die Parteien, die es vor dem Krieg in Polen, in Ungarn, in der Tschechoslowakei gab, einfach da wieder anknüpfen, wo sie aufgehört haben. Das schwache Abschneiden der kleinen Landwirtepartei, das totale Scheitern der Sozialdemokratie in Ungarn ist ein Beispiel dafür. Ähnliches läßt sich überall beobachten.

Genausowenig ist es aber möglich, daß unsere Länder die in mehr als 40 Jahren in Westeuropa entwickelten Modelle einfach übernehmen; dafür fehlt es an den entsprechenden Voraussetzungen. Parteien leben aus bestimmten sozialen, ideologischen und sonstigen Gegebenheiten, die bei uns nicht vorhanden sind. Das heißt, in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn und des weiteren in Bulgarien und Rumänien werden sich fraglos Gruppen entwickeln, die zu Parteien werden. Im Augenblick scheut man in diesen Ländern sogar das Wort Partei, weil man allzulange von der einen Partei beherrscht wurde. Aber das, was sich dort entwickelt, wird sich von dem, was im Westen existent ist, völlig unterscheiden.

Wenn Vertreter der Ebert-, der Adenauer- oder der Naumann-Stiftung nach Prag kommen, versuche ich ihnen zu erklären: Verehrte, liebe Freunde, was Ihr hier vorfindet, ist nicht einfach Euer Partner, der Euch genau entspricht, sondern da müßt Ihr mit ungefähr vier verschiedenen Gruppierungen reden, wenn Ihr überhaupt eine Ahnung davon haben wollt, wie sich die Dinge bei uns entwickeln.

Was hier stattfindet, ist ein Gärungsprozeß. Wir sollten vielleicht nicht vergessen, daß es sowohl in der Bundesrepublik wie in Frankreich etliche Jahre gedauert hat, bevor man die endgültige Parteienstruktur gefunden hatte. Das gleiche werden wir auch in den neuen Demokratien erleben. Am Ende werden wir mehr oder minder nationale, mehr oder minder rechte und mehr oder minder linke Parteien haben, die aber im Vergleich zu westlichen Ländern von ganz verschiedenen Ideen getragen werden.

Zum Teil leben natürlich Ideen wieder auf, die in Westeuropa im Laufe von 40 Jahren überwunden wurden. So mag es christlich-demokratische Gruppen geben, die in ihrer Grundeinstellung dem Zentrum in den 20er oder 30er Jahren ähnlicher sind als einer modernen christlich-demokratischen Partei. Ähnliches gibt es am liberalen und am linken Flügel. Da muß sich vieles erst entwickeln. Was hier entsteht, sind sicherlich auch Parteien völlig neuen Typus. Damit muß man sich abfinden und kann nicht erwarten, daß im Laufe von 18 Monaten eine wohlstrukturierte Parteienlandschaft vorhanden sein wird.

Lepenies

Wie geht es weiter mit den neuen Demokratien in Europa? Die Selbstsicherheit, die ich in unserem Kreis wahrnehme, bezieht sich auf das Ziel, auf die Motivlage der Beteiligten und auf die damit verbundenen Kosten.

Das Ziel hat Herr Dahrendorf eindrucksvoll beschrieben als den Weg zu Rechtsstaat, Marktwirtschaft, Bürgergesellschaft. Darüber läßt sich schwerlich streiten. Diese Elemente kann man mit einem Begriff von Paul Valéry zusammenfassen: Europäisierung der Welt. Fragt man nach den Konsequenzen dieses, wie Valéry es nannte, missionierenden und erobernden europäischen Geistes, dann wird man freilich, was diese ideale Zielvorstellung angeht, noch etwas Nachdenklichkeit aufbringen müssen.

Nehmen Sie in diesem Zusammenhang nur das Stichwort "Ökologie". Ich bin sicher, die Probleme, die damit angesprochen werden, erledigen sich nicht dadurch, daß man meint, wir hätten es schließlich nicht mehr mit dem Manchesterkapitalismus zu tun, sondern mit der sozialen Marktwirtschaft.

Die zweite Selbstsicherheit bezieht sich auf die Motivlage der Beteiligten. Ich bin nicht davon überzeugt- das macht auch unser Gespräch deutlich-, daß wir wirklich in der Lage sind, diese eindeutig zu beschreiben. Herr Mlynar beispielsweise erwähnte jene große Mehrheit in seinem Lande, für die die Marktwirtschaft im Grunde genommen die Legalisierung der protoindustriellen Hauswirtschaft bedeutet. Und Herr Bartoszewski, der eigentlich etwas gegen Mentalitäten sagen wollte, hat dann ein eindrucksvolles Plädoyer für die Bedeutung der Mentalitäten gehalten, als er von denen sprach, die sich gegen den Erwerb von Eigentum wehren und lieber für schlechte Arbeit eine schlechte Bezahlung akzeptieren, als Verantwortung zu übernehmen.

Die dritte Selbstsicherheit bezieht sich auf die Kosten der notwendigen Veränderungen. Wir, die wir davon überzeugt sind, das erstrebenswerte Ziel zu kennen, müssen denjenigen, die vom Übergang betroffen sind, klarmachen, daß sie vermutlich nicht nur kurzfristig, sondern auf mittlere Sicht mit einer Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse zu rechnen haben.

Ich meine, wir sollten unsere Selbstsicherheiten kritisch überprüfen. Vor allem müßten wir uns stärker ins Bewußtsein rufen, daß 40 Jahre - im Falle der DDR noch mehr - eines bestimmten Regimes Mentalitäten, psychische Dispositionen, Lebensstile produziert haben, die zwar teilweise auch gegen das Regime entwickelt worden sind, aber keineswegs nur die Antizipation unseres Lebensstils und unserer psychischen Dispositionen beinhalteten.

Ein Beispiel dafür ist der unterschiedliche politische Stil, der sich in der DDR und in der Bundesrepublik entwickelt hat. Wir hatten es in der DDR zu tun mit einem System der Überpolitisierung auf Seiten der Macht und einem System der Übermoralisierung auf selten der Opposition. Dieses moralisierende Element in der Politik hat sich in unser politisches System nicht hinüberretten können. Ich plädiere hier nicht dafür, Politik auf der Grundlage von Moralisierung zu betreiben. Hinweisen möchte ich auf die Kosten, die vor allem die oppositionellen Gruppen in der DDR betreffen und deren Höhe wir nicht richtig einschätzen. Denn ein beträchtlicher Teil der politisch sehr wichtigen Klasse in der ehemaligen DDR ist im Grunde aus der Politik ausgeschieden, Personen, die sehr engagiert in den Reformbewegungen mitgearbeitet haben und die nun erkennen mußten, daß sie ihren Politikstil im Westen nicht durchhalten konnten.

Nochmals zum Stichwort Mentalitäten. Wir wissen, daß es wenig hilft, wenn Herr Gorbatschow morgen in London erklären würde, die Sowjetunion werde jetzt europäisch und führe ohne Wenn und Aber die Marktwirtschaft ein. Dann fangen die Probleme doch erst an. Wie schafft man beispielsweise Mentalitätslagen, in denen man auf dem Weg zur Marktwirtschaft in einer solchen Gesellschaft tatsächlich vorankommt?

Ich will mit einer Anekdote schließen: Günter de Bruyn hat kürzlich erzählt, wie seine Mutter ihm als kleinen Jungen gelegentlich Gerichte vorsetzte, die er nicht kannte. Dann nahm er brav einen Löffel davon, schaute seine Mutter an und fragte: "Mutter, wie schmeckt mir das?" Ich bin nicht davon überzeugt, daß unsere Antwort immer und überall wie aus der Pistole geschossen lauten muß: "Gut, mein Junge, gut!"

Maier

Kollektive Selbstsicherheit ist sicher gefährlich, und man sollte sie vermeiden. Auf der anderen Seite leiden gerade wir Deutsche häufiger an kollektiven Selbstzweifeln. Zwischen dem Bild, das andere von uns haben - die schöpferische, die initiativenreiche Bundesrepublik der Jahre nach 1950- und unserem eigenen Bild der Bundesrepublik von heute besteht eine beträchtliche Diskrepanz. Die Wiedervereinigung hat sich im Westen Deutschlands auch ein wenig dahingehend ausgewirkt, daß wir plötzlich wieder eine Aufgabe spürten, daß unser fast schon vergessener und gefesselter Pioniergeist wieder herausgefordert war. Das würde ich ungern durch eine Ausbreitung der Kultur des Selbstzweifels erneut in Frage stellen wollen.

Wer scheidet aus, wer bleibt dabei? Auch bei uns hat es nach 1945 eine Phase gegeben, in der viele ausstiegen. Ich kann das aus der Geschichte der CDU an zahlreichen Lebensläufen beschreiben. Walter Dirks ist ein Beispiel, der zu den Mitgründern gehörte; Reinhold Schneider ist ausgestiegen, als es zur Wiederbewaffnung kam. Auch Karl Arnold und andere, die das Ahlener Programm vertreten hatten, waren nicht mehr dabei.

Doch die politische Basis war breit genug, daß dieser Verlust verkraftet werden konnte. Ich meine, man kann nicht erwarten, daß in der Politik immer alle zur gleichen Zeit im Boot sind. Es gibt

Augenblicke, wo man gezwungen ist, einen anderen Kurs einzuschlagen. Einige können dann nicht mehr mitmachen. Das ist unvermeidlich. Natürlich darf es nie dahin kommen, daß plötzlich eine Minderheit den Kurs angibt und der größte Teil der Bevölkerung aussteigt.

Wenn ich die Zeit nach 1945 selbstkritisch überblicke, so hätte ich mir 1949 vielleicht lieber eine Große Koalition gewünscht. Aber dann hat uns Adenauer davon überzeugt, daß es zu seiner Politik der Westintegration und der Marktwirtschaft kaum eine Alternative gab. Auch damals bestand die Option der Wiedervereinigung, und es gab die Überlegung, man müsse vieles offenhalten und einige Entscheidungen zurückstellen.

Ich habe den Eindruck, es wiederholt sich heute vieles. Ich ziehe ein wenig andere Lehren aus der Zeit nach 1949 als Herr Lepenies; aber alles, was er sagt, ist sehr zu bedenken.

Lepeñies

Meine Argumentation geht in eine etwas andere Richtung, Herr Maier. Ich traure nicht einer allumfassenden Großen Koalition nach, die nicht zustande kam, sondern ich erwähne einen Kostenfaktor, den wir nicht vernachlässigen sollten. Das weitgehende Ausscheiden engagierter Vertreter der Bürgerbewegung aus der Politik sehe ich im Kontext mit dem, was Herr Gansel die Selbstrehabilitierung der Blockparteien genannt hat. Das ist schon ein Problem.

Konrad

In Ungarn war das Wort Mehrparteiensystem lange Zeit ein geradezu magischer Begriff. In der offiziellen Presse hatte dieses Wort zuerst einen durchweg negativen Akzent. Das hat sich inzwischen mehr und mehr geändert, und jetzt ist man nahezu begeistert von den Vorzügen eines solchen Systems. Natürlich ist die oppositionelle Untergrundpresse immer schon für ein Mehrparteiensystem und freie Wahlen eingetreten.

Es gab auch einen Widerspruch zwischen Bewegung und Partei. Viele Menschen haben das Wort Partei mit der Kommunistischen Partei identifiziert und es deshalb abgelehnt. Denn die Omnipräsenz dieser Partei war entsetzlich. Man erinnerte sich auch früherer Erfahrungen, daß Parteien bestimmte Mentalitäten schaffen, die wiederum zu einem Identifikationszwang führen mit der Folge, daß die betreffende Person dann von ihrer Zugehörigkeit zu einer Partei absorbiert ist.

Nun waren die Ungarn schon immer eine Juristennation, die Grundsätze sehr ernst nahmen. Es gab die Gespräche am Runden Tisch, wo die Oppositionellen auf der einen Seite und die Kommunisten und Reformkommunisten auf der anderen Seite saßen. Dabei versuchten die verschiedenen Parteien, geradezu in einen Wettlauf um die Schaffung eines Grundgesetzes einzutreten.

Für viele Leute war das wirklich ein Drama. Sicher, die Opposition war auch früher nicht einheitlich gewesen, aber man hatte sich zumindest in Freundschaftskreisen verbunden gefühlt. Jetzt sah man sich plötzlich durch die verschiedenen Parteien entzweit; ehemals gute Freunde gingen sich aus dem Wege und betrachteten sich mit Mißtrauen.

Zugegebenermaßen hatte während der Zeit des kommunistischen Systems Opposition stets einen etwas dämonischen Beigeschmack. In der kommunistischen Presse war Opposition immer der Feind. Im Ungarischen besteht auch sprachlich eine enge Verbindung zwischen Feind und Opposition. Seltsamerweise hat sich diese Vorstellung irgendwie erhalten; Opposition, das ist immer noch etwas Feindliches.

Da alle Parteien unsicher in ihrer Rolle sind, können sich auch die Beziehungen zwischen ihnen nicht kollegial und harmonisch entwickeln. In gewissem Sinne haben die Rollen ihre Akteure gesucht. Ich kenne viele Leute, die früher gar nicht wußten, daß sie einmal Christdemokraten, Liberale, Sozialdemokraten, Konservative, Rechte oder Linke sein würden. Es war eine vollkommene Überraschung für sie selbst, als sie sich in diesen Rollen wiederfanden. Aber es gab die vorgeschriebenen Texte, verbunden mit entsprechenden Mentalitäten, und so fiel es ihnen gar nicht schwer, diese neuen Ideen anzunehmen, und nach kurzer Zeit haben sie wirklich geglaubt, daß sie das sind, was sie über sich sagen.

Das war schon lustig anzusehen, wenn es sich dabei um ehemalige Funktionäre handelte, engagierte Propagandisten des alten Systems. Die mußten schon einen sehr großen Sprung machen, um aus der Welt des Kommunismus - ja, wohin? - zu springen. Als bequemste Lösung bot sich natürlich der Nationalismus an. Ein kommunistischer Funktionär kann sich unschwer vorstellen, daß es eines starken Staates bedarf. Da kann man auch ohne weiteres die nationalistische Rhetorik weiterleben lassen. In allen diesen südosteuropäischen Ländern, in Rumänien, Bulgarien, Serbien, aber auch in

Slowenien und Kroatien kann man sehen, wie einfach es ist, von einem kommunistischen General zu einem glühenden nationalistischen General zu werden.

Wir haben auch freundschaftliche Diskussionen mit unseren tschechischen und polnischen Freunden geführt, die über ihren großen Sieg nicht wenig begeistert waren. Sie sind immer verführerisch;-, daß ihre Bewegungen in den Wahlen so phantastische Mehrheiten bekommen hatten, Solidarnosc in Polen, das Bürgerforum in der CSFR. Wir Ungarn waren da skeptischer.

Die Wahlen in Ungarn 1990 haben eine relativ stabile Bipolarität hervorgebracht, eine mehr konservative rechte Koalition auf der einen und eine mehr liberale Opposition auf der anderen Seite. Es gibt die Sozialisten, die ehemaligen Kommunisten, aber nicht den stalinistischen oder poststalinistischen Flügel, sondern die sogenannten Reformkommunisten, die in den letzten 20 Jahren, das muß man anerkennen, einige Entwicklungen in unserer Gesellschaft in Gang gebracht hatten. Das Wort Marktwirtschaft wurde bereits seit 20 Jahren akzeptiert. Es gab wirkliche Unternehmer und Eigentümer und nicht nur eine Schattenwirtschaft, sondern auch eine legale Privatwirtschaft.

Natürlich können wir nicht über unsere Schatten springen, und von nichts kommt nichts, wie es so schön heißt. Mag sein, daß sich die Voraussetzungen für marktwirtschaftliche Tendenzen in Ungarn ein wenig verbessert haben. Viele Bauern und auch Arbeiter sind allmählich zu kleinen Unternehmern geworden, und auch vor der Intelligenz hat diese Entwicklung nicht haltgemacht.

Es war die Frage, woher die beiden neuen Klassen, die politische Klasse und die neue Bourgeoisie, sich rekrutieren. Ironischerweise hat der Machtwechsel den Intellektuellen die Macht in die Hand gegeben. Es ist schon fast ein wenig bizarr, daß jetzt überall die Schriftsteller zu Präsidenten, Botschaftern oder Ministern geworden sind. Im ungarischen Parlament gibt es allein 40 Historiker und natürlich auch diverse Schriftsteller und Philosophen. Das mag für einige Zeit seinen Charme haben, ist aber auf längere Sicht kaum sehr gesund. Da halten Historiker und Schriftsteller lange historische Lektionen im Parlament, das vielleicht nicht der geeignete Ort dafür ist, auch wenn sie Minister, Präsidenten oder Ministerpräsidenten sind. Mitunter sind sie auch etwas skurril und verwechseln Privatmeinungen mit öffentlicher Konsensbildung. Denn die Intellektuellen legen natürlich Wert auf individuelle Ansichten, was nicht unbedingt die Aufgabe von Berufspolitikern ist.

Auf diese Weise hat man eine Art Nationaltheater geschaffen. Das Fernsehen zeigt ausführlich, was im Parlament passiert, und die älteren Leute, die schon im Ruhestand sind oder diejenigen, die erst später zur Arbeit müssen, schauen dem parlamentarischen Spektakel zu, haben ihre Stars und Lieblinge. 80jährige Damen hassen diesen Abgeordneten und lieben den anderen. So sind sie wirklich wie Schauspieler. Die Meinungsforscher haben jetzt ermittelt, daß die sympathischste und erfolgreichste Partei gegenwärtig der Verband der Jungdemokraten ist. Einer Umfrage zufolge würden sie auf vielleicht 34 Prozent der Stimmen kommen. Im Parlament haben sie zur Zeit weniger als 10 Prozent und verfügen auch noch über fast keine Organisation. Aber ihre Galionsfiguren sind klug, schön und lieb. Alle Großmütter stimmen für sie.

Interessanterweise hatten in den Parlamentswahlen das Ungarische Demokratische Forum und die konservativen Nationalpopulisten den Sieg errungen, während ein halbes Jahr später bei den Lokal- und Regionalwahlen der Verband der Freien Demokraten und die Jungdemokraten einen großen Sieg davontrugen. So ergibt sich gegenwärtig ein gewisses Gleichgewicht zwischen Regierungskoalition und Opposition, weil die Opposition die lokale Macht innehat. Das ist nicht ganz unproblematisch, weil beide Ebenen ständig gegeneinander arbeiten, was auf die Dauer nicht eben gesund ist.

Dann noch zur Frage, woher die neue Bourgeoisie kommen soll. Man könnte natürlich die ehemaligen Eigentümer und Besitzer ansprechen. Aber die politische Klasse war im Grunde gegen eine solche Reprivatisierung, am entschiedensten vielleicht die Jungdemokraten, die der Ansicht waren: Warum sollen wir aus dem Staatsbudget diesen alten Herren etwas zahlen und die Zukunft mit deren Vergangenheit belasten? Nur die kleine Landwirtpartei, die nach dem Kriege zunächst eine absolute Mehrheitspartei gewesen war, trat für die Reprivatisierung ein. Alle anderen Parteien waren in diesem Punkt verhalten bis ablehnend. Aber dieser Streit belastet die politische Szenerie und verhindert, daß die notwendigen Gesetze über Eigentum und andere wichtige wirtschaftliche Fragen zustande kommen.

Zusätzlich stellt sich dieses Problem jetzt auch im Zusammenhang mit den Kirchen. Dort hat man einer weitgehenden Reprivatisierung stattgegeben. So müssen zum Beispiel die ehemals kirchlichen Schulen zurückgegeben werden. Nun waren aber in Ungarn vor der Verstaatlichung 70 Prozent aller Elementarschulen konfessionell. Wenn die jetzt alle wieder an die Kirche zurückgehen, schafft man in diesem wichtigen Bereich den Laizismus, also die Trennung von Kirche und Staat, praktisch wieder ab.

Hinzu kommt, daß der ungarische Staat von der Tradition her immer stark ideologisch geprägt war. Das lebt weiter, auch wenn sich die Rhetorik geändert hat. Aber der starke Etatismus bleibt ein Hauptproblem. Und wenn in Ungarn im Augenblick 96 Prozent und in Zukunft, sagen wir, 80 Prozent der Produktionsgüter dem Staat gehören, bleibt es immer noch sehr schwierig, sich die neue Bourgeoisie vorzustellen. Gehört dazu dann der ehemalige Funktionär, der zeitig das Fach gewechselt hat? Oder sind es die neuen politischen Freunde, die in der neuen Bürokratie die Plätze einnehmen? Das heißt, der Privatisierungsprozeß ist in sich sehr uneinheitlich, und das bringt in der ganzen Gesellschaft einen bitteren Nachgeschmack. Es gibt die neuen Reichen, Millionäre, und es gibt die Obdachlosen, und die soziale Empfindlichkeit ist gegenwärtig nicht sehr entwickelt.

Schließlich hängen damit ja auch die Auslandsschulden irgendwie zusammen. Die kommunistische Regierung hat mehr als 20 Milliarden Dollar Schulden hinterlassen. Unser kleines Land muß jedes Jahr riesige Zinsbeträge zahlen; die Hälfte der Exporteinnahmen geht für diesen Schuldendienst drauf. Das macht einen großen Sprung nach vorn fast unmöglich. Die Folge ist eine generelle Ablehnung der Politik, so wie es Herr Mlynar sagte. Viele Menschen fühlen sich bitter enttäuscht. Manche trauern auch der alten Sicherheit nach, die sie heute nicht mehr haben.

Dennoch sehe ich auch eine positive Entwicklung. Es gibt eine neue politische und eine neue unternehmerische Klasse. Diese neuen Politiker, nicht nur auf Landesebene, sondern vor allem auch in den Dörfern und Kleinstädten sind ziemlich wichtige Figuren. Der Herr Abgeordnete in einem kleinen Dorf, vielleicht ein Lehrer, ein Schlosser oder ein Metzger, sind verehrte Personen. viele Fernsehzuschauer überall im Land, auch in den kleinen Städten, werden auf der Straße nach ihrer Meinung zu dieser oder jener Angelegenheit gefragt. So gibt es ein gewisses Feedback. Von daher sollte man einem autoritären Antiparlamentarismus keine großen Chancen einräumen.

Hinzu kommt, daß die Opposition die Schaffung eines Präsidialsystems scharf abgelehnt hat. Man bevorzugte statt dessen einen repräsentativen Präsidenten wie in Deutschland oder in Italien. Man wollte also eine Machtkonzentrierung in der Hand eines direkt gewählten Präsidenten verhindern, weil das eine Gefahr für den Parlamentarismus sein könnte.

Trotz aller Schwierigkeiten und Probleme haben wir in Ungarn jetzt eine relativ stabile parlamentarische Demokratie. Mitunter hört man aus anderen Ländern, wir seien bereits eine langweilige Schweiz geworden. Das ist sicher übertrieben. Aber ich würde sagen, allzu besorgt braucht man über uns nicht zu sein.

Mazowiecki

In Polen gibt es, was die Parteienproblematik angeht, eine ähnliche Situation wie in Ungarn.

Wir waren uns durchaus bewußt, daß Solidarnosc als eine große Protestbewegung sich verändern würde und nicht auf die Dauer eine Protestbewegung bleiben könne. Aber man war der Meinung, das würde auf ganz natürlich Weise und nicht mit so scharfen Auseinandersetzungen vor sich gehen, vor allem etwas länger dauern.

Schon vor den Präsidentschaftswahlen Mitte 1990 ist es zur Teilung gekommen, die während des Wahlkampfes recht scharfe Züge annahm. Dabei ging es aber weniger um ideologische Prinzipien - Sozialdemokraten, Christdemokraten, Liberale;-, sondern mehr um eine unterschiedliche Vision der Demokratie und des politischen Stils. Daran hat sich bis heute wenig geändert. Aus der Solidarnosc haben sich also verschiedene Strömungen oder Parteien gebildet. Die jetzige Lage in Polen ist deshalb sehr kompliziert und für Außenstehende nicht leicht zu verstehen.

Die Partei, die wir gegründet haben, die Demokratische Union, ist eine Partei und Koalition zugleich aufgrund der verschiedenen Flügel, die es bei uns gibt. Dann gibt es das Zentrum, das ist die andere Seite der Solidarnosc, die sich teilweise als Christlich-Demokratische Partei bezeichnet, aber einen neuen Typus repräsentiert. Ihre Anhänger haben sich früher jedenfalls nicht zu diesen Prinzipien bekannt. Ich sage das ohne Ironie. Mehr auf der rechten Seite finden wir die Christlich-Nationale Vereinigung, in der Mitte kommen die Liberalen und mehr links die sozialdemokratische, sozialliberale Bewegung. Außerdem gibt es noch drei Bauernparteien und solche Parteien, die an historische Traditionen anknüpfen, wie die KPN, die Konföderation Unabhängiges Polen, die sich zur Tradition von Marschall Pilsudski bekennt. Ferner gibt es die sehr kleine Polnische Sozialistische Partei, die an der Tradition der alten Sozialistischen Polnischen Partei festmacht. Die restlichen Parteien schenke ich mir in dieser Aufzählung.

Aus der Solidarnosc haben sich also die Demokratische Union, die Liberalen - eine kleine, aber einflußreiche Partei, die gegenwärtig den Ministerpräsidenten stellt;- , das Centrum und die Christlich-

Nationale Vereinigung entwickelt. Nach wie vor ist diese Teilung nicht ideologisch bedingt, sondern gründet sich auf die Verschiedenheit von demokratischer Vision und politischem Stil.

Wenn wir jetzt Besuch aus dem Westen bekommen, etwa von Politikern aus der Bundesrepublik, dann fragt man uns: Welcher Partei stehen Sie näher, der CDU, der SPD oder den Liberalen? Wir könnten Sie unterstützen, wenn Sie sich uns annähern. Oder: Für wen werden Sie im Europäischen Parlament votieren? Alles sehr ernste Fragen. Aber was sollen wir antworten? Niemand vermag zu sagen, wie sich bei uns die politische Geographie entwickeln wird.

Aufgrund unserer Vergangenheit haben wir große Schwierigkeiten bei der Bildung der Parteien. Viele Leute zeigen eher ein politisches Desengagement. Sie haben sich vorher in einer breiten demokratischen Bewegung wohler gefühlt als jetzt, wo man sich konkret für eine Richtung entscheiden muß. Im Grunde will man sich gar nicht so festlegen; man hat seine Freunde in sehr verschiedenen Lagern. Mit anderen Worten: Es ist offen, wie sich die Dinge bei uns entwickeln werden. Auch im Westen haben wir unsere Freunde in der CDU, in der SPD, bei den Liberalen, in Frankreich bei den Sozialisten und bei den Gaullisten und in Italien ebenfalls in verschiedenen Parteien.

Ich kann nur mit einem Fragezeichen enden: Was erwartet man von uns, beziehungsweise was können wir von Ihnen in dieser Situation erwarten?

Reiter

Ich will einige Anmerkungen zu den Beziehungen zwischen den Ländern Mitteleuropas und der Sowjetunion machen. Was ich bei vielen Gesprächen in Deutschland immer wieder deutlich zu machen versuche, ist, daß es in Polen keine antisowjetische Obsession gibt. Wir haben wirklich nicht im Sinn, der Sowjetunion Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Das ist ein mühseliges Stück Arbeit, dies den Leuten glaubhaft zu machen. Weder die Regierung Mazowiecki noch deren Nachfolger haben eine antisowjetische Politik betrieben. Im Gegenteil, es läßt sich nachweisen, wie sehr Polen auf die sowjetischen Empfindlichkeiten Rücksicht genommen hat.

Ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin, in Polen ist man sich selbstverständlich darüber im klaren, daß wir jetzt nicht einfach Mitglied der NATO werden können. Ich habe in Deutschland aber auch schon die besorgte Frage beantworten müssen, ob wir denn nicht die Sowjetunion provozieren würden, wenn wir der EG beitreten wollen. Diese Frage wurde mir von politisch denkenden Menschen allen Ernstes gestellt.

Herr Schröder hat sich sehr skeptisch zur KSZE geäußert. Ich verstehe seine Skepsis, möchte aber zu bedenken geben, daß wir die KSZE nach wie vor brauchen, um die Sowjetunion in die europäische Politik einzubinden. Was bedeutet das aber? Wer soll diese Einbindung leisten? Alle 35 oder 34 KSZE-Staaten zusammen, oder soll die Initiative von einzelnen Staaten ausgehen, von Portugal etwa oder von Dänemark?

Ich meine, da kommt es vor allem auf die Mitwirkung der direkten Nachbarn der Sowjetunion an, also auf Polen, die Tschechoslowakei und auch auf Ungarn. Aber wie soll Polen die Sowjetunion einbinden helfen, wenn unser Land selber nicht fest eingebunden ist? Wie sollen wir der Sowjetunion helfen, festeren Boden unter die Füße zu bekommen, wenn Polen selbst in den europäischen Strukturen noch keinen festen Boden hat? Die Einbindung Polens und der anderen mitteleuropäischen Länder ist also keineswegs gegen die Interessen der Sowjetunion gerichtet, sondern liegt im Gegenteil im Interesse der Stabilität der Sowjetunion selbst.

Wenn Polen - und unserem Land kommt hier eine zentrale Stellung zu - in dieser Hinsicht wirken soll, muß es selbst Stabilität entwickeln. Dazu sind wir jedoch aus eigener Kraft nicht imstande, sondern brauchen dafür die Beteiligung an den europäischen Integrationsprozessen. Wenn diese Bedingung erfüllt ist, besteht nicht die Gefahr, daß die alten geopolitischen Dämonen zurückkehren. Für Polen ist der EG-Beitritt die beste Garantie dafür, daß die Spielregeln der traditionellen Geopolitik in Mitteleuropa nicht mehr gelten.

Sicherheit in der mittel-osteuropäischen Region ist heute weitgehend eine Frage der wirtschaftlichen Prosperität. Und Vertreter vor allem der kleineren Völker, auch der westlichen Republiken der Sowjetunion, betonen immer wieder: Wenn bei euch die Reformversuche scheitern, dann haben wir überhaupt keine Chance. Wirtschaftliche Stabilität aber läßt sich in der Sowjetunion - ob in Rußland, im Baltikum, in der Ukraine oder in Weißrußland - nicht herstellen, wenn sie nicht in Mitteleuropa gegeben ist.

Was kann konkret getan werden? Auf jeden Fall muß die Infrastruktur ausgebaut werden, um Westeuropa mit der Sowjetunion zu verbinden, und das geht nur unter Einbeziehung Mitteleuropas. Das wird sich aber nicht von selbst entwickeln. Zur Zeit laufen ehrgeizige Programme in den neuen Bundesländern, deren Ergebnisse noch nicht absehbar sind. Verständlicherweise sind die Menschen in Ostdeutschland ungeduldig. Aber wenn sich die Dinge dort so weiterentwickeln, werden wir in vielleicht ein oder zwei Jahren vor der Situation stehen, daß das wirtschaftliche Ost-West-Gefälle noch drastischer sichtbar wird. Dann werden nämlich die schnellen Zugverbindungen, die funktionierenden Telefonnetze, die Autobahnen an der Oder und Neiße Endstation haben.

Heute sind die Disparitäten noch nicht so gravierend. Aber das Entwicklungstempo in Deutschland-Ost wird den Menschen in Polen das Gefälle noch deutlicher vor Augen führen. Wie gesagt, durch Reden allein läßt sich das nicht ändern.

Auch in dieser Hinsicht stimmen die Interessen der Sowjetunion und der mitteleuropäischen Länder im Grunde genommen überein. So liegt es beispielsweise durchaus in unserem Interesse, daß die Sowjetunion in die europäische Energiewirtschaft mit einbezogen wird oder daß die gesamte Infrastruktur einschließlich Verkehrsnetz in Richtung Osten ausgebaut wird. Ich meine, das müßte in der Zukunft Priorität haben. De facto kommt Polen dabei in manchen Bereichen eine Art Mittlerrolle zu.

Lassen Sie mich mit einer kleinen Anekdote abschließen: Mir ist vor einem halben Jahr in Warschau von seriösen Leuten von einem Geschäft berichtet worden, bei dem eine polnische Privatfirma zwischen einer sowjetischen Kooperative und einem italienischen Unternehmen vermittelt hat. Es ging um sowjetische U-Boote, die abgewrackt werden sollten, wozu die Sowjetunion nicht imstande war; man hätte sie lediglich versenken können. Die polnische Firma hat bei den Sowjets angefragt, was sie für die U-Boote haben wollten. Bei uns ist alles Mangelware, war die Antwort, aber Südfrüchte sind besonders gefragt. Daraufhin reisten die Polen nach Italien, fanden dort einen Partner, der an den U-Booten interessiert war. Auf diese Weise kam ein Tauschgeschäft zustande: 1 Kilo U-Boote gegen 1 Kilo Orangen. Die polnische Firma hat dabei eine Provision von 15 Prozent kassiert. Alle drei waren sehr zufrieden.

Lebahn

Wurde die Provision in Kilogramm U-Boote oder in Kilogramm Orangen ausgezahlt?

Maier

Wenn man die Anekdote hört, wundert man sich nicht über die Farbigkeit der polnischen Literatur.

Bartoszewski

Ich teile die Einschätzung von Herrn Reiter, daß ein stabiles Polen auch im Interesse der Sowjetunion liegt. Es bleibt nur zu hoffen, daß die Sowjetunion derselben Meinung ist. Nicht immer nämlich haben die großen Staaten der Welt in der Geschichte des 20. Jahrhunderts gewisse Binsenweisheiten rechtzeitig begriffen.

Polen will mit der Sowjetunion verhandeln, um die bilateralen Beziehungen mit dem großen östlichen Nachbarn auf einer neuen Ebene zeitgemäß festzulegen. Es ist kein Staatsgeheimnis, daß Herr Falin am vergangenen Freitag in Warschau weilte; er wird sicher nicht nur unsere Museen besucht haben. Außerdem übersehen wir nicht, daß die Sowjetunion, wie man in Warschau kolportiert, ein riesiger Pufferstaat zwischen uns und China ist und uns vor der bösen chinesischen Entwicklung schützt.

Herrn Dahrendorf kann ich mein Ehrenwort geben, daß ich wie viele andere halbwegs denkende Polen nicht für einen national homogenen polnischen Staat bin. Ich bin aber auch nicht unbedingt für einen national heterogenen Staat. Vergessen Sie nicht, 1939 haben ein national homogener Staat, Deutschland, vom Westen und ein national heterogener Staat, die Sowjetunion, vom Osten mein Land auf der Landkarte Europas ausgelöscht und in guter Vereinbarung die polnische Oberschicht planmäßig ausgerottet. Die Lehre, die ich daraus ziehe, ist, daß es entscheidend auf die moralischen Prinzipien und menschlichen Werte ankommt. Es gibt hier kein einheitliches überall anwendbares Modell.

Wären zum Beispiel die Beneluxstaaten vor 70 Jahren zwangsweise zusammengeschlossen worden mit einer Zentralregierung in Den Haag oder Brüssel, dann würden sie heute möglicherweise nicht so freundschaftlich miteinander umgehen. Es gibt nämlich Unterschiede in der Psychologie der Völker, die man nicht außer acht lassen sollte. Meine Hoffnung ist, daß die jetzt miteinander verfeindeten

Völker und Staaten Südosteuropas und Osteuropas eines Tages ähnlich friedlich miteinander leben werden, wie das in Westeuropa jetzt der Fall ist.

Herrn Dahrendorf stimme ich voll zu, daß die Rechte der nationalen Minderheiten garantiert sein müssen. Auf der anderen Seite bleibt zu überlegen, ob die sowjetrussischen Garnisonen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, die amerikanischen Garnisonen in Bayern oder die sowjetrussischen Besatzungstruppen mit Familien in Lettland und Estland in diesem Sinne als nationale Minderheiten zu verstehen sind.

Was die Mentalitäten in Ungarn und in Polen angeht, hat mein Freund György Konrad die psychologische Situation in Ungarn eingehend geschildert. In Polen ist es ähnlich, aber nicht identisch. Ich will nur ein Beispiel geben: Als der sogenannte "polnische" Papst im Sommer 1983 Polen besuchte, war Konrad gerade bei mir in der Wohnung in Berlin, und wir haben das Ereignis im Fernsehen verfolgt. Eine solche Menschenmenge, meinte er, könnte man in Ungarn nicht ohne materielle Interessen auf die Straße bringen . . .

Noch kurz zur Parteienlandschaft. Wie in der DDR wurde durch die Satellitenparteien aus der Zeit vorher in Ungarn viel Verwirrung geschaffen, wie auch immer man sie - zu Recht oder zu Unrecht - eingeschätzt hat. Es gab solche Parteien auch in Polen, zwei davon waren sogar im Parlament repräsentiert. Ähnlich verhielt es sich in einigen anderen Ostblockländern, nicht in allen. Die Folge war, daß sich viele Menschen vorübergehend total von allen Parteien distanziert haben.

Tadeusz Mazowiecki, mein alter Freund, ist ein großer Moralist und ein bedeutender Mensch. Ich bin kein so großer Moralist, und ich bin auch kein Parteivorsitzender. Deshalb kann ich mir die Freiheit nehmen zu sagen: Die anständigen Leute haben zweifellos Identitätsprobleme mit einer Parteizugehörigkeit; sie halten sich zurück, distanzieren sich von alten Freunden und legen ihre Verbindungen aus der Vergangenheit ab. Die weniger anständigen Leute zeigen sich dagegen völlig unberührt und sehen zu, daß sie an die westlichen Kassen herankommen. Es wird einige Zeit dauern, bis wir begreifen, was ein funktionsfähiges Parteiensystem für die Demokratie bedeutet und wie die verschiedenen politischen Parteien miteinander umgehen müssen.

Engert

Wir haben uns angewöhnt, die Sowjetunion und die ost- und mitteleuropäischen Staaten nach wie vor als eine Einheit zu sehen. Dabei wird leicht verkannt, welche Sonderentwicklungen diese Länder auch unter den Bedingungen des real existierenden Sozialismus vollzogen haben, so daß jetzt die Selbstfindungsprozesse dort auf sehr unterschiedliche Weise ablaufen. Diese Differenzierung nehmen wir auf westlicher Seite kaum wahr, was Herr Mazowiecki mit der eher verlegenen Bemerkung umschrieb: Wie hätten Ihr uns denn gerne? Ich meine, wir sollten im Westen sehr viel stärker die Traditionen und Prägungen in diesen Ländern mit berücksichtigen, wenn wir ihnen sinnvoll helfen wollen.

Der erste Ministerpräsident der DDR, de Maizière, hat mir einmal gesagt: "Ich werde die Jahrzehnte DDR bis an mein Lebensende nicht aus dem Anzug schütteln können." Prägungen, Denk- und Verhaltensweisen als politische Faktoren. Wir dürfen sie nicht vernachlässigen. Wir sind immer nur darauf bedacht, daß sich diese Länder in unserem Sinne "paßgerecht" verhalten, ohne ihre Besonderheiten zu werten und zu berücksichtigen.

Schröder

Kurt Tucholsky hat einmal gesagt: In der Brust eines jeden russischen Muschiks wohnt ein Gefühl für die Freiheit. Ich wage zu behaupten: In der Brust fast eines jeden russischen Muschiks wohnt auch ein Gefühl für seinen eigenen Vorteil. Anderenfalls wäre es nicht zu erklären, wie produktiv russische Bauern ihre kleinen privaten Parzellen bearbeiten.

Der Sozialismus ist gescheitert, weil es den neuen Menschen nicht gibt; der alte Adam ist von Natur aus kapitalistisch. Adam Smith hat gesagt, daß aus der Wahrnehmung der Vorteile vieler einzelner der Wohlstand der Nationen erwächst. Deshalb braucht man in Osteuropa und in der Sowjetunion nicht so sehr neue Ideen oder neue Mentalitäten, sondern vor allem Kapital. Die Frage ist: Wie kommt das Kapitel in die Hände von Leuten, die damit vernünftig umgehen können?

Die Geschichte von Ländern wie Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn wurde zumindest in den letzten dreihundert Jahren von den sie umgebenden Großmächten bestimmt, von Rußland, Preußen-Deutschland, Österreich-Ungarn. Viele Fehlentwicklungen und Katastrophen sind aus diesen Abhängigkeiten und Reaktionen darauf zu erklären. Diese Geschichte ist vorbei, bedingt durch den

Zusammenbruch der sowjetischen Vorherrschaft, der, vereinfacht gesagt, durch die Attraktivität des westlichen Systems hervorgerufen wurde.

Jetzt entsteht eine neue Geschichte mit anderen Koordinaten. Preußen-Deutschland besteht nicht mehr; Deutschland in seiner heutigen Verfassung ist ein nichtaggressiver, aufgeklärter Nationalstaat. Die österreichisch-ungarische Monarchie gibt es ebenfalls nicht mehr. Auch die Sowjetunion wird es in ihrer alten Form bald nicht mehr geben. Rußland befindet sich auf einer Gratwanderung zwischen westlichem Rationalismus und Liberalismus und großrussischem Mystizismus und Nationalismus. Unsere Aufgabe ist es, jene Tendenzen dort zu befördern, die sich mehr zum westlichen System hin orientieren. Das käme der ganzen Entwicklung Mitteleuropas zugute. Auf diese Weise würde die Bedrohung durch den gewaltigen Koloß im Osten abnehmen.

Zugleich sollte man aber die mittel-osteuropäischen Länder stärker in ein europäisches Sicherheitssystem einbetten. Ich meine, hier liegt eine große Aufgabe für die EG, die ihr vorrangiges wirtschaftliches Denken einmal zurückstellen und Perspektiven für diese Länder entwickeln müßte, um ihnen das Gefühl der Sicherheit und des Dazugehörens zu vermitteln.

Wenn diese Entwicklung gelingt - was ja keineswegs sicher ist;- , dürften unter dem Einfluß westlicher Ideen die Staaten geschwächt und die Gesellschaften gestärkt werden, was dazu führen könnte, daß der Antagonismus der Mächte nachläßt. Eine solche Entwicklung würde den mittel-osteuropäischen Ländern ungemein zugute kommen. Es könnte daraus so etwas wie eine Konvergenz der Gesellschaften entstehen aufgrund der ähnlichen Strukturen industrialisierter Gesellschaften und pluralistischer Demokratien, was etwa die Entstehung politischer Parteien oder politischer Kulturen angeht. Das hat mit Gleichschaltung nichts zu tun. Denn die Inhalte dieser politischen Kulturen werden sich weiterhin unterscheiden entsprechend der verschiedenen Traditionen und Mentalitäten.

Schlecht

Ich komme zurück auf die ökonomische Seite der Systemtransformation. Die Diskussion um den Dritten Weg hat da einige Unklarheiten und Mißverständnisse hervorgerufen. Herr Mazowiecki hat betont, Polen habe sich für die Marktwirtschaft entschieden und nicht für einen Dritten Weg.

Vor kurzem hat mir der tschechoslowakische Finanzminister Klaus gesagt: Ihr redet bei euch von sozialer Marktwirtschaft; wir wollen nur Marktwirtschaft. Denn der Zusatz "sozial" wird bei uns als "sozialistisch" verstanden, und eine sozialistische Marktwirtschaft wollen wir nicht.

Ich bekenne, daß ich in den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1990 emphatisch und apodiktisch geschrieben hatte: Die soziale Marktwirtschaft ist der Dritte Weg zwischen dem alten Kapitalismus und dem gescheiterten Sozialismus. Vielleicht war das etwas mißverständlich. Die Botschaft, die damit verbunden war, sollte sowohl für den deutschen Einigungsprozeß wie für die Reformländer in Mittel-, Ost- und Südosteuropa lauten: Laßt ab von der Vorstellung, es gebe eine Mischung zwischen Elementen der zentralen Planwirtschaft und Elementen der Marktwirtschaft. Das war es, was man früher als Dritten Weg bezeichnete. Und es ist völlig richtig, wenn man in diesen Ländern heute sagt, das genau wollen wir auch nicht. Aber so sehr die Mischung ein Holzweg wäre, so sehr müssen diese Länder auch aufpassen, daß sie nicht ins andere Extrem fallen und meinen, der ungebändigte Kapitalismus sei das Richtige.

Die Idee einer sozial abgesicherten Marktwirtschaft ist auch in den Ländern des ehemaligen Ostblocks das erfolgsversprechendste Konzept. Das heißt, die Vorteile des Marktprozesses, der dezentralen Entscheidungen über Marktpreise für optimale Produktion und Verteilung zu nutzen, aber gleichzeitig das ganze System durch eine staatliche Rahmenordnung, durch Sicherung des Wettbewerbs, durch Bereitstellung von Infrastruktur, durch soziale Ausgleichsmechanismen, durch Umweltschutz abzusichern, damit die Vorteile des dezentralen Präferenzsystems nicht in Widerspruch zu den sozialen Zielen und - was ich für noch wichtiger halte - zur Freiheit der anderen geraten.

Dabei kommt es vor allem darauf an, die konstituierenden Prinzipien zu wahren, das heißt freie Marktpreisbildung mit Vertragsfreiheit, stabiles Finanz- und Geldwesen, Sicherung des Wettbewerbs auch bei Entflechtung und Privatisierung. Nicht zuletzt Dominanz des Privateigentums; denn es hat sich gezeigt, daß man Kompetenz und Haftung nicht trennen kann. Kollektiveigentum führt zur kollektiven Verantwortungslosigkeit, wie wir in den sozialistischen Systemen zur Genüge erfahren haben.

Ich will in diesem Zusammenhang noch einmal betonen: Eine sozial gestaltete Marktwirtschaft ist kein geschlossenes, sondern ein offenes System. Die konkrete Ausgestaltung dieses Systems ist ständigen Änderungen unterworfen, was letztlich bei jedem Regierungswechsel deutlich wird, wenn die Prioritäten dann etwas anders gesetzt werden. Deshalb kann die Botschaft an die Reformländer

auch nicht lauten: Greift auf ein bestimmtes existierendes System zurück. Abgesehen von den konstituierenden Grundelementen, die unabdingbar sind, kommt es für die konkrete Ausformung in der Sozial-, Finanz- und Wirtschaftspolitik durchaus darauf an, die besonderen Bedingungen eines Landes, auch seine sozio-kulturellen und religiösen Traditionen, zu berücksichtigen.

Um ein Beispiel zu nennen: Ich würde den Ländern der Sowjetunion, zumindest Rußland, raten, bei einer prinzipiellen Anerkennung von Privateigentum sehr viel stärker auf das Genossenschaftswesen zu setzen, weil dies der dortigen Mentalität eher entspricht.

Was den Zeithorizont angeht, wird dieser für jedes einzelne Land zweifellos zu einer sehr schwierigen Gratwanderung. Ich bin ein wenig besorgt, wenn ich von Polen, aber auch von Tschechoslowaken höre: Wir brauchen jetzt den Big Bang. Das könnte nämlich zu einer Überforderung der Gesellschaft führen. Genauso skeptisch bin ich, wenn man mir in Ungarn sagt: Wir müssen einen behutsamen Gradualismus einschlagen. Der versendet allzuleicht auf halber Strecke, und die Erfolge der Systemtransformation lassen zu lange auf sich warten, was die Bevölkerung dann wieder der Marktwirtschaft anlastet.

Ich meine, zu Beginn einer Systemtransformation bedarf es zunächst einer genügend großen kritischen Masse. Das heißt, die wesentlichen Systemelemente müssen in einem Ruck geschaffen werden. Wenn im Grundsatz die politische Entscheidung für das neue System gefallen ist, kann man sich ein wenig mehr Zeit lassen, etwa bei der Privatisierung, bei der vollen Konvertibilität, auch bei der Preisfreigabe in besonders sensiblen Bereichen. Natürlich dürfen die Zwischenetappen nicht zu lang werden.

Was kann der Westen an Hilfestellung leisten? Daß dies nur Hilfe zur Selbsthilfe und nur komplementär sein kann, hat sich inzwischen herumgesprochen. Man kann nicht Saatgut auf gefrorenem Boden aussäen, wie es so schön heißt; aber man kann natürlich behilflich sein, den Boden aufzutauen und zu pflügen. Deshalb ist mein Rat zwischen den Extremen: Wir dürfen einerseits das alte System und die alten Leiden nicht unnötig mit Blankoschecks verlängern. Aber der Westen darf auch nicht warten, bis die Marktwirtschaft eingeführt ist. Es muß bereits konkrete Hilfe auf den ersten Wegstrecken der Systemtransformation geleistet werden, damit beispielsweise Gorbatschow am Ruder bleibt. Das heißt, wir müssen Zug um Zug zu helfen versuchen.

Und da stimme ich Herrn Reiter zu: Man kann relativ schnell beginnen, etwa mit Unterstützung beim Aufbau gemeinsamer Energiesysteme, bei Rohstoff explorationen, im Bereich der Infrastruktur und bei der Ausbildung von Top- und Mittelmanagement. Da ließe sich auch in der Sowjetunion einiges rasch umsetzen, zusammen mit der Anbindung an Weltbank und Internationalen Währungsfonds. Was die CSFR, Ungarn und Polen angeht, ist sicher wichtiger als finanzielle Hilfe die Anbindung an die EG und die Marktöffnung, damit diese Länder überhaupt ins Geschäft kommen.

Lebahn

Welche Rolle können die internationalen Wirtschaftsbeziehungen bei der Entwicklung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Strukturen in den neuen Demokratien spielen? Wir haben hier mehrfach den engen Zusammenhang von Marktwirtschaft und Demokratie angesprochen. So wie man die Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa angepriesen hat, erwarten sich die breiten Volksmassen jetzt geradezu Wunderdinge von ihr. Dies ist, glaube ich, wenig hilfreich.

Hinzu kommt, daß es verschiedene Typen von Marktwirtschaft gibt, die grundsätzlich ein offenes System ist, auch wenn bestimmte Grundbedingungen für alle Marktwirtschaften gleichermaßen gelten. Eine weitere wichtige Erkenntnis ist, daß man die Planwirtschaft nicht auf einen Schlag durch eine Marktwirtschaft ablösen kann, sondern daß es eine längere Übergangsphase gibt. Nicht nur die Einführung der technischen Voraussetzungen dauert sehr viel länger als erwartet, sondern vor allem auch die psychologisch-kulturellen Bedingungen spielen eine entscheidende Rolle.

Eine solche Marktwirtschaftskultur kann man nicht dekretieren, sondern sie muß wachsen, und zwar offensichtlich über Generationen. Mein Eindruck ist, das wurde auf beiden Seiten unterschätzt. Das direkte Umschalten von Planwirtschaft auf Marktwirtschaft kommt natürlich dem mechanistischen Denken in Osteuropa entgegen. Ich meine, ein Hauptgrund für den ökonomischen Mißerfolg von Gorbatschow ist, daß er versuchte, Marktwirtschaft durch Präsidialbeschuß zu dekretieren, was nicht geht.

Die jetzige Situation, die ohne jeden Präzedenzfall ist, verlangt von uns ein totales Umdenken -von politökonomischen Lehrbuchtheorien weg zur noch nicht genügend erfaßten Praxis hin-, um mit allen den Widersprüchen, Ungereimtheiten und Veränderungen fertig zu werden.

Nur ein Beispiel: Früher folgte in Osteuropa die politische Flagge dem Handel. Wo die Politik noch nicht soweit war, knüpfte der Unternehmer die Kontakte und machte seine Geschäfte. Heute dagegen ist der Osthandel so kompliziert und risikoreich geworden, daß ohne politische Abdeckung und staatliche Intervention kaum noch etwas läuft. Das gilt von den hier vertretenen Ländern am wenigsten für die Tschechoslowakei. Aber Ungarn steht auf der Grenze; Polen liegt klar unter der Grenze des privaten Geschäftspartnern risikomäßig Zumutbaren und sämtliche anderen ost- und mitteleuropäischen Länder erst recht.

Das heißt, unter rein kommerziellen Gesichtspunkten kommen alle diese Länder für Kredite oder gar für Investitionen zur Zeit überhaupt nicht in Frage. Und wenn Gorbatschow jetzt erklärt, die Sowjetunion wolle keine Kredite, sondern Investitionen - die ja ein sehr viel höheres Risiko beinhalten;- , dann zeigt das nur, wie gering das Verständnis für die Realitäten ist.

Was ich hier deutlich machen will, ist, daß die wirtschaftliche Entwicklung in Mittelund Osteuropa in erster Linie ein politisches Problem ist und die wirtschaftlichen Aktivitäten politisch abgesichert werden müssen. Diesen Widerspruch zu den eigentlich marktwirtschaftlichen Optionen sollten wir klar erkennen.

In dieser Hinsicht bin ich unbedingt dafür, daß Tacheles geredet wird, wie Herr Gansel in anderem Zusammenhang forderte. Denn die notwendigen politischen Entscheidungen haben ja finanzielle Konsequenzen und treffen tatsächlich den Steuerzahler in unseren Ländern. Wenn man das dem Wähler nicht vorher klarmacht, muß man sich nicht wundern, wenn dann - wie bei uns in bezug auf Ostdeutschland von Wahllüge - später vielleicht von Demokratie- oder Marktwirtschaftslügen die Rede ist. Westliche Wirtschaftsreformhilfe für Osteuropa erfordert breitesten politischen Konsens über die dazu nötigen Opfer.

Die Einführung der Marktwirtschaft in den ehemaligen sozialistischen Ländern mit Schwerpunktbildung bei privaten Firmen und individueller Privatinitiative verlangt also paradoxerweise starke staatliche und politische Instrumente und Mechanismen. Das haben wir uns bisher noch in keiner Weise bewußtgemacht. Natürlich bieten diese neuen Märkte auf Sicht gesehen auch erhebliche privatwirtschaftliche Zukunftschancen, insbesondere später die Sowjetunion. Aber im Augenblick geht es primär um gesamtwirtschaftliche sowie einzelprojektbezogene Kalkulierbarkeit und Stabilität, und das ist primär nur mit politischen Instrumenten zu schaffen.

Dabei geht es dann auch um Prioritätensetzung und um die Festlegung geeigneter Projekte. Herr Reiter hat zu Recht auf die Infrastruktur hingewiesen, wo man beginnen könnte. Wollte man jetzt, wie es Gorbatschow offenbar dem Westen vorschlägt, vor allem Lebensmittel und Konsumgüter in die Sowjetunion als Perestrojka-Hilfe liefern, wäre das gegen jede wirtschaftliche Logik.

Erst eine neue Sowjetunion, in der sich ein funktionierendes Zusammenwirken der neuorganisierten staatlichen Instanzen (Zentrale und Einzelrepubliken) sowie Privatwirtschaften (Industriebetriebe, Handelsfirmen, Landwirtschaften) effektiv herausbildet, kann ein aufnahmefähiger Partner zunächst für öffentliche westliche Wirtschaftshilfe, dann zunehmend und ergänzend für private Wirtschaftskooperation sein.

Internationale Wirtschafts-Perestroika der UdSSR ist eine langfristige, kombiniert politisch-wissenschaftlich-wirtschaftspraktische Aufgabe, die dafür spezielle neue internationale Funktionen, Mechanismen, Instrumente und Organisationsformen erfordert. Sie kann keinesfalls mit einfachem marktwirtschaftlichem Laissez-faire zustande kommen, wie das die Politiker und die Öffentlichkeit in der UdSSR und im Westen durchweg bisher in naiv-verantwortungslosem Wunderglauben erwarten.

Der Übergang zur Marktwirtschaft in der UdSSR verlangt von allen Seiten ein massives, bisher so noch nie dagewesenes Krisenmanagement. Denn der Übergang des bankrotten kommunistischen Planwirtschaftssystems in Mittel- und Osteuropa zum westlichen und weltweiten demokratischen Marktwirtschaftssystem stellt nichts anderes dar als eine radikale gesellschaftliche und ökonomische Krisenanpassungsmaßnahme. Perestrojka-Hilfe ist also organisierte Strukturhilfe.

Huber

Wir haben es bei der Entwicklung in Osteuropa mit erheblichen Unterschieden und Ungleichzeitigkeiten zu tun. So ist die innergesellschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion im Vergleich zu Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei schätzungsweise 20 Jahre zurück.

Hier sehe ich eine neue Gefahr der Legendenbildung. Es gibt in der sowjetischen Presse erste Töne in eine Richtung, die besagt: Der Westen ist schuld an unserer schlechten wirtschaftlichen Lage, weil er uns nicht genügend hilft. Da wird gewissermaßen ein neues Feindbild projiziert.

Zwanzig Jahre Rückstand bedeuten ungeheuer viel. In diesen Jahren haben sich in Polen und Ungarn bereits marktwirtschaftliche Gedanken verbreitet, hat eine rege Ost-West-Kommunikation stattgefunden mit Reisen in den Westen, entsprechenden Sprachkenntnissen und so weiter. Da hat die Sowjetunion einen enormen Rückstand, trotz einiger sehr eindrucksvoller Persönlichkeiten wie den Leningrader Oberbürgermeister Sobtschak zum Beispiel, die sich auch auf internationalem Parkett bewegen können.

Was für die Sowjetunion, wiederum im Unterschied zu anderen ehemaligen Ostblockländern, weiterhin kennzeichnend ist, ist das Fehlen einer allgemeinen Protest- oder Bürgerbewegung. Die Bewegungen, die es gibt, sind überwiegend nationalistisch orientiert. Teilweise schafft die Kommunistische Partei aus sich heraus ihre eigene Opposition jener Reformpolitiker oder Reformökonomien wie der vorerwähnte Sobtschak oder Popow, der Moskauer Bürgermeister.

Aus all diesen Gründen ist es jedenfalls außerordentlich schwer, die Gorbatschowschen Reformen richtig zu beurteilen.

Was die Parteienbildung in der Sowjetunion angeht, so ist das Machtmonopol der KPdSU nach wie vor absolut gegeben, vor allem in den Regionen. Im Obersten Sowjet stehen sich der konservative Block und die Demokraten etwa gleichgewichtig gegenüber. Zu den Konservativen gehören etwa alle die Ersten Parteisekretäre aus den Regionen, aus Tschita, Jakutien und so weiter. Da hat sich so gut wie nichts geändert. Die versuchen eben, Gorbatschow oder Jelzin unter Druck zu setzen und sei es damit, daß sie Streiks anstiften.

Neue Parteien sind bisher kaum in Erscheinung getreten. Soweit ich das beurteilen kann, sind bislang aus der KPdSU weniger Leute ausgetreten, als die Mitgliedschaft in allen anderen Parteien zusammen ausmacht.

Lebahn

Die Sowjetunion verfügt, wie wir alle wissen, über eine große Armee und ein riesiges Atomwaffenpotential. Sie benutzt dies auch als Argument, um ihren wirtschaftlichen Hilfeersuchen Nachdruck zu verleihen. Gorbatschow betont bei jedem seiner Staatsbesuche: Wenn Ihr uns wirtschaftlich nicht unterstützt, dann gibt es eine Katastrophe - auch für den Westen. Das ist natürlich als Investitionsanreiz absolut kontraproduktiv. Welcher Investor möchte in einem solchen Land sein Geld investieren?

Auf der anderen Seite unterstreicht dies, was ich eben sagte: Entwicklungshilfe für die östlichen Reformen muß in erster Linie an politischen Kategorien gemessen werden. Dafür benötigen wir einen ganz neuen Denkansatz und auch neue Gremien, Instrumente. Bisher hantieren wir im Westen weitgehend mit überkommenen Kategorien. Wenn in Deutschland jetzt der 12-Milliarden-Kreditrahmen für die Exporte der ostdeutschen Wirtschaft in die Sowjetunion durch Hermes abgesichert wird, dann ist das eigentlich illegal, weil da für ein Land, das im Grunde schon zahlungsunfähig ist, immer noch Kredite abgesichert werden, zudem längst über die versicherungstechnisch zulässige Länderquote hinaus. Allmählich wird klar, daß die kommerziell konstruierte Hermes-Versicherung nicht als politisches Instrument geeignet ist, sondern daß wir hier neue Instrumente brauchen.

Das bedeutet zum Beispiel, daß wir in Zukunft keine allgemeinen Kredite mehr freigeben sollten, sondern mit den Partnerländern sinnvolle konkrete Projekte aushandeln müssen. Dazu bedarf es wiederum ständiger gemeinsamer Organisations- und Arbeitseinrichtungen, die es bisher nicht gibt, die aber schnellstens geschaffen werden müssen, weil andernfalls die Entwicklung in Osteuropa mit Sicherheit schieft.

Unsere Politiker und die Öffentlichkeit müssen den bisher verbreiteten engen monetaristischen Ansatz durch internationale strukturpolitische Rahmen erweitern: Eine ökonomisch-gesellschaftliche Revolution kann nur so zu einem gemeinschaftlichen Erfolg aller Betroffenen und Interessierten gelenkt werden. Die Gemeinschaftlichkeit der Bemühungen, Investitionen, Belastungen und Ergebnisse der Völker in West-, Mittel- und Osteuropa schafft völlig neue Dimensionen, die über die im Einigungsprozeß der Europäischen Gemeinschaften entwickelten Kategorien weit hinausgehen: eine wahrhaft säkulare europäische Aufgabe bis in das nächste Jahrtausend hinein.

Seitz

Ich möchte auf ein Thema zu sprechen kommen, das wir bei der wirtschaftlichen Transformation Osteuropas nicht übersehen sollten, nämlich die japanisch-amerikanische Herausforderung in der Hochtechnologie. Osteuropa blickt vornehmlich auf Westeuropa, insbesondere auf die deutsche

soziale Marktwirtschaft als Vorbild. Aber diese Marktwirtschaft ist - ich sage das provozierend - in Gefahr, einen industriellen Niedergang zu erleben.

Die heutige Situation in Westeuropa könnte man vielleicht am besten mit der Englands zu Beginn der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts vergleichen. Damals war England das bei weitem reichste Land in Europa. Es gab aber warnende Stimmen, wie die von Joseph Chamberlain, die sagten: Schaut über den Kanal und über den Atlantik; dort entwickeln die Deutschen und die Amerikaner neue Technologien und neue Industrien. Dies waren damals die Elektrotechnik, die Chemie, die Optik, der Verbrennungsmotor. Da es den Leuten in England sehr gut ging, hörte niemand auf diese Mahnungen. Heute wissen wir, daß England zu Beginn der 90er Jahre auf seinem Höhepunkt stand und von da an ein Jahrhundert unerbittlichen Abstiegs begann, auch im Lebensstandard.

Die heutige Situation in Westdeutschland scheint mir der damaligen Englands ziemlich genau zu entsprechen: Uns geht es gut; unsere Industrien aus der zweiten industriellen Revolution florieren, und wir nehmen nicht wahr, daß mitten in diesem Boom unsere ohnehin nur wenigen Halbleiter- und Computerproduzenten dramatische Verluste machen - in Deutschland und in ganz Europa. Sie bauen Personal ab, verlieren Marktanteile, schrumpfen und werden von Japanern und Amerikanern aufgekauft.

Ausgerechnet also die informationstechnische Industrie, die Industrie des neuen Zeitalters, die schon in wenigen Jahren die größte Industrie der Welt sein wird, schrumpft bei uns. Wenn wir die Trends so weiterlaufen lassen, werden wir im Europa 2000 keine Halbleiter- und keine Computerproduzenten mehr unter eigener Kontrolle haben; keine Unterhaltungselektronik und allenfalls Restbestände in der Industrieautomatisierung und in der Telekommunikation.

Es gibt nicht eine, sondern drei Formen der Marktwirtschaft: die freie Marktwirtschaft Amerikas; die soziale Marktwirtschaft Deutschlands und die koordinierte Marktwirtschaft Japans, die es versteht, die Energien und den Wettbewerb der Unternehmen in die neuen Industrien zu lenken: die informationstechnische Industrie, die biotechnische Industrie, die neuen Werkstoffe, die Solarenergie und so weiter.

Mit anderen Worten: Wir in Westeuropa, aber auch die Osteuropäer müssen auf Japan blicken und von Japan lernen. Mit unseren derzeitigen ökonomischen Rezepten, die in den vierziger und fünfziger Jahren entwickelt wurden, kommen wir nicht gut in die Zukunft.

Ich gebe ein Beispiel, das auf die Ex-DDR, aber auch auf Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei anwendbar ist: Wenn wir schon ein neues Telekommunikationsnetz aufbauen, dann sollte es gleich ein Glasfasernetz bis hin zum Teilnehmer sein. Und beim Aufbau neuer Fabriken sollten wir darauf sehen, daß diese auf neue Technologien, auf die Produktion neuer Güter ausgerichtet sind. Lothar Späth versucht dies jetzt in Jena, wo es eine außergewöhnliche Konzentration von gut ausgebildeten Leuten gibt. Nur sieben Prozent der Beschäftigten sind dort angelernte Arbeiter, 93 Prozent haben eine Fachausbildung, vom Facharbeiter bis zum Ingenieur und Wissenschaftler. Das müssen wir nutzen, um etwas Neues aufzubauen: etwa, wie es Späth plant, eine optoelektronische Forschung, Entwicklung und Produktion.

Gansel

Ich möchte einige Ausführungen zur Sicherheitspolitik machen. Zunächst eine allgemeine Vorbemerkung. Ich würde unterscheiden zwischen Organisationen kollektiver Sicherheit, die Sicherheit nach außen und innen durch kollektives Verhalten garantieren - das ist derzeit nur die UNO;-, und Allianzen, die Sicherheit nach außen gewährleisten - das sind NATO und Westeuropäische Union für unseren Bereich. In einer Situation, in der die Bedrohung durch die Sowjetunion abgenommen hat und die Gefahr eines großen Ost-West-Krieges gebannt erscheint, sollten wir auf jeden Fall die Chance für gemeinsame Sicherheit nutzen und abgehen von einem Konzept, das Sicherheit gegen einen möglichen Gegner zum Inhalt hat.

Um gleich konkret zu werden: Eine Mitgliedschaft der neuen Demokratien - von Polen bis Bulgarien, die alle ähnliche Sicherheitsbedürfnisse haben - in der NATO würde möglicherweise eine neue Front schaffen gegen die Sowjetunion in einer Situation, in der dieses Frontdenken gerade überwunden werden könnte. Deshalb hätte ich da starke Vorbehalte.

Die KSZE könnte zu einem System kollektiver Sicherheit werden. Dafür brauchte sie aber militärische Strukturen und, was noch wichtiger wäre, entsprechende politische Entscheidungsstrukturen. Das Engstirnigkeitsprinzip müßte in dem Falle aufgegeben werden. Oder man müßte innerhalb der KSZE so etwas wie den UN-Sicherheitsrat schaffen, was ich nicht für zweckmäßig hielte, weil es dann wieder Staaten erster und zweiter Klasse geben würde.

Sinnvoll ist es in jedem Fall, die UNO zu stärken. Natürlich sitzt die Sowjetunion im Sicherheitsrat und kann alles blockieren. Aber es gibt ja möglicherweise nicht nur Konflikte mit der Sowjetunion, sondern auch um die Sowjetunion herum.

Die Europäische Gemeinschaft wird sich früher oder später eine Sicherheitsidentität schaffen. Insofern könnte eine Orientierung der neuen Demokratien an der EG sozusagen eine Vorwirkung von Sicherheit vermitteln. Aber das ist nur sehr vage und wenig verlässlich, und Sicherheit braucht Verlässlichkeit.

Jetzt einige allgemeine Bemerkungen zum Umfeld von Sicherheit.

Erstens sollten wir jeder militärischen Gewaltanwendung entgegenzutreten, von Jugoslawien bis zum Baltikum, um der Gefahr einer Militarisierung der Politik wirksam zu begegnen. Da darf es keine augenzwinkernden Proteste geben.

Zweitens: Die Stabilisierung der demokratischen und ökonomischen Reformen in der Sowjetunion reduziert sicherlich das Sicherheitsrisiko Sowjetunion. Insofern ist deren allgemeine Einbindung zu befürworten.

Drittens halte ich eine Politik der Befriedung von Minderheiten für äußerst wichtig. Dort, wo Minderheiten Anschlußmöglichkeiten an andere Staaten haben, sind die Gefahren für die internationale Sicherheit sehr viel größer als bei Konflikten, die sich aus der Autonomie von Teilstaaten ergeben können. Da gibt es eine ganze Reihe von möglichen Konfliktherden im Bereich der neuen Demokratien untereinander und mit der Sowjetunion.

Da liegen auch entscheidende wirtschaftspolitische Aufgaben. Minderheiten drängen um so mehr nach Autonomie, je größer ihre wirtschaftlichen Nöte sind.

In jedem Falle ist es wichtig, hier Kapazitäten der Konfliktvermeidung und Konfliktlösung zu installieren. Denn mit solchen Konflikten kann man bekanntlich gerade in vormalig totalitären Gesellschaften sehr schlecht fertig werden. Das muß man lernen; da könnte vielleicht die KSZE unterstützend wirken.

Viertens: Grenzüberschreitende Umweltpolitik. Die Sicherheitsprobleme, die sich aus grenzüberschreitenden Umweltkatastrophen ergeben, sollten wir nicht unterschätzen.

Fünftens: Regionale grenzüberschreitende Wirtschaftsprojekte.

Lassen Sie mich noch einige Stichworte für den engeren Bereich der Sicherheitspolitik nennen.

Erstens: Das Wichtigste ist der Abzug der sowjetischen Truppen aus der ehemaligen DDR, aus Polen und den anderen Staaten, und zwar unter anständigen Bedingungen, die es den Sowjets politisch erleichtern würden, ihr westliches Glacis aufzugeben. Jedenfalls ist das unsere Sicherheitspriorität Nummer eins.

Ich finde es geradezu absurd, wie wir die Augen davor verschließen, welche Auswirkungen innersowjetische Entwicklungen beispielsweise auf die sowjetische Armee in der Ex-DDR haben könnten. In Polen sind die Zahlen wesentlich geringer, aber auch da kann es negative Auswirkungen geben. Auf dem Territorium der ehemaligen DDR befinden sich zur Zeit noch rund 400000 Sowjets, inklusive Familienangehörige. Früher hatten wir Angst, diese Armee würde zu uns kommen, jetzt, wo wir sie durch die Vereinigung gewissermaßen bei uns haben, tun wir so, als würde sie gar nicht existieren.

Zweitens: Einbeziehung der sowjetischen und osteuropäischen Militärs in ein allgemeines Konzept der Kontakt- und Vertrauensbildung, um allen ein Gefühl von gemeinsamer Sicherheit zu vermitteln. Das NATO-Liaisonkonzept könnte dafür ein wichtiger Beitrag sein, auch wenn sich die Sowjets dem zur Zeit noch entziehen. Dazu gehört im übrigen auch, zu erkennen, daß es nicht länger die eine sowjetische Armee geben wird. Die Republikebene sollte also möglichst frühzeitig mit einbezogen werden.

Drittens: Weitere Anstrengungen bei der konventionellen Abrüstung und Konversion. Ohne Konversion wird das nicht zu leisten sein. Die NATO hat der Sowjetunion dafür Fachleute angeboten; die hätte ich auch gerne für die Bundesrepublik.

Viertens: Eine Entscheidung über militärische Beschaffungsprogramme der mittelosteuropäischen Demokratien. Es gibt manches Interesse, sich an Bestände zu halten, die die Bundesrepublik von der DDR geerbt hat. Ich kann davor nur warnen. Wer weiß, was da mittlerweile schon zwischen Ungarn und Kroatien geflossen ist. Das Interesse an Waffenexporten ist dort jedenfalls unerhört groß, und die Bundesrepublik könnte sich sehr schnell in einer Situation wiederfinden, wo wir Restbestände der

NVA an Staaten weitergeben, die ihrerseits aus ihren Beständen in andere Gebiete exportierten. Abrüstung bedeutet, Waffen zu vernichten und nicht sie zu "verwerten".

Zu diesem Punkt gehört auch das Bemühen, eine gemeinsame Politik zur Kontrolle und Reduzierung von Waffenexporten zustande zu bringen, die Osteuropa und die Sowjetunion einschließt. Vielleicht sollte man hierbei in Erwägung ziehen - sicher ein recht waghalsiger Vorschlag;- , ob es nicht sinnvoller ist, im Zusammenhang mit einer konversionsorientierten Rüstungsindustriepolitik die Beschaffung für die südosteuropäischen Armeen, die mit sowjetischen Waffen ausgerüstet sind, mit der Sowjetunion zu regeln. Das wäre ein erhebliches Element gemeinsamer Sicherheit.

Fünftens: Abschaffung der atomaren Gefechtsfeldwaffen und der Kurzstreckenraketen. Die Gefahr des Atomterrorismus in diesem Bereich kann man gar nicht überschätzen. Wenn von 10000 Atomwaffen in der Sowjetunion nur drei, vier oder fünf verschwinden und irgendwo anders landen, stellen sie ein unkalkulierbares Risiko dar.

Sechstens: Der NATO würde ich empfehlen, endgültig auf das Programm der Modernisierung von nuklearen Abstandswaffen, die auf Flugzeugen stationiert sind, zu verzichten. Ihre Reichweite bedroht die osteuropäischen Staaten.

Siebtens: Die Notwendigkeit, die strategischen Raketenarsenale weiter zu reduzieren, bleibt bestehen.

Im übrigen muß man sich klarmachen: Solange die Sowjetunion über strategische Raketen verfügt, bleiben die USA verwundbar. Jede Sicherheitsgarantie, die die USA für Europa abgeben, wird weniger wert sein als vor drei Jahren. Die Amerikaner sehen ihre Sicherheit in Europa nicht mehr durch die Sowjetunion elementar bedroht. Die Truppenreduzierungen zeigen das. Ein Konflikt an der europäischen Grenze der Sowjetunion erscheint ihnen offenbar nicht mehr als Vorbote einer existentiellen sowjetischen Herausforderung.

Fest

Ein Thema haben wir bisher nicht berührt, das in Deutschland jetzt viele Gemüter bewegt. Ich meine die politisch-moralische Verstrickung von so vielen Menschen in der ehemaligen DDR durch ihre Kontakte zur Stasi. Fast jede Woche tritt irgendein Minister zurück, unlängst sogar ein Ministerpräsident. Der Thomaskantor in Leipzig wurde entlassen; ein Pfarrer in Thüringen hat Selbstmord begangen, weil er im Verdacht stand, Verbindung zur Stasi gehabt zu haben. Ich frage unsere ost-mitteleuropäischen Freunde hier, ob dies eigentlich eine deutsche Besonderheit ist, möglicherweise Ausdruck der moralisierenden Tendenz im deutschen politischen Denken, oder trifft das für ihre Länder in ähnlicher Weise zu?

Es ist auch viel die Rede von alten Verbindungen, von den partiell immer noch bestehenden Strukturen des alten Systems - populär geworden ist dafür der Ausdruck "Seilschaften";-, denen man auf Schritt und Tritt begegnet.

Vielleicht unterscheiden sich die diesbezüglichen Verhältnisse in der ehemaligen DDR ja von denen in den anderen Ländern. Denn immerhin hat es bei uns einen gewollten - "Anschluß" gegeben, der es erlaubt, einerseits an die Überfremdungsängste der Menschen zu appellieren und andererseits Schuldverschiebungen vorzunehmen und viele der jetzigen Schwierigkeiten einfach den sogenannten Wessis anzulasten. Gibt es ähnliche Erscheinungen auch in den ost-mitteleuropäischen Ländern?

Mazowiecki

Wissen Sie, Herr Fest, natürlich gibt es solche Probleme auch bei uns. Aber Gott sei Dank hat man sie bisher innenpolitisch nicht ausgenutzt und zum Thema von Auseinandersetzungen gemacht. Ich sage Gott sei Dank; denn das ist eine sehr gefährliche Problematik, wie man in der DDR erkennt.

Noch ein kurzes Wort über den Zusammenhang von Sowjetunion, ost-mitteleuropäischen Staaten und Europa überhaupt. Selbstverständlich, Herr Schröder, muß man die Sowjetunion in die europäische Politik mit einbeziehen. Wichtig dabei ist jedoch, daß man die Probleme der ost-mitteleuropäischen Länder nicht nur als Funktion der sowjetischen Probleme sieht, sondern eigenständig behandelt. Damit ist aber genausowenig gemeint, daß wir die Sowjetunion von Europa trennen oder Europa von der Sowjetunion trennen wollen. Beides halte ich für falsch. Die Entwicklung von Demokratie und Marktwirtschaft in den ost-mitteleuropäischen Ländern geht ganz Europa an und ist nicht nur im Lichte der Entwicklung in der Sowjetunion zu sehen. Das gilt natürlich besonders für den ökonomischen Bereich.

Dahrendorf

Wie geht es weiter mit den neuen Demokratien in Europa? Zum Thema "Politische Demokratie" haben wir gehört, daß da manches noch unklar und unsicher ist. Dennoch ist deutlich geworden, daß es für die neuen Demokratien des östlichen Mitteleuropas keine Alternative zur Parteiendemokratie gibt.

Es gibt ja überhaupt nicht so viele Alternativen. Wir kennen das amerikanische System, das ein amerikanischer Journalist als eines beschrieben hat, in dem 536 Privatunternehmer politisch tätig sind, 435 Kleinunternehmer im Repräsentantenhaus, 100 mittlere im Senat und ein Großunternehmer im Weißen Haus. Sie alle betreiben ihr politisches Gewerbe sozusagen auf eigene Rechnung und lassen sich nur schwer in Parteien einordnen. Ich glaube nicht, daß das ein System ist, das in Ungarn oder Polen übernommen werden könnte, selbst wenn man für die Ungarn, wie Herr Bartoszewski so hübsch gesagt hat, eine starke materielle Interessiertheit unterstellen kann.

Dann gibt es das schweizerische System einer Referendumsdemokratie, in dem regelmäßig alle Parteien gemeinsam irgendeine Empfehlung abgeben und anschließend 55 Prozent des Wahlvolkes dagegenstimmen. Auch das scheint mir kein sehr wahrscheinliches Modell für Osteuropa zu sein.

Ich sehe also in der Tat keine Alternative zu einer Parteiendemokratie. Meine Vermutung ist, daß in drei, vier Jahren in all diesen Ländern neben einigen Traditionsgruppen eine Mitte-Rechts- und eine Mitte-Links-Partei existieren werden. Eine Mitte-Rechts-Partei mit einem stärkeren Akzent auf wirtschaftspolitische Fragestellungen, verbunden mit nationalen, christlichen oder anderen Motiven, und eine Mitte-Links-Partei mit einem stärkeren Akzent auf Bürgerrechtsfragen, verbunden mit sozialen Motiven, ohne daß es deshalb einen tiefgehenden konstitutionellen Gegensatz zwischen beiden Parteien geben muß.

Mazowiecki

Und wo bleiben die Liberalen?

Dahrendorf

Liberal sind sie glücklicherweise alle. Das ist übrigens eine interessante Frage, zu der manches zu sagen wäre.

Diese von mir angenommene Entwicklung bietet also ein vertrautes Bild.

Worüber wir nur wenig gesprochen haben - in der Frage von Herrn Fest klang dieses Thema eben an;- , ist die Entwicklung des Rechtsstaates. Das ist ein sehr schwieriges Problem. Die lateinamerikanischen Demokratien sind in den letzten 150 Jahren immer wieder daran gescheitert, daß es ihnen so gut wie nie gelungen ist, den Stil personalisierter Herrschaft und des Rachenehmens an den anderen aufzugeben und sich statt dessen an bestimmte Grundregeln des politischen Verhaltens, die nicht in Frage gestellt werden dürfen, zu halten. Das ist indes nicht leicht zustande zu bringen.

Im wirtschaftlichen Bereich sind die Schwierigkeiten, vor denen man im östlichen Mitteleuropa, vielleicht in ganz Europa steht, deutlich genug geworden.

Die Diskussion über den Dritten Weg finde ich persönlich nicht sehr fruchtbar. Meine Position ist, daß es in Prinzipienfragen keinen Dritten Weg geben kann, während für die konkrete Politik so viele Wege denkbar sind, wie es Länder gibt, wahrscheinlich mehr; denn in jedem Land werden ja noch unterschiedliche Wege empfohlen. Die Realität ist nun einmal kein Ausfluß von Textbüchern. Immer dann, wenn Prinzipien angewendet werden, wird zugleich die ganze komplexe Realität wirksam. Von daher gebe ich auch Herrn Schlecht zu bedenken, dem ich sonst in allem, was er gesagt hat, zustimme: Ihr Satz im Jahreswirtschaftsbericht, die soziale Marktwirtschaft sei der Dritte Weg, ist in der Tat irreführend.

So viele Formen des Wirtschaftens es gibt, so erheblich sind auch die Schwierigkeiten. Ich wiederhole: Das Einführen der Regeln der Marktwirtschaft stimuliert nicht notwendig die marktwirtschaftliche Aktivität selbst. Es ist auch eine irrige Vorstellung, man müsse diese Regeln nur in einem "big bang" einführen, dann ergebe sich alles andere wie von selbst.

Das ist ein wenig das polnische Problem im ersten und zweiten Jahr der Balcerowicz-Reformen. Da müssen noch andere Impulse hinzukommen. Spanien und Portugal beispielsweise wurden, von allem übrigen abgesehen, natürlich auch durch die günstige Konjunkturlage ab Mitte der 80er Jahre begünstigt. Leider sieht es so aus, als würde sich das in den nächsten fünf Jahren nicht wiederholen, was an sich wichtig wäre, wenn den ost-mitteleuropäischen Ländern effektiv geholfen werden soll. Wirtschaftlich gesehen haben wir also eine ganz schwierige Zeit vor uns.

Am ehesten bietet die Bürgergesellschaft Anlaß für eine optimistische Diagnose in den neuen Demokratien.

Lassen Sie mich meinen Eindruck von diesem Gespräch in vier kurzen Punkten zusammenfassen.

1. Europa bleibt nach wie vor wichtig.
2. Wir sprechen eine gemeinsame Sprache; wir nähern uns einer internationalen Bürgergesellschaft, was nicht zuletzt deutlich wird an der Art, wie wir hier miteinander diskutiert haben.
3. Jede der neuen Demokratien hat ihre eigenen inneren Stärken. In Polen etwa zeigt sich eine erstaunliche Kraft aus der Verbindung von Nation, Religion und einem unbändigen Freiheitsdrang. In Ungarn erleben wir die enorme Intensität der Bürgergesellschaft, des Lebens von unten, unabhängig vom Staat. Auch die CSFR weist solche Stärken auf.
4. Man kann das, was Herr de Maizière gesagt hat, auch anders interpretieren: In keinem dieser Länder - und ich hoffe, das gilt in ganz Europa - wird man die schrecklichen Jahre erst des Stalinismus und dann des Breschnewismus je vergessen. Es ist großartig, daß diese Zeit hinter uns liegt. Daß dies nicht vergessen wird, scheint mir der stärkste Impetus zu sein, um am Ende den Weg in die Demokratie zu finden. Ich bin im Kern und auf mittlere Sicht optimistisch, aber die nächsten Jahre werden schwierig.

Maier

Ich habe an vielen Bergedorfer Gesprächen teilgenommen; ich fand dieses eins der interessantesten und ergiebigsten. Vor allem in den Beiträgen unserer ausländischen Freunde ist eine Fülle von Einzelheiten sichtbar geworden, die sich dann immer wieder kaleidoskopartig zu bestimmten Grundfiguren geordnet haben. Die Diagnose ist recht klar, die Therapie nicht leicht, der Zeitfaktor sicher entscheidend.

Körber

Vor einem Jahrzehnt war die Welt in einer großen Ost-West-Krise. Die Mittelstreckenraketen waren der große Streitgegenstand zwischen der Sowjetunion Breschnews und den Ländern der Atlantischen Allianz. Aber auch die Innenpolitik des Westens, vor allem die Bundesrepublik, wurde davon schwer belastet. Wer damals vorausgesagt hätte, über was wir heute im ungeteilten Berlin uns Sorgen machen, wäre als Phantast angesehen worden.

Noch vor drei Jahren wäre ein Bergedorfer Gesprächskreis, wie wir ihn gerade abschließen, nichts gewesen als eine aparte Idee. Wir sollten, bevor wir in Sorge versinken, die historische Wende vor Augen haben, deren Zeuge wir waren und noch immer sind. So groß die Besorgnisse um Demokratie und soziale Marktwirtschaft im östlichen Mitteleuropa bleiben - es sind die Sorgen, die wir uns immer gewünscht haben. So groß die Probleme heute erscheinen, es sind Probleme, die lösbar sind, wenn wir die Länder östlich von hier nicht im Stich lassen.

Osteuropa hat 1989 das sprichwörtliche Licht am Ende des Tunnels gesehen. 1991 ist es nicht der Tunnel am Ende des Lichts, sondern eine Phase der schwierigen Übergänge aus der Diktatur zur Demokratie, aus der Zwangswirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft, aus der Unmündigkeit zur Freiheit. Aber es sind Übergänge, in denen unsere Nachbarn an Weichsel, Moldau und Donau und östlich davon nicht allein stehen. Zwar liegt bei ihnen die moralische, politische und wirtschaftliche Hauptanstrengung und wird bei ihnen noch lange liegen. Aber an ihrem Erfolg haben die Europäische Gemeinschaft, Nordamerika und vor allem dieses Land, das vereinte Deutschland, ein vitales Interesse. Ja, man wird sogar sagen können, daß es auch im aufgeklärten Selbstinteresse der Sowjetunion liegt, wenn Ost-Mitteleuropa ein starker und leistungsfähiger Mitspieler und Partner wird.

Für Deutschland geht es nicht nur um die Sorge um den Nachbarn und das Interesse an einer stabilen Umwelt. Es ist auch unvergessen, daß es die polnische Solidarität, die ungarischen Reformkommunisten und, in der Entscheidungsphase, das neue Denken und die Reformpolitik der Sowjetunion unter Gorbatschow waren, die den Wandel ermöglichten. Das schafft Vertrauen, und es schafft auch Verpflichtungen ganz neuer Art. Jetzt können wir in einer großen europäischen Aufbauanstrengung, vergleichbar der Nachkriegszeit, einen Teil jener Schäden und Zerstörungen überwinden, die der dreißigjährige Krieg des 20. Jahrhunderts uns hinterließ: In der Mitte die Deutschen, die in den Katastrophen des Jahrhunderts eine führende Rolle spielten, Gott sei es geklagt, und die nun, wie kaum je ein Volk zuvor, die Chance erhalten, ihre eigene Geschichte zu reparieren, so gut das im nachhinein immer gehen mag, und die entscheidend dazu beitragen können, daß die östlichen Nachbarn, die so lange gelitten haben, wieder nach Europa zurückkehren.

Dies ist, alles in allem, am Ende des 20. Jahrhunderts ein nobile officium und ein Geschenk der Geschichte.

Ich bin dankbar, daß wir in diesem Geist als Europäer in der guten Stube der Republik zusammenkommen durften, und ich bin zuversichtlich, daß die hier vorgelegten Analysen und Ideen Wirkung entfalten über diesen Raum und Tag hinaus. Ich danke Ihnen, sehr verehrter Herr Bundespräsident, für Ihre Gastfreundschaft und Ihre Beiträge. Ich wünsche allen Beteiligten, daß sie mit Zuversicht ans Werk der großen europäischen Einigung gehen, das vor uns liegt.